

Frieden Sicherheit Nachhaltigkeit

Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte



SICHERHEIT IST DIE MUTTER ALLER NACHHALTIGKEIT



Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24.02.2022 hat auf tragische Weise vor Augen geführt, dass es die Zuversicht eines immerwährenden Friedens in Europa nicht mehr gibt. Die nach dem Zweiten Weltkrieg und dann nach dem Wegfall der Ost-West-Blockbildung sorgfältig aufgebaute Friedensordnung existiert in dieser Form nicht mehr. Welche Auswirkungen diese fundamental veränderte Sicherheitslage auf unser gesamtgesellschaftliches Streben nach Erreichung einer umfassenden Nachhaltigkeit unserer Lebensgrundlagen

hat, wird in diesem Heft umfassend beleuchtet: aus Sicht der Politik und der Industrie ebenso wie aus dem Blickwinkel von EU, NATO und Bundeswehr sowie aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Sichtweisen.

Wir legen den Lesern dieses Heft vor in der Hoffnung, ihnen damit Anregungen für eine hochaktuelle, zugleich aber auch in die Zukunft weisende gesellschaftspolitische Debatte zu liefern.

In diesem Zusammenhang danken wir insbesondere allen Autorinnen und Autoren, die sich mit ihren schrift-

lichen Beiträgen oder per Podcast um das Gelingen dieses Heftes verdient gemacht haben. Ebenso danken wir unseren Teams beim Behörden Spiegel und beim Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die sich in geduldiger Kleinarbeit um das Lektorat, das Layout und das technische Zustandekommen des vorliegenden Heftes gekümmert haben.

*Die Herausgeber
Juni 2022*

Impressum: „Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit – Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte“
Herausgeber: Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) e.V. und Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber Behörden Spiegel
Verlegt von der ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Berlin/Bonn
Redaktionelle Leitung: Reimar Scherz, Behörden Spiegel und Peter Scheben, BDSV
Redaktionelle Bearbeitung: Nathalie Becker, BDSV
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber Behörden Spiegel
Anzeigen: Jennifer Großblotekamp
Satz und Layout: Karin Vierheller, Spree Service- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin
Druck: Köllen Druck + Verlags GmbH
Titelbild: ©Irina 27, stock.adobe.com
Heftpreis: 10,- Euro

©Alle Beiträge (Wort und Bild) in diesem Heft sind urheberrechtlich geschützt.
Eine Weitergabe – auch digital – bedarf der Einwilligung des Verlages.
www.behoerderspiegel.de
Die Namensartikel geben die Meinung des Verfassers wieder.

Inhalt

Geleitwort	6
Armin Papperger, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV e.V.), Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI e.V.) und Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall AG	
Geleitwort	8
Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel	
Beiträge aus politisch-parlamentarischer Sicht	
■ Frieden durch nachhaltige Sicherheit – Was die EU jetzt tun muss	10
Markus Ferber, Mitglied des Europaparlaments und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung	
■ Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und Klimaschutz – keine Gegensätze	12
Dr. Eva Högl, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages	
■ Die Folgen des Klimawandels bedrohen die weltweite Sicherheit	15
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende des Verteidigungsaus- schusses des Deutschen Bundestages	
Beiträge aus der Sicht der Bundeswehr, NATO und EU	
■ Zeitenwende für die Bundeswehr	18
General Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr	
■ Ohne Frieden wird es keine nachhaltige Entwicklung geben	20
General Jörg Vollmer, Commander Allied Joint Force Command der NATO	
■ Zwischen militärischen Notwendigkeiten und politischen Erwartungen: NATO, Klimawandel und Nachhaltigkeit	22
Michael Rühle, Leiter des Referats für Klima- und Energiesicherheit in der Abteilung für neue Sicherheits herausforderungen der NATO	
■ Wir müssen den Zugang zu Finanzmitteln für unsere Verteidigungsindustrie sichern	26
Jiri Sedivy, Chief Executive der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA)	
Beiträge aus gesellschaftspolitischer Sicht	
■ Sicherheit durch Nachhaltigkeit – Vernetzt arbeiten für eine krisenfestere Welt	30
Tanja Gönner, Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	
■ Sicherheit – Fundament unserer Lebensform	32
Prof. Dr. Wolfgang Koch, Chief Scientist des Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie FKIE	
■ Frieden und Sicherheit – Ein Plädoyer für Nachhaltigkeit und Wehrhaftigkeit!	34
Rüdiger Lentz, früherer Direktor des Aspen Institute Deutschland, heute Senior Advisor bei Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH	

■ Mit dem Blick nach Vorne – Expertise im Umgang mit Nachhaltigkeit und Sicherheit	37
Prof. Dr. Beatrix Palt, Gründerin, Inhaberin und Direktorin des Instituts für Nachhaltiges Projektmanagement (INP)	
■ Anforderungen an eine nachhaltige und resiliente Krisenbewältigung	40
Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam und Inhaber des Lehrstuhls „Technik- und Umweltsoziologie“ an der Universität Stuttgart	
■ Demokratie braucht langen Atem – Was die creatio continua mit dem Alltag in Berlin zu tun hat	44
Jörn Thießen, ev. Theologe und ehem. SPD-Bundestagsabgeordneter, heute Abteilungsleiter „Heimat“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	

Beiträge aus industrieller Sicht

■ Vom Wert und der Wertschätzung unserer Sicherheit	48
Prof. Dr. Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)	
■ Gelebte unternehmerische Verantwortung für Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit am Beispiel von Airbus	49
Dr. Michael Schöllhorn, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI e.V.), Präsidiums- mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI e.V.) und Chief Executive Officer von Airbus Defence and Space	
■ Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit als gemeinsame Prämissen unternehmerischen Handelns	51
Susanne Wiegand, Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Vorsitzende der Geschäftsführung der RENK Group	
■ Der wehrtechnische Mittelstand als Eckpfeiler gesellschaftlicher Nachhaltigkeit	54
Andreas Sedlmayr, Mittelstandsbeauftragter des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindus- trie (BDSV e.V.) und Geschäftsführender Gesellschafter der AUTOFLUG Unternehmensgruppe	
■ Eine neue DIGITALE NACHHALTIGKEIT erreichen und gestalten	56
Thorsten Ecke, Industriebseitiger Leiter (für BDSV, bitkom und BDLI) des Gesprächskreises „Cyber, IT“ mit dem BMVg, Managing Director der INFODAS GmbH	
■ Sicherheit ist und bleibt die „Mutter“ aller Nachhaltigkeit!	58
Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV e.V.)	

■ Was bedeutet „ESG“? – Eine kurze Einführung	62
Lucas Hirsch, Referent beim Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV e.V.)	
■ Beiträge per Podcast	14, 24, 46
Dr. Hans-Peter Bartels, ehem. Verteidigungsausschuss-Vorsitzender und Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP)	
Dr. Stefan Mair, Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit und geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)	

Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit – Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte

Armin Papperger, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV e.V.), Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI e.V.) und Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall AG



Armin Papperger

Foto: Rheinmetall

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

aus gutem Grund beginnt schon die am 7. Dezember 2021 unterzeichnete Koalitionsvereinbarung der amtierenden Bundesregierung („Mehr Fortschritt wagen“) in ihrer Präambel nicht mit einem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit, sondern mit einem Sicherheitsversprechen an uns Bürger. Dass Sicherheit und Frieden die Basis aller sonstigen Lebensgrundlagen bilden, hat uns auf menschlich höchst tragische Weise der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine vor Augen geführt. Außenministerin Baerbock hat es in einer Rede zum Auftakt der Arbeiten an einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“ am 18. März 2022 treffend auf den Punkt gebracht: Sicherheit ist unerlässlich, um die Grundlagen unseres Lebens zu sichern! Genau darum geht es bei Nachhaltigkeit: In einem sehr grundsätzlichen Sinn wird Nachhaltig-

keit seit dem berühmten Brundtland-Report aus dem Jahr 1987 („Our common future“) als Bewahrung unserer Lebensgrundlagen für künftige Generationen verstanden.

In diesem Sonderheft soll nichts Geringeres im Mittelpunkt stehen als die Relation dieser beiden öffentlichen Güter – des globalen öffentlichen Gutes Nachhaltigkeit und des eher regional fragmentierten öffentlichen Gutes Sicherheit. Unter öffentlichen Gütern versteht man – sehr vereinfacht gesprochen – solche Güter, die von einer Vielzahl an Personen konsumiert werden können, ohne dass diese sich dabei gegenseitig behindern, und von deren Konsum keine Person ausgeschlossen werden kann. Klassische, immer wieder zitierte Beispiele sind Straßenbeleuchtung, aber auch Landesverteidigung, womit wir schon beim Thema Sicherheit wären.

Über sogenannte „Global Public Goods“ ist in den letzten Jahren vermehrt geforscht und geschrieben worden. Ihre Besonderheit ist, dass es zu ihrer Gewährleistung in besonderem Maße internationaler „Governance“ bedarf. Betrachtet man Sicherheit im globalen Sinn, so gibt es auch hier eine Vielzahl von Governance-Regimen, beginnend mit den Vereinten Nationen über internationale Verteidigungsbündnisse und Vertragswerke zur internationalen Friedenssicherung, deren Wirkkraft allerdings begrenzt bleibt, wie ebenfalls der russische Einmarsch in die Ukraine gezeigt hat.

Im Fall der Güter Frieden und Sicherheit auf der einen und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite besteht ein weltweit anerkannter Grundkonsens, dass diese Güter nicht nur parallel anzustreben und wünschenswert sind, sondern mehr noch, dass sie sich sogar inhärent bedingen. So hat die UN-Vollversammlung im Jahr 2015 bei der Verabschiedung der Resolution „Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development“ (mit den bekannten 17 Nachhaltigkeitszielen) formuliert: „We are determined to foster peaceful, just and inclusive societies which are free from fear and violence. There can be no sustainable development without peace and no peace without sustainable development.“

Trotz dieses unbestrittenen Zusammenhangs von Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit kommt es doch immer wieder zu Konkurrenzen und Konflikten bei der parallelen Realisierung dieser Ziele. In dem Glauben, Sicherheit und Frieden seien Selbstverständlichkeiten unseres Lebens in Mitteleuropa, haben wir uns in den letzten Jahren speziell in Deutschland in eine gefühlte Komfortzone begeben, bei der wir die Ausrüstung unserer Streitkräfte und Sicherheitsorgane in einen vermeintlichen Gegensatz zum gesellschaftspolitisch hohen Gut der Nachhaltigkeit gestellt haben.

Wie anders könnte es sein, dass immerhin 17 deutsche Universitäten bis heute sog. Zivilklauseln praktizieren, die Forschungsarbeiten an Gegenständen

der Verteidigung und Rüstung einschränken oder sogar verbieten? Wie konnte es sonst dazu kommen, dass eine große Zahl von Banken und Investmentfonds in Deutschland für sich beschlossen haben, im Sinne einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftspolitik solche Kunden, die sich der Ausrüstung unserer Sicherheitsorgane und Streitkräfte widmen, nicht mehr zu bedienen? Wie kann es schließlich sein, dass wir bei unserer gesellschaftspolitischen Debatte über den Begriff der Nachhaltigkeit immer nur an Umwelt-Standards sowie den Zugang zu postmaterialistischen Gütern – wie Arbeitsschutz, Verbraucherschutz, Inklusion, Diversität etc. – denken, nicht aber an die in Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Basis-Güter des Rechts auf Leben, Freiheit und Sicherheit? Die Antwort ist einfach: Wir haben uns zu sicher in unserer Komfortzone gesehen, aus der uns die Erfahrung eines Angriffskrieges mitten in Europa spätestens im Jahr 2022 jäh herausgerissen hat.

Vor dem Hintergrund dieser für unsere Generation unerwarteten Erfahrung soll mit den Beiträgen des vorliegenden Heftes die Relation zwischen Nachhaltigkeit und Sicherheit neu betrachtet und analysiert werden. Hierbei geht es um ein aktuelles Verständnis von Militär als Garant unserer freiheitlichen Lebensgrundlagen, aber auch um mögliche Zielkonflikte, wenn die Bundeswehr auf eine klimaneutrale Mobilität ihrer Fahrzeuge setzen möchte, sich dabei aber an den Limitierungen orientieren muss, die ihr durch ihre Aufgaben und

ihren Einsatzzweck vorgegeben sind.

Schließlich soll es auch um die Aspekte gehen, die bei innerer Sicherheit und Nachhaltigkeit ein solches Spannungsverhältnis erzeugen. Für alle genannten Aspekte sollen die nationale, die europäische und – wo angezeigt – auch die globale Dimension beleuchtet werden.

Insgesamt soll mit dem vorliegenden Sonderheft ein wichtiger Debattenbeitrag mit dem Ziel geleistet werden, auch in der deutschen öffentlichen Meinung die unverzichtbare Wechselbeziehung von Frieden und Sicherheit einerseits sowie Nachhaltigkeit andererseits stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, indem entsprechende Sichtweisen und Argumente allen am öffentlichen Diskurs Beteiligten deutlicher vor Augen geführt werden.

„Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“

Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie am 18. März 2022

Drei Pfeiler der zu erarbeitenden Sicherheitsstrategie für Deutschland sind

1. Die Sicherheit der Unverletzlichkeit unseres Lebens, zuvorderst vor Gewalt und Krieg
2. Die Sicherheit unserer Freiheit, der Resilienz unserer Demokratie.
3. Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen, der Schutz unserer Umwelt und Ressourcen

Die Rede der Bundesaußenministerin finden Sie hier:



Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit – Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte

Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel



Uwe Proll

Foto: Behörden Spiegel

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der BDSV und der Behörden Spiegel greifen das Thema „Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit“ mit diesem Sonderheft auf. Dies schien uns dringend notwendig. Die bisher geführte Diskussion zur Nachhaltigkeit drohte besonders in Deutschland in eine Schiefelage mit schwerwiegenden Auswirkungen für unsere Sicherheit zu geraten. Diese Diskussion gilt es zu versachlichen. Das Sonderheft soll dazu einen Beitrag leisten. Wie konnte es zu einer Schiefelage kommen?

Der Hintergrund: Das Thema Nachhaltigkeit hat in den letzten Jahren national und international große Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen mit ihrer „Agenda 2030“ insgesamt 17 Ziele (englisch Sustainable Development Goals) festgelegt, die der weltweiten Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf öko-

nomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Die EU hat im Rahmen ihres „Green Deal“ die UN-Agenda 2030 zum Mittelpunkt ihrer Politik gemacht. Mit der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021“ hat die frühere Bundesregierung sehr umfassend dargestellt, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Auch der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP („Mehr Fortschritt wagen“) setzt Ziele für die Kernthemen „Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“.

In Deutschland ist mit den berechtigten Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit – nicht zum ersten Mal – wieder eine Diskussion um die Legitimität von Waffen und deren Einsatz und damit verbunden auch die Rolle der wehrtechnischen Industrie entstanden. Dabei wurde übersehen, dass die Ziele „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ zu den 17 Zielen der VN gehören und Generalsekretär António Guterres am 1. Januar 2017 sogar forderte, den Frieden an den Anfang der Ziele zu stellen. Bei den zahlreichen militärischen Auseinandersetzungen in der Welt wusste er, warum er diese Forderung gestellt hat.

In Deutschland war diese Botschaft nicht – oder nur unvollständig – angekommen. Hier wurde der moralische Zeigefinger erhoben. Ein Beispiel dafür ist der Finanzsektor. Geldanlagen sollten ab sofort nur noch sozial, ethisch und ökologisch sein (Environmental, Social, Governance – ESG). Die wehrtechnische Industrie gehörte nicht in diese Kategorie. Die Produktion von

Waffen wurde bestenfalls für „Verteidigungswaffen“ geduldet. Exporte sollten nach Möglichkeit ganz ausgeschlossen werden. Eine kritische Differenzierung fand nicht statt. Die Bundeswehr sollte nach Jahren der Verkleinerung das erhalten, was sie braucht – aber auch nicht mehr. Für eine Landes- und Bündnisverteidigung war sie nicht mehr ausgerüstet. Das deutsche Wunschenken wurde mit großem moralischem Anspruch auch in die EU getragen. Die Diskussion um die Nutzung der Atomenergie ist nach der Rüstungsindustrie ein weiteres Beispiel für den deutschen Missionsaktivismus. Deutschland ist jedoch mit seinem moralischen Kompass in Europa weitestgehend isoliert.

Was hat sich geändert? Seit dem 24. Februar 2022 herrscht wieder Krieg in Europa. Die Ukraine wird seitdem „nachhaltig“ zerstört. Die vorausgegangenen militärischen Einsätze u. a. in Georgien, in Syrien und die Annexion der Krim haben uns nicht daran gehindert zu glauben, dass Diplomatie und Handel kriegerische Auseinandersetzungen in der Zukunft ausschließen. Diese Realitätsferne hatte am 27. Februar 2022 ein Ende, als Bundeskanzler Olaf Scholz die „Zeitenwende“ im Deutschen Bundestag verkündete, die Aufrüstung der Bundeswehr mit einem 100 Mrd Sondervermögen und die künftige Einhaltung der NATO 2%-Forderung in Aussicht stellte. Seitdem unterstützt Deutschland die Ukraine mit Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Da die Bundeswehr über keine ausreichenden Reserven verfügt, können Käufe sogar unmittelbar bei den wehrtechnischen Firmen erfolgen.

Was haben wir gelernt? Der moralische Zeigefinger verhindert keine Kriege. Wenn eine Atommacht einen Nachbarn überfällt, ist eine Unterstützung des Überfallenen nur sehr begrenzt möglich. Deutschland ist daher aus gutem Grund seit 1955 Mitglied der NATO. Der nukleare Schutzschirm der NATO wirkt bis heute. Eine Vorbereitung auf eine nachhaltige Landes- und Bündnisverteidigung kann aber dadurch nicht entfallen. Sie ist für Deutschland so schnell wie möglich nachzuholen. Dies ist keine Aufrüstung, sondern ein Nachrüsten für verlorene oder nicht vorhandene Fähigkeiten. Ein Land alleine kann sich gegen eine Atommacht nicht verteidigen. Die NATO bleibt der Garant der Freiheit. Die EU als europäischer Pfeiler der Landes- und Bündnisverteidigung muss sich aber nach Jahrzehnten der Absichtserklärungen nun endlich von einer „Softpower“ auch zu einer „Hardpower“ entwickeln.

Mein Fazit: Wir sind spät – hoffentlich nicht zu spät – aus unseren pazifistischen Träumen aufgewacht. Wir werden mit mehr Realismus in die Zukunft blicken müssen. Dazu gehört auch die Tatsache, dass man im Frieden gerüstet sein muss, um den Krieg zu verhindern. Ohne wehrtechnische Industrie in Deutschland und in Europa ist dies nicht möglich. Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit gehören zusammen. Nachhaltigkeit bedeutet auch, alle Vorkehrungen für die eigene Sicherheit und die seiner Verbündeten zu treffen.

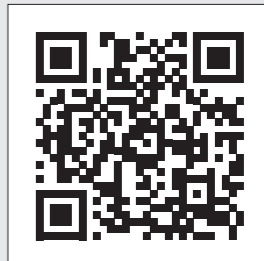
Bei Herrn Dr. Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des BDSV, möchte ich mich herzlich für die guten Gespräche

und Anregungen zum Thema dieses Heftes persönlich bedanken. Ich freue mich, wenn diese gemeinsame Publikation von BDSV und Behörden Spiegel zu einer Bereicherung der gesellschaftspolitischen Debatte über Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit beitragen kann.

Die UN-Nachhaltigkeitsziele – Gemeinsam den Wandel gestalten

Unter dem Dach der Vereinten Nationen hat sich im Jahr 2015 die Weltgemeinschaft zu 17 globalen Zielen für eine bessere Zukunft verpflichtet. Leitbild der Agenda 2030 ist es, weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu bewahren. Dies umfasst ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Dabei unterstreicht die Agenda 2030 die gemeinsame Verantwortung aller Akteure: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft – und jedes einzelnen Menschen.

Die UN-Nachhaltigkeitsziele finden Sie hier:



Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie finden Sie hier:



Frieden durch nachhaltige Sicherheit – Was die EU jetzt tun muss

Markus Ferber, Mitglied des Europaparlaments und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung



Markus Ferber

Foto: Privat

Die Begriffe Sicherheit, Frieden und Nachhaltigkeit sind in unserer heutigen Welt eng miteinander verflochten. Als Europäische Union müssen wir sie im Rahmen unserer Politik miteinander in Einklang bringen, um unser Potenzial auf allen Ebenen auszuschöpfen und die Position der EU als weltweit einzigartige Staatengemeinschaft zu stärken.

Alle diese drei Prinzipien gleichermaßen zu berücksichtigen, ist alles andere als einfach, schon allein deshalb, weil jeder sie anders definiert und unterschiedliche Prioritäten setzt. Was zum Beispiel bedeutet Sicherheit für die Europäische Union?

Europäische Handlungsfähigkeit durch robuste Sicherheit

Besonders vor dem Hintergrund der Geschehnisse in Russland und der Ukraine während der letzten Monate, liegt der Fokus natürlich schnell auf der militärischen Komponente. Kritiker werfen an dieser Stelle ein, dass Frieden langfristig nicht durch Waffen aufrechtzuerhalten sei.

Doch zeigt sich nicht am Beispiel der Ukraine deutlich die Notwendigkeit einer leistungsfähigen, militärischen Ausstattung zur Verteidigung? Schließlich liegt der Weltfrieden nicht alleine in der Hand der Europäischen Union. Wenn Aggressoren wie Russland eine Bedrohung darstellen, müssen wir zu unserer eigenen Sicherheit handlungsfähig sein. Auch China sollte als gleichermaßen wirtschaftlich wie ideologisch kriti-

scher Faktor nicht außer Acht gelassen werden. Die Ereignisse in der Ukraine haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, auf eine offene strategische Autonomie der EU hinzuwirken, um im Ernstfall weder wirtschaftlich noch militärisch von Drittstaaten abhängig zu sein.

Die Westbindung ist dabei zentraler Baustein unserer Sicherheitsarchitektur. Nichtsdestoweniger hat gerade die Präsidentschaft von Donald Trump gezeigt, dass selbst auf Partner wie die USA nicht unter allen Umständen und zu jeder Zeit Verlass ist. Die Schlussfolgerung aus diesen Ereignissen ist, dass Europa eigenständiger werden muss, das gilt gerade in der Sicherheitspolitik: Daher bedarf es zukünftig dringend stärkerer Investitionen und Entwicklung im Bereich Verteidigung. Dazu gehört auch, das 2 %-Ziel der NATO in Zukunft zuverlässig einzuhalten – nicht allein aus Bündnistreue, sondern auch aus Eigeninteresse. Charles de Gaulle hat es im Jahre 1962 bereits treffend formuliert: „Wofür brauchen wir Europa? Damit nicht die Amerikaner oder Russen über uns bestimmen.“

Europas Zukunft – offen und autonom

Autonomie ist aber keine rein militärische Frage: Spätestens durch die Coronakrise wurde uns schmerzhaft vor Augen geführt, welche wirtschaftlichen Folgen komplexe, stark von Drittstaaten abhängige Lieferketten haben können, sollten sie durch unvorhersehbare Ereignisse wie eine Pandemie unterbrochen werden. Europa profitiert von einer offenen, regelgebundenen und integrierten Weltwirtschaft. Nichtsdestotrotz zeigen die vergangenen Jahre, dass ein gewisses Maß an Autonomie in bestimmten strategischen Sektoren ein Wert an sich ist. Dass die EU hier die richtigen Lehren zieht, wird am Beispiel des sogenannten Chips Acts deutlich, welcher darauf abzielt, die Kapazitäten europäischer Unternehmen im Bereich Forschung, Entwicklung und Herstellung von Halbleitertechnologien und Chips zu etablieren und auszuweiten. Zwar ist dieser Ansatz vom Umfang her noch überschaubar, er stellt aber einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Zur offenen strategischen Autonomie gehört aber auch die notwendige politische Handlungsfähigkeit. Worüber in diesem Kontext deshalb ebenfalls dringend nachgedacht werden muss, ist die Reformierung grundlegender politischer Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union. Das nach wie vor herrschende Einstimmigkeitsprinzip bei au-

ßenpolitischen Entscheidungen schränkt deren Schnelligkeit und Effizienz stark ein. Beides sind jedoch Faktoren, die für die Handlungsfähigkeit der EU in der Außen- und Verteidigungspolitik von essentieller Bedeutung sind.

Ein weiterer Balanceakt, welcher der europäischen Politik gelingen muss, ist die Festigung der EU als Interessengemeinschaft durch mehr Souveränitätsrechte einerseits sowie der gleichzeitige Schutz der Subsidiarität: EU-Normen müssen notwendig und verhältnismäßig sein. Europäische Ansätze sollten nur da gewählt werden, wo auch tatsächlich europäische Probleme vorliegen. So wird eine Bürokratieüberlastung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, verhindert.

Die EU muss als Staatengemeinschaft an größerer internationaler Bedeutung gewinnen, was in wirtschaftlichen wie außenpolitischen Fragen für ihr Fortbestehen ausschlaggebend ist. Bei diesem Vorhaben ist diplomatisches Geschick gefragt: Schließlich kann beim Anstreben offener strategischer Autonomie schnell das Attribut „offen“ übersehen und von Partnern als protektionistisch gedeutet werden. Das Streben nach europäischer Unabhängigkeit ist selbstverständlich nicht mit einer Abschottung nach außen gleichzusetzen, die Diplomatie- und Handelskanäle müssen stets offen bleiben. Niemand stellt in Frage, dass die EU immer auf gute Beziehungen zu Drittstaaten setzen sollte und sogar darauf angewiesen sein wird. Tragfähige internationale Beziehungen gründen jedoch selten auf wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Als Russland die Ukraine angriff, wurde von allen Seiten die Forderung laut, die EU solle sie mit militärischer Ausrüstung unterstützen. Auch die allgemeine Ausstattung von Polizei und Bundeswehr wird richtigerweise als selbstverständlich und notwendig für die zivile Sicherheit angesehen. Wenn Europa Dinge wie Rüstungsgüter und Polizeiausrüstung nicht mehr selbst herstellen könnte, wäre auch das eine strategische Abhängigkeit, die uns langfristig nicht guttun kann.

Eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie ist daher auch ein wichtiger Aspekt der offenen strategischen Autonomie. Ein zentraler Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines jeden Industriezweigs ist dabei der Zugang zur Finanzierung. Wir sehen allerdings bereits heute, dass die Rüstungsindustrie schon jetzt viele Probleme beim Zugang zu Finanzierung hat. So machen viele öffentliche und private Banken aus einem falsch verstandenen Nachhaltigkeitsgedanken heraus einen großen Bogen um die Rüstungsindustrie. Das passt eigentlich nicht in eine Zeit, in der wir den Wert innerer und vor allem äußerer Sicherheit neu entdecken.

Umso wichtiger ist es, dass wir diesen beunruhigenden Trend nicht noch weiter befeuern. In diesem Zusammenhang wirft vor allem die auf europäischer Ebene immer wieder diskutierte „soziale Taxonomie“ Fragen auf. Hier wird

über ein Klassifizierungssystem von „sozial nachhaltigen“ Wirtschaftstätigkeiten nachgedacht, die sich mittels eines solchen Labels günstiger refinanzieren ließen. Im Umkehrschluss bedeutet das auch, dass wirtschaftliche Tätigkeiten, die das Prädikat nicht bekommen, mit schlechteren Finanzierungskonditionen zu rechnen hätten. Wie hier die Rüstungsindustrie abschneiden würde, ist fraglich. Es stellt sich darüber hinaus die viel grundsätzlichere Frage, ob eine solche staatliche Lenkung von Finanzströmen in einem marktwirtschaftlichen System überhaupt sinnvoll und angemessen ist.

Europäische Sicherheit ist nachhaltig

Um dem Verteidigungssektor nicht jeglichen sozialen oder nachhaltigen Nutzen abzuspochen, muss außerdem bedacht werden, dass Sicherheit eine Voraussetzung dafür ist, dass ein Staat andere Aspekte der Nachhaltigkeit wie etwa die Klima- und Umweltpolitik überhaupt priorisiert behandeln kann. Denn ohne innere und äußere Sicherheit ist alles nichts.

Allerdings kann besagte nachhaltige Politik nur im Dialog mit der Wirtschaft entstehen, anstatt zum Beispiel Banken und Rüstungsunternehmen gegeneinander auszuspielen oder die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als Gegner von Frieden und Nachhaltigkeit hinzustellen.

Um gleichzeitig die globale Konkurrenzfähigkeit der EU sowie effektiven Klimaschutz zu verwirklichen, dürfen Nachhaltigkeit und Sicherheit nicht mehr falsch verstanden und wie Gegensätze behandelt werden. Nicht zuletzt, weil durch ein falsches Nachhaltigkeitsverständnis strategisch wichtige Industriezweige wie die Rüstungsbranche lahmgelegt werden könnten.

Im Sinne ihres Strebens nach Nachhaltigkeit muss die EU in ihrem verantwortungsvollen Handeln auch der Sicherheit einen hohen Stellenwert zukommen lassen. Dabei sind eine wertegeleitete Ausrichtung und eine Politik der Unabhängigkeit für die Zukunft Europas unerlässlich. Die EU muss nach innen und außen entschlossen auftreten können.

Soziale Verantwortung trägt die EU dabei nicht nur unmittelbar gegenüber ihren Bürgern, sondern auch auf globaler Ebene im Hinblick auf die Verteidigung demokratischer Werte. Ohne dass wir im wörtlichen Sinne eine „wehrhafte“ Demokratie verkörpern, wird vor allem China uns zukünftig nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ideologisch vor Herausforderungen stellen. Dem können wir nur durch geschlossenes, wertorientiertes und beizeiten auch robustes Handeln etwas entgegensetzen. Eine wahre Verknüpfung von Frieden, Nachhaltigkeit und Sicherheit, um Europa in eine erfolgreiche Zukunft zu führen – darauf müssen wir jetzt unser Handeln ausrichten.

Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und Klimaschutz – keine Gegensätze

Dr. Eva Högl, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages



Dr. Eva Högl

Foto: DBT/Inga Haar

Nachhaltigkeit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander und müssen zusammen gedacht werden. Das ist keine abstrakte Theorie, sondern Realität. So ist schon jetzt zu sehen, wie sich der Klimawandel auf bestehende Kriege und Krisen auswirkt, sie verschärft oder gar mitverursacht. Davon betroffen ist auch die Bundeswehr – und zwar zweifach.

Zum einen weil sie beim internationalen Krisenmanagement in Regionen im Einsatz ist, wo der Klimawandel als Konflikt-Katalysator wirkt, etwa im Sahel. Zum anderen weil es ihre Einsatzpraxis dort sehr konkret beeinflusst. Bei meinen Truppenbesuchen in Mali und Niger berichteten mir Soldatinnen und Soldaten, wie herausfordernd die klimatischen Bedingungen ihren Auftrag gestalten. Mehrtägige Patrouillen bei über 50 Grad Celsius im Innenraum des Transportpanzers Fuchs sind eine Belastung für Mensch und Material.

Unter anderem aus diesen Gründen beschäftigt sich die Bundeswehr – intensiver als vielleicht vielfach vermutet wird – mit Fragen von Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz. So sind klimabedingte Folgen im Weißbuch der Bundesregierung von 2016, das die Grundlagen, Ziele und Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik und damit auch das Aufgabenprofil der Bundeswehr umreißt, aufgenommen. Sowohl direkt mit Einsätzen zur Krisenprävention in Räumen begrenzter Staatlichkeit, wo sie konfliktverstär-

kend wirken. Als auch indirekt mit der Amtshilfe, die immer öfter klimabedingt ist. Das verdeutlicht der Einsatz zur Beseitigung der Folgen der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern 2021.

Auch in einem anderen Sinne gehören Klima- und Nachhaltigkeitsfragen zum Aufgabenportfolio der Bundeswehr. Die Bundesrepublik Deutschland arbeitet seit dem Klimaabkommen von Paris 2016 daran mit, die globale Temperatursteigerung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die vorangegangene Bundesregierung hatte deshalb für das Jahr 2030 eine Senkung der klimaschädlichen Emissionen um mindestens 55 Prozent bezogen auf das Basisjahr 1990 vorgegeben. Davon ist die Bundeswehr nicht ausgenommen. Das Verteidigungsministerium beabsichtigt, bereits 2023 klimaneutral zu sein. Die Truppe soll dies bis 2045 erreichen.

Der Beitrag der Bundeswehr zum Klima- und Umweltschutz

Die Bundeswehr muss also einen Beitrag zu Nachhaltigkeit und der Reduktion von CO₂-Emissionen leisten. Und sie kann. Der Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr von 2020, der Energiebericht der Bundeswehr von 2020 und der Umweltbericht der Bundeswehr von 2019 dokumentieren, dass die Energiewende innerhalb der Bundeswehr bereits begonnen hat und das Thema Nachhaltigkeit in der Truppe angekommen ist. Der Beitrag zur Nachhaltigkeit reicht vom Großgerät über Gebäude bis hin zu Truppenübungsplätzen, die zu mehr als 50 Prozent „Natura 2000“-Schutzgebiete sind, wo aufgrund der spezifischen Nutzung und weitgehenden Abschottung von anderen zivilisatorischen Einflüssen eine besondere Pflanzen- und Tierwelt erhalten wird.

Auf zwei Gebieten trägt die Bundeswehr zu Klima- und Umweltschutz bei, wo die enge, auch strategische Verbindung von Nachhaltigkeit und Sicherheit besonders deutlich werden: Energie und Mobilität.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat im März 2019 das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ für den Neubau von Unterkunftsgebäuden eingeführt. Im Rahmen dieses Systems werden der Verbrauch von Energie, Wasser, die Fläche sowie die Einbindung neuer Energien, die Gebäudelebensdauer und Aspekte der Gesundheit geprüft. Die Bundeswehr hat es sich zur Aufgabe gemacht,

von der Konsumentin von Energie zur nachhaltigen Nutzerin und zur Lieferantin von Energie zu werden.

Vielversprechend erscheint in diesem Zusammenhang das Pilot-Projekt „Green Barracks“. Ziel dieses Vorhabens ist es, neue, fossile Brennstoffe vermeidende Ansätze zur Wärmeversorgung in den Liegenschaften der Bundeswehr zu prüfen und den Ausbau erneuerbarer Energien zu erproben sowie zu realisieren. Dies betrifft insbesondere Solar-technik, Holzhackschnitzel- und Pelletheizungen. Erprobt werden Techniken zur Gewinnung, Wandlung und Speicherung erneuerbarer Energien. Die Staufer-Kaserne in Pfulendorf ist die erste CO₂-neutrale Liegenschaft der Bundeswehr. Sie deckt ihren Energiebedarf fast ausschließlich durch Geothermie und Solarenergie.

Auch im Einsatz wird dieser Ansatz, wo sinnvoll und möglich, bereits verfolgt. So nutzt der Lufttransportstützpunkt in Niamey Photovoltaik, um damit bis zu 15 Prozent seiner elektrischen Energie abzusichern. In Bezug auf die Ressource Wasser wird dort Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit erreicht, indem die Bundeswehr ihr Abwasser über eine Kläranlage im französischen Teil des Camps behandeln lässt, welches dann dem natürlichen Wasserkreislauf wieder zugeführt wird.

Diese Maßnahmen senken nicht nur den Verbrauch an fossilen Brennstoffen und vermeiden schädliche Emissionen in Deutschland wie im Einsatzland. Sie erhöhen auch die Autarkie von Liegenschaften der Bundeswehr. Das hat eine erhebliche strategische Dimension. So ist im Einsatz die Versorgung von Feldlagern von außen mit Energie und Wasser, insbesondere wegen der sehr langen Transportwege, mitunter teuer, gefährlich und nicht ökologisch. Zudem besteht die Gefahr, dass durch die notwendige Versorgung der Soldatinnen und Soldaten Engpässe für die einheimische Bevölkerung entstehen und somit die Akzeptanz von Einsätzen vor Ort schwindet.

Die Bundeswehr – Vorreiter im öffentlichen Sektor

Im Bereich der Mobilität unternimmt die Bundesregierung große Anstrengungen, um nachhaltige Ansätze zu fördern. Das kostenlose Bahnfahren für Soldatinnen und Soldaten verringert bei einer Pendlerarmee den CO₂-Ausstoß. Für Elektrofahrzeuge plant die Bundeswehr bis 2050 30.000 Stellplätze für Ladesäulen, auch für private Elektrofahrzeuge der Soldatinnen und Soldaten.

Elektroantriebe für Fahrzeuge sind nicht nur aus Gründen der Emissionsvermeidung wichtig, sondern auch in militärstrategischer Sicht. Sie ermöglichen lautloses Fahren und sind damit für die „Silent Watch“ ein gutes Mittel. Elektroantriebe verfügen beim Start über 100 Prozent Energie und damit der Geschwindigkeit. Außerdem müssen bei Einsatz von Elektromotoren oder Hybridantrieben weniger Treibstoffe in die Einsatzgebiete geliefert werden.

Dies hat den strategischen Vorteil geringerer gefährlicher Transportfahrten in Einsatzgebiete und der Einsparung von Emissionen und Geld.

Diese Beispiele zeigen, dass Nachhaltigkeit und Sicherheit sich also weder strategisch noch operativ entgegenstehen, sondern eng miteinander verbunden und gewinnbringend zusammengeführt werden können. Der technologische Innovationsprozess bei Energiegewinnung und Antriebsprozessen wird in der Zukunft hoffentlich noch größere Möglichkeiten bieten. Dann werden sich die Vorteile in sicherheitsstrategischer Hinsicht im Vergleich zu Streitkräften, die maßgeblich auf fossile Energieträger angewiesen sind, noch deutlicher zeigen.

Bei meinen Truppenbesuchen sehe ich viele dieser positiven Beispiele und Ansätze. Ich erlebe, dass sich Soldatinnen und Soldaten intensiv mit Fragen von Nachhaltigkeit und Sicherheit beschäftigen und ihnen Klima- und Umweltschutz sehr wichtig sind. Das beinhaltet zum Teil auch sehr alltägliche und dennoch wichtige Anliegen wie mehr vegetarisches Angebot in Truppenküchen oder weniger Verpackungsmüll bei der Verpflegung im Gelände. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind sehr motiviert daran mitzuwirken, dass auch die Bundeswehr ihren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leistet. Und das tut sie bereits auf vielen Gebieten wie oben gezeigt. Sie ist bisweilen sogar Vorreiterin im öffentlichen Sektor. Auch deswegen habe ich im Jahresbericht der Wehrbeauftragten 2021 Umwelt und Klima als eigenes Kapitel aufgenommen.

Nachhaltigkeitsbericht der Bundeswehr 2020

Mit über 1.500 Liegenschaften der Bundeswehr, darunter rund 170 Übungsplätze mit einer Gesamtfläche von circa 210.000 Hektar, ist die Bundeswehr der größte Nutzer bundeseigener Liegenschaften in Deutschland. Maßnahmen im Umwelt- und Naturschutz sowie bei der Reduzierung des Strom- und Wärmeenergieverbrauchs leisten daher einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



Klar ist jedoch auch: Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und ihr Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung stehen im Vordergrund. Diese Notwendigkeit führt uns der entsetzliche Krieg in der Ukraine in aller Deutlichkeit vor Augen. In Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Putins hat Bundeskanzler Scholz in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag eine „Zeitenwende“ ausgerufen. Mit einem angekündigten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr umfassend modernisiert werden, damit sie ihren Kernauftrag vollumfänglich erfüllen kann. Der Verteidigungshaushalt 2020 wurde auf 50,3 Milliarden Euro angehoben. Das ist richtig und wichtig. Das Geld ist eine Investition in Frieden, Freiheit und Sicherheit.

PODCAST

Jüngst hat die Europäische Union den Strategischen Kompass für die Bereiche Sicherheit und Verteidigung erlassen. Welches sind Ihrer Meinung nach die nächsten Schritte für die Umsetzung und welche Hürden würden Sie beschreiben?



Dr. Hans-Peter Bartels, ehem. Verteidigungsausschuss-Vorsitzender und Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP)

Foto: Deutscher Bundestag



Dr. Stefan Mair, Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit und geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Foto: SWP

Hans-Peter Bartels und Dr. Stefan Mair Dr. haben uns in einem Podcast hierzu geantwortet. Diese Antworten finden Sie hier:



Bei der anstehenden Modernisierung der Bundeswehr sollten Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Denn auch der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen zeigen die enge Verbindung von Nachhaltigkeit und Sicherheit. Deutschland ist viel zu abhängig von fossilen Energieträgern, vor allem russischem Gas und Öl. Diese Abhängigkeit gilt es, schnellstmöglich zu reduzieren, die Energieversorgung breit zu diversifizieren und den Anteil erneuerbarer Energien massiv zu erhöhen. Auch bei der Bundeswehr.

Energetische Sanierung von Kasernen, Nutzung von Solarenergie und Elektrofahrzeugen im Grundbetrieb und Einsatz, Forschung an und Beschaffung von nachhaltigem Material und Großgerät – das Potenzial der Bundeswehr ist groß, hier einen Beitrag zu leisten. Sie kann Nachhaltigkeit und Sicherheit fortschrittlich und zukunftsorientiert miteinander verbinden. Dieses Potenzial gilt es, weiter und mehr noch als bisher auszuschöpfen. Dann würden Klima- und Umweltschutz der Erfüllung des Kernauftrags und der Herstellung der Einsatzbereitschaft nicht im Wege stehen. Im Gegenteil: Dann wäre die Einsatzbereitschaft gewährleistet mit und auch durch Klima- und Umweltschutz. Hierfür bietet die Modernisierung der Bundeswehr eine echte Chance.

Die Folgen des Klimawandels bedrohen die weltweite Sicherheit

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Foto: Privat

Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe. Ohne eine funktionierende Umwelt werden sich Konflikte und Kriege verschärfen und in ihrer Dynamik immer schwerer aufzuhalten sein. Denn: Sicherheitspolitik und Klimawandel sind eng miteinander verwoben. Die Folgen des Klimawandels bedrohen die weltweite Sicherheit.

Lassen Sie mich das an der Sahel-Zone in Afrika erläutern, Stichwort Mali. Noch jahrzehntelang wird dort die Bekämpfung des Terrorismus die Aufmerksamkeit der Welt benötigen – einmal ganz unabhängig davon, wie die Einsätze der Bundeswehr dort in Zukunft ausgestaltet sein werden. Die Ursache für die dortige erhebliche Instabilität und letztlich der Nährboden für den Terror ist die fortschreitende Trockenheit. Sie führt zu einer sich massiv verschärfenden Ressourcenkonkurrenz vor Ort. Die Klimaschäden (und auch die wachsenden Bevölkerungszahlen, aber das ist eine andere Baustelle) laufen auf immer schärfere Konflikte zwischen Viehbauern, Getreidebauern und weiteren Wassernutzern hinaus.

Doch der Klimawandel führt nicht nur zu lokal begrenzten Konflikten. Menschen, deren Heimat durch klimatische Einflüsse unbewohnbar geworden ist oder droht, unbewohnbar zu werden, sind gezwungen, ihre angestammten Regionen zu verlassen. Sie werden sich unter anderem auf den Weg nach Europa machen. Auch deshalb müssen wir uns verstärkt mit klimapolitischen Fragen auch im Bereich der Sicherheitspolitik auseinandersetzen. Denn auf Dauer

können die europäischen Länder dem wachsenden Druck der Fluchtbewegungen innenpolitisch nicht standhalten. Wir haben ja bereits 2015 gesehen, was das in den Gesellschaften für Spannungen erzeugt. Das Kind beim Namen zu nennen, gehört zur Ehrlichkeit dazu. Ich weise mit Sorge auf die wachsenden Einflüsse extremer Parteien am Rande der politischen Spektren hin.

Internationale Zusammenarbeit und nationale Anstrengungen

Wenn wir nun unser Augenmerk ausschließlich auf die Folgen dieser Klimaveränderungen richten, also auf den Terror und die damit zusammenhängenden Konflikte, werden wir uns nur an den Symptomen aufreiben, das Problem aber nicht an der Wurzel packen. Militär, ob nun Bundeswehr oder die Armeen anderer Länder, kann diese Entwicklungen somit unmittelbar nicht verhindern. Die globalen Herausforderungen durch die Klimaveränderungen verlangen ein gut abgestimmtes europäisches und internationales Vorgehen. Wichtige Werkzeuge sind also gezielte Entwicklungszusammenarbeit, verstärkte Investitionen in den Ländern und der Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur, damit die Menschen dort nicht nur über- sondern gut leben können. Selbstverständlich ist das eine große Herausforderung, die viel Zeit und Geduld erfordert.

Genau wie die Problematiken also miteinander verschränkt und staatenübergreifend sind, so mehrdimensional müssen wir die sich daraus ergebenden sicherheitspolitischen Herausforderungen angehen. Dafür ist eine deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss dringend geboten, die nicht nur auf Deutschland fokussiert, sondern die am stärksten betroffenen Partnerländer bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels durch die Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Auch dafür haben wir international Verantwortung. Wir können Deutschland und die Bundeswehr nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen betrachten.

Aber: Wir müssen auch in der Bundeswehr konkret werden, dürfen die Problemlösung nicht einseitig auslagern. Immer mit dem Finger auf andere zeigen bringt uns nicht weiter. Auch unsere Streitkräfte müssen einen eigenen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten und sich damit das klare Bekenntnis zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu eigen machen. Ein Baustein dafür:

Die seit langem erforderliche und dringend notwendige umfassende Modernisierung der Bundeswehr mit neuem Material, die wir nun endlich angehen können. Sie führt neben ihrem Hauptziel – der besseren Einsatzbereitschaft unserer Truppe – auch zu einer Verbesserung der Klimabilanz, etwa wenn altes Gerät durch neues ersetzt wird. Das Schlagwort dazu lautet „Grüne Mobilität“. Außerdem erforscht und erprobt die Bundeswehr beispielsweise alternative und umweltfreundlichere Antriebe oder achtet im Rahmen der infrastrukturellen Erneuerung auf Nachhaltigkeit und Emissionswerte. Die über 300 Bundeswehrstandorte haben noch großes Potenzial – böse Zungen sprechen auch von Nachholbedarf – bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, mit denen anschließend Energie bei Heizung und Versorgung eingespart werden kann. So kann sie insbesondere in Deutschland ihre Klimabilanz verbessern. Die CO₂-Werte der Bundeswehr werden dabei erfasst und sind öffentlich einsehbar. Bereits in den letzten Jahren konnte der CO₂-Ausstoß der Streitkräfte damit reduziert werden, und zwar nicht allein durch die Dezimierung der Truppenstärke.

Auftrag und Klimaschutz

Selbstverständlich darf aber insbesondere bei Auslandseinsätzen die Verlässlichkeit der Gerätschaften und Waffensysteme und somit die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nicht beeinträchtigt werden. Der Auftrag und der Schutz der Soldatinnen und Soldaten hat oberste Priorität. Gerade hinsichtlich der Entwicklung der aktuellen Sicherheitslage in Europa ist dies zwingend zu bedenken. Der Panzer als E-Version ist da wohl eher eine Wunschvorstellung – zumindest vorerst. Auch bezüglich der militärischen Flugmobilität kann in absehbarer Zeit aufgrund der hohen Fähigkeitsanforderungen nicht auf Turbinen und Verbrennungsmotoren verzichtet werden. Da dürfen wir uns nichts vormachen, das Paradies haben wir noch nicht erreicht. Nichtsdestotrotz: Das Ziel ist klar. Ohne Umwelt- und Klimaschutz gibt es für unsere Soldatinnen und Soldaten auch keine Gesellschaft mehr zu schützen. Nachhaltige Entwicklung ist der Schlüssel für mehr Freiheit für uns alle und für zukünftige Generationen. Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe.

Energiebericht der Bundeswehr 2020

Die Zahlen, Daten und Fakten im vorliegenden Energiebericht 2020 veranschaulichen, dass die Bundeswehr ihrer Verantwortung hinsichtlich des Klimaschutzes leistet. Die Treibhausgasemissionen 2020 konnten im Vergleich zum Vorjahr um 17,69 Prozent gesenkt werden, im Vergleich zum Referenzjahr 1990 sogar um 85,95 Prozent.

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



Weißbuch 2016

Das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr liefert die Grundlage für die deutsche Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Es ist der wesentliche Leitfaden für die sicherheitspolitischen Entscheidungen und Handlungen der Bundesrepublik Deutschland.

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



Mit Digitalisierung in eine nachhaltige und gerechte Zukunft

Chancengleichheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit – bei der Erreichung dieser Ziele leistet die Digitalisierung einen wertvollen Beitrag. Mit unseren Technologien, unserem Handeln und unseren Mitarbeiter(inne)n wollen wir eine gerechtere Zukunft für alle schaffen. Die Säulen dieser Zukunft sind ein moderner digitaler Staat, soziale Verantwortung und eine starke, nachhaltige Wirtschaft. Mit unserem weltweiten Programm „Deutschland Digital“ treiben wir die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen voran.

In einer gerechten Zukunft, in der alle Menschen gleichermaßen Zugang zu Bildung und Gesundheit haben, funktionieren Bildungseinrichtungen, Verwaltung und Gesundheitswesen als digitale Lebensadern unserer Gesellschaft zuverlässig und sicher. Der Digitalisierungsbedarf und das Potenzial sind hier enorm hoch. Daher unterstützt Cisco den Ausbau eines modernen Staates mit Initiativen wie #wirmachendigitalisierungseinfach. Um Menschen den Weg zu digitalen Kompetenzen zu ebnet und gleichzeitig dem IT-Fachkräftemangel entgegenzuwirken, betreibt Cisco die Networking Academy, engagiert sich bei der RediSchool und bietet selbst ein Dual Study Programm an.

Ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen unseres Planeten ist die Voraussetzung, um langfristig erfolgreich zu sein und der eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Als weltgrößter Hersteller für Netzwerktechnologie hat Cisco erheblichen Einfluss und eine Vorbildfunktion, negative Umweltbelastungen und ganz konkret den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Cisco will bis 2040 klimaneutral sein. Das gelingt nur durch weniger



Autorin: Jutta Gräfensteiner, Direktorin Deutschland Digital und Sustainability bei Cisco Deutschland
Foto: Cisco Systems Inc.

Ressourcenverbrauch, mit nachhaltigen Produkten und Services sowie Investitionen in den Klimaschutz. Damit „Made in Germany“ auch im digitalen Zeitalter weltweit für Qualität und Innovation steht, ist mehr Zusammenarbeit nötig. Moderne Collaboration-Lösungen, schnelle Netzwerke sowie digitalisierte, nachhaltige Geschäftsmodelle kurbeln den wirtschaftlichen Wohlstand an. In diesem Sinne agiert Cisco nicht nur im eigenen Unternehmen nachhaltig, sondern unterstützt auch Partner, Unternehmen und Behörden mit innovativen Lösungen. Sprechen auch Sie uns gerne an!



Grafik: Cisco Systems Inc.

Zeitenwende für die Bundeswehr

General Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr



General Eberhard Zorn

Foto: Bundeswehr

Am 24. Februar 2022 hat Russland einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Diese völkerrechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Aggression wird unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik, unsere Bundeswehr, unsere Gesellschaft und Deutschland als Ganzes verändern.

Dieser Krieg richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen unsere Prinzipien, unsere Werte und die regelbasierte internationale Friedensordnung, die uns in Europa über Jahrzehnte Freiheit, Sicherheit und Wohlstand beschert hat.

Wir haben sowohl national als auch in der EU und NATO den russischen Aufmarsch über Monate verfolgt. Das Szenario des nun erfolgten Angriffs wurde durch manche – auch langfristig – vorhergesagt. Ich sage ehrlich: Wir in Deutschland haben es uns nicht vorstellen können. Die Bewertung der russischen Handlungsoptionen erfolgte durch „unsere Brille“; im Rückblick haben wir Putin unterschätzt: Wie auch immer dieser Krieg ausgeht, er wird unser Denken und unsere Beziehungen zu Russland und vor allem dem Putin-Regime auf lange Zeit prägen.

Innerhalb weniger Tage nach Angriffsbeginn wurde offensichtlich, dass Putin die politischen Ziele seines Krieges nicht erreichen konnte. Im Gegenteil. Auf allen Ebenen hat er durch die militärische Aggression seine Absichten konterkariert.

Erstens: Die Ukrainer leisten einen im Angesicht der russischen Eskalationsdominanz beeindruckend tapferen militärischen und zivilen Widerstand. Eine stabile russische

Herrschaft über die Ukraine ist mit Stand Mitte April 2022 in weiterer Ferne als jemals zuvor.

Zweitens: Die NATO und die EU stehen geschlossen gegen Russland. Politisch ist Russland bis auf wenige Ausnahmen isoliert, wie zum Beispiel das Votum der VN-Generalversammlung und die beispiellosen Sanktionen der EU zum Ausdruck gebracht haben.

Die NATO hat ihre regionalen Verteidigungspläne aktiviert und eine Reihe von Alarmmaßnahmen ausgelöst, insbesondere zur Verkürzung der Zeiten zum Herstellen der Verlegetreue der NATO Response Force (ca. 13.700 deutsche Soldatinnen und Soldaten inklusive nationaler Unterstützungskräfte) und zur Beschleunigung der militärischen Mobilität. Zudem hat ein signifikanter Aufwuchs der NATO-Truppen an der Ostflanke begonnen, u. a. durch die Erhöhung der Anzahl der Battlegroups und die Stärkung der Luftverteidigung. Wir sind bereit, willens und in der Lage, das NATO-Territorium zu verteidigen.

Schwerpunkt bei der Landes- und Bündnisverteidigung

Die NATO wird auf dem Gipfel Ende Juni 2022 in Madrid endgültig entscheiden, wie sie sich perspektivisch an der Ostflanke aufstellen wird. Diese Überlegungen werden auch in das überarbeitete Strategische Konzept sowie die bereits laufende Diskussion zur Zukunft der NATO-Russland-Akte einfließen.

Auch Deutschland hat seinen Beitrag schnell und substantiell über bereits eingemeldete Kräfte hinaus erhöht, u. a. durch die Verstärkung der Battlegroup Litauen und einen Beitrag zur Battlegroup Slowakei. Erneut haben wir uns dabei als verlässlicher Bündnispartner erwiesen und unsere Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Drittens: Deutschland hat sich in der jüngeren Vergangenheit als ein Vermittler zwischen Russland und dem Westen verstanden. Spätestens seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim war jedoch für die Bundeswehr eine Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung unausweichlich. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist das Bewusstsein für die Bedeutung der eigenen militärischen Handlungsfähigkeit in der Bevölkerung angekommen. In diesem Kontext ist auch die durch Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag eingeleitete „Zeitenwende“ zu verstehen.

In enger Abstimmung sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch mit unseren internationalen Partnern unterstützen wir die Ukraine umfangreich mit Lieferungen von Fahrzeugen, Gerät, Waffen und Ausrüstung.

Auch bei unseren eigenen Streitkräften gibt es Nachholbedarf. Mit dem angekündigten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro werden wir die Ausstattung der Bundeswehr grundlegend modernisieren, neue Ausrüstung beschaffen, unsere logistischen Ketten verbessern und im Ergebnis die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands substanziell stärken.

Es ist aber kein Wunschkonzert

Die Landes- und Bündnisverteidigung ist der Kernauftrag der Bundeswehr. Gemäß den Vorgaben aus dem Weißbuch von 2016, der Konzeption der Bundeswehr von 2018 und den Zielvorgaben der NATO wurde das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr bis zum Jahr 2031 abgeleitet. Die darin formulierte nationale Ambition fokussiert auf die in der NATO eingegangenen Verpflichtungen. Die aktuellen Ereignisse zwingen uns dazu, unsere Verpflichtungen teilweise schneller zu erfüllen und zusätzliche Fähigkeiten zu generieren. Als Beispiel sei hier nur die Bereitstellung einer vollständig ausgebildeten, vollausgestatteten und einsatzbereiten Heeresdivision bereits im Jahre 2025 – und nicht, wie bisher vorgesehen, im Jahre 2027 – genannt.

Die Truppe erwartet durch das Sondervermögen nun zu recht schnelle und konkrete Verbesserungen zur Stärkung der Einsatzbereitschaft in der Fläche. Mir ist es daher besonders wichtig, dass das Sondervermögen nur in die materielle Ausstattung bzw. die persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten fließt. Eine Alimentierung von Dienstposten, Planstellen, Infrastruktur oder auch Finanzierung von Projekten anderer Ressorts zur Umsetzung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs ist nicht vorgesehen.

Im Einklang mit dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und dem aktuellen Koalitionsvertrag wird der Schwerpunkt, erstens, auf der Verbesserung der Führungsfähigkeit/Digitalisierung und Interoperabilität mit unseren Partnern liegen. Eine moderne Bundeswehr ist eine in allen Bereichen digital vernetzte Bundeswehr.

Des Weiteren werden wir, zweitens, die persönliche Ausrüstung und Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten verbessern. Das ist für die individuelle Einsatzbereitschaft und Motivation der Truppe unerlässlich. Die Entscheidung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages vom 7. April 2022, die aktive Truppe bis 2025 vollumfänglich mit moderner und einsatzerprobter persönlicher Ausrüstung, d.h. einheitlichen Rucksäcken, Gefechtshelmen, Schutzwestensystem und Kampfbekleidungssatz, auszustatten, ist ein wegweisendes Signal und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Das dritte Handlungsfeld sind Rüstungsprojekte, wie zum Beispiel die schon beschlossene Beschaffung von F-35-Kampfflugzeugen als Nachfolge des TORNADO für die nukleare Teilhabe oder die dringend notwendige Beschaffung eines schweren Transporthubschraubers. Die Auswahl der Projekte basiert auf den Kriterien des operativen Mehrwerts für die Bundeswehr in Verbindung mit einer schnellen Verfügbarkeit. Dabei fokussieren wir zunächst auf Dinge, die es schon gibt, zum Beispiel marktverfügbare Produkte, Rahmenverträge, Auslösen von Optionen sowie multinationale Kooperationsvorhaben.

Es geht bei der Umsetzung des Sondervermögens um viel mehr als das Abarbeiten einzelner Projekte. Das Ziel bleibt die schrittweise Vollausrüstung der Truppe zum Schaffen einer durchgängigen Kaltstartfähigkeit kohäsiver Großverbände.

Hierbei müssen wir selbstverständlich die tatsächlichen Industriekapazitäten berücksichtigen. Die Bedeutung einheimischer Industrie für unsere militärische und damit außenpolitische Handlungsfähigkeit wird durch den Ukrainekrieg erneut deutlich unterstrichen. Gleichzeitig appelliere ich dabei an die Verantwortung der Industrie. Die Bundeswehr ist Premiumkunde und sollte auch so behandelt werden, unabhängig von der Größenordnung bzw. dem Finanzvolumen des jeweiligen Projekts.

Meine Erwartungshaltung ist Liefertreue und Qualität von Anfang an!

Abschließend möchte ich festhalten, dass der Ukraine-Krieg Auslöser der Zeitenwende in Deutschland ist, nicht aber deren Zielpunkt. Wir müssen – auch über das Putin-Regime hinaus – gesamtgesellschaftlich wehrhaft und verteidigungsbereit sein, um potentielle Aggressoren wirksam abzuschrecken.

Das Sondervermögen bildet die Grundlage, um wesentliche Modernisierungsvorhaben und Investitionen der Bundeswehr unverzüglich zu realisieren, nachhaltig zu finanzieren und in der Fläche den Ausrüstungsstand zu erreichen, der zur Erfüllung des Auftrags der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist.

Die Ukraine, unsere Alliierten und unsere Bürgerinnen und Bürger verlassen sich auf uns. Die Umsetzung der nun vor uns liegenden Aufgaben ist vielfältig und komplex. Zum Ziel kommen wir dabei nur gemeinsam, also international in enger Abstimmung mit unseren Partnern in der NATO, der EU und den VN, national ressortübergreifend und in vertrauensvoller und effektiver Kooperation mit der Privatwirtschaft und Rüstungsindustrie.

Klar ist: Die Bundeswehr steht zum Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung. Ohne Wenn und Aber.

Ohne Frieden wird es keine nachhaltige Entwicklung geben

General Jörg Vollmer, Commander Allied Joint Force Command der NATO



General Jörg Vollmer

Foto: JFCBS

Nachhaltige Entwicklung, verstanden als die Verpflichtung unserer Zukunft generationsübergreifend zu denken und zu gestalten, erfordert ohne Bedrohung und in Frieden leben zu können.

Seit dem 24. Februar 2022 werden Freiheit und Sicherheit der ukrainischen Bevölkerung durch den russischen Angriff existenziell in Frage gestellt. Dieser völkerrechtswidrige Angriff bedroht uns alle. Dies zwingt zur Neuausrichtung unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wir müssen das Leben, die Freiheit und die Sicherheit unserer Bürger und unserer Lebensgrundlagen schützen – heute und in Zukunft, national und international.

Die Staatengemeinschaft in Europa und in der Welt hat auf die massive Aggression schnell und konsequent reagiert. Die weitreichenden wirtschaftlichen Sanktionen entfalten Wirkung und werden für Russland schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. Die umfangreiche Unterstützung der Ukraine mit Waffen hat ihre Streitkräfte befähigt, den Angriff aufzufangen. Weitere Unterstützung ist notwendig und wird bereitgestellt.

Die Verteidigung des Bündnisgebietes der NATO ist durch vorausschauendes und rasches Handeln sichergestellt worden. Nun kommt es darauf an, weitere Schritte für die notwendige

Verbesserung unserer Verteidigungsfähigkeit umzusetzen. Verteidigungsfähigkeit und glaubhafte Abschreckung gegen einen möglichen Aggressor sind und bleiben auch in Zukunft unverzichtbar. Glaubhafte Abschreckung durch militärische Fähigkeiten bildet die Grundlage für Nachhaltigkeit und Frieden.

Russland – eine Bedrohung für Europa

Bereits nach der illegalen Inbesitznahme der Krim und Besetzung der Ostukraine durch Russland im Jahr 2014 haben die NATO und ihre Mitgliedstaaten die klare Botschaft ausgesandt, dass die kollektive Verteidigung – basierend auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrages – der Eckpfeiler unserer Organisation ist und bleibt. NATO Air Policing, die Enhanced Forward Presence Battle Groups und die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) dienen einerseits der Abschreckung eines möglichen Aggressors, aber ebenso auch der Rückversicherung der Bündnistreue der Allianz gegenüber ihren bedrohten Mitgliedern an der Ostflanke der NATO.

Aber diese Maßnahmen haben Präsident Putin nicht von einem militärischen Angriff auf die Ukraine abgehalten. Ein aggressives Russland stellt eine Bedrohung für Europa dar. Gemeinsame Anstrengungen der NATO bei Übung, Ausbildung, Verlegung von Truppen und eine deutliche Verbesserung der Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte sind unverzichtbar um auf diese Bedrohung zu reagieren. Wir müssen unsere militärischen Kapazitäten deutlich verbessern und neue Fähigkeiten schaffen.

Ein weitreichendes Programm zur gemeinsamen Fähigkeitsentwicklung, mitgetragen von allen 30 NATO-Mitgliedstaaten, ist umzusetzen. Basierend auf international abgestimmten, aber national bereitgestellten Fähigkeitsbeiträgen muss Ziel aller Beiträge die Steigerung der Resilienz unserer Nationen und der Allianz sein.

Diese Fähigkeiten sollen nicht nur auf künftige Bedrohungen vorbereiten, sondern müssen auch aktuellen Gefahren, wie etwa Desinformationskampagnen und Cyberangriffen, Instrumentalisierung von Flüchtlingen oder der Verschiebung von Staatsgrenzen durch den Einsatz militärischer Gewalt begegnen.

Die transatlantische Partnerschaft ist und bleibt der tragende Pfeiler der Sicherheit in Europa. Die Fähigkeiten und das starke Engagement unseres amerikanischen Verbündeten werden immer das Rückgrat unserer Allianz bleiben. Aber wir als europäische Verbündete müssen deutlich mehr leisten zur Verteidigung Europas: innerhalb der NATO. Einer von vielen notwendigen Schritten war die Entscheidung der Staats- und

Regierungschefs der NATO einen Innovationsfonds einzurichten, der es dem Bündnis ermöglicht, mit Partnern aus dem öffentlichen und privaten Sektor sowie der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft besser und effektiver zusammenzuarbeiten, um neue Technologien zu entwickeln oder zu adaptieren.

Die NATO – Voraussetzung für die Sicherheit in Europa

Während die NATO in Brüssel Initiativen auf politischer und strategischer Ebene vorantreibt, sind wir auch auf der operativen Ebene mit der Ausrichtung auf die Zukunft beauftragt. Auch hier sind nationale Fähigkeiten der Schlüssel zum Erfolg. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese Mittel so eingesetzt werden, dass wir eine wirkungsvolle Abschreckung für das Bündnis erzielen. Sollte die Abschreckung keinen Erfolg haben, müssen wir zur nachhaltigen Verteidigung befähigt sein. Das Allied Joint Force Command Brunssum hat den Auftrag, eben diese Verteidigungsplanung für seinen Verantwortungsbereich gemeinsam mit den Nationen rasch zu entwickeln und nach erfolgter politischer Billigung umzusetzen.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine unterstreicht die Notwendigkeit, zur Eskalation, Abschreckung und Verteidigung über das gesamte Spektrum von Frieden, Krise bis hin zum konventionellen militärischen Konflikt, befähigt zu sein.

Deutschland ist ein fester und geschätzter Partner in der Allianz. Mit seiner wirtschaftlichen Stärke, dem großen politischen Einfluss sowie seine militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten leistet es einen signifikanten Beitrag in der NATO. Als Reaktion auf die russische Aggression in der Ukraine hat Deutschland schnell und teilstreitkraftübergreifend die NATO Ostflanke verstärkt. Das wird in Zukunft nicht mehr allein ausreichen.

Internationale und dimensions-übergreifende Zusammenarbeit basiert auf leistungsfähigen Verbänden und Einheiten sowie einer uneingeschränkt kriegstauglichen Versorgungsinfrastruktur. Ein Kernelement der Operationsführung bleibt die Dimension Land. Mit den deutschen Divisionen als Großverbände ist Deutschland ein gesuchter Anlehnungspartner

für unsere Nachbarstaaten. Divisionen verfügen über alle Kapazitäten und Fähigkeiten zum Kampf und vereinen diese unter einem Kommando; auch die Kräfte, die die Kampftruppen zur erfolgreichen, durchsetzungsfähigen Gefechtsführung befähigen.

Ein Paradigmenwechsel!

Die Entscheidung ist gefallen. Bis 2025 wird Deutschland die erste von drei Divisionen einsatzbereit der NATO zur Verfügung stellen, zwei Jahre früher als ursprünglich geplant. Die Division wird personell und materiell voll aufgestellt sein, über alle notwendigen Divisionstruppen verfügen, gut ausgebildet und zertifiziert sein. Sie wird der NATO als einsatzbereiter Großverband eingemeldet. Grundsätzlich gilt es zukünftig Kräfte wieder regional zuzuordnen. Der Krieg in der Ukraine lehrt uns, dass Geländekenntnis und eingespielte Kommunikation der einzelnen Führungsebenen untereinander unverzichtbar sind und bleiben. Sofortige Einsatzbereitschaft ist die „conditio sine qua non“.

Die Einsätze der vergangenen dreißig Jahre, in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Afghanistan, im Irak oder in Afrika haben auf den jeweiligen Einsatz „maßgeschneiderte“ Truppenkontingente erfordert, die zeitlich befristet zur Verfügung gestellt wurden. Jetzt kommt es darauf an, einsatzbereite Streitkräfte in allen Dimensionen dauerhaft der NATO so einzumelden, dass sie nach nur relativ kurzer Vorwarnzeit ihren Auftrag erfüllen können. Die Verteidigungsfähigkeit unseres Bündnisses basiert auf verlässlich einsatzbereiten Streitkräften.

Jetzt ist die Zeit, unsere Pläne mit konkreten Maßnahmen zur Fähigkeitsentwicklung zu untermauern und in die Zukunft zu investieren. Die Lehren dieses Krieges müssen handlungsleitend sein. Zur Abwehr der Bedrohungen im gesamten Spektrum sind umfangreiche Investitionen notwendig, um unsere Verteidigungsfähigkeit schnell und nachhaltig zu verbessern. Der deutlich formulierte und vom öffentlichen Konsens getragene politische Wille hat hierfür das Startsignal gegeben. Jetzt haben wir die Chance diesen Herausforderungen mit einer moderneren und besseren Bundeswehr zu begegnen. Dass auf Deutschland in der Krise stets uneingeschränkt Verlass ist, ist unbestritten. Jetzt kommt es darauf an, eine einsatzbereite Bundeswehr zu befähigen, im Gefecht zu bestehen und sich durchzusetzen.

Für das Heer gilt: Bis 2025 ist die erste einsatzbereite, vollausgestattete Panzerdivision mit allen hierfür notwendigen Truppengattungen, gegliedert in Brigaden und mit Divisionstruppen zum Kampf zu befähigen. Der Maßstab ist die „alte“ 1. PzDiv vor 2011, die ehemalige Eingreifdivision des Deutschen Heeres. Darauf zählen unsere NATO Verbündeten, insbesondere unsere Nachbarn im Osten. Vollausstattung plus Personal plus Ausbildung ist gleich Einsatzbereitschaft! Nicht Prozentzahlen in Materialkategorien zählen, sie allein sind nicht aussagekräftig, sondern Einsatzbereitschaft im Heer wird gemessen in kriegstüchtigen Brigaden und Divisionen.

Nato Film „Defence Industry and ... NATO“

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



Zwischen militärischen Notwendigkeiten und politischen Erwartungen: NATO, Klimawandel und Nachhaltigkeit

Michael Rühle, Leiter des Referats für Klima- und Energiesicherheit in der Abteilung für neue Sicherheits herausforderungen der NATO



Michael Rühle

Foto: Privat

Der Klimawandel ist zur zentralen Herausforderung für die Menschheit geworden. Die Auswirkungen der zunehmenden globalen Erwärmung – schmelzende Polkappen, steigende Meeresspiegel und vor allem eine Zunahme extremer Wetterereignisse – sind inzwischen weltweit zu spüren.

Zahlreiche Staaten haben den Klimawandel zu einem vorrangigen Problem der nationalen Sicherheit erklärt. In einer Studie des Davoser Weltwirtschaftsforums belegen „extremes Wetter“ und „Klima-Versagen“ sogar die vorderen Plätze der Risikokala – weit vor Cyberangriffen und Massenvernichtungswaffen.

Überraschen kann dies nicht. Die sicherheitspolitischen Konsequenzen der Erderwärmung, die sich in den kommenden Jahren in vollem Umfang offenbaren werden, sind dramatisch. Hierzu zählen die durch die Zunahme extremer Wetterereignisse ausgelösten Naturkatastrophen wie Hungersnöte oder Überschwemmungen, die die politische und wirtschaftliche Stabilität insbesondere von ärmeren Staaten gefährdet. Der Rückgang landwirtschaftlich nutzbaren Bodens sowie Dürren und Verschiebungen der Vegetationspe-

rioden können zu Missernten oder Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln auf den internationalen Märkten führen. Der Anstieg des Meeresspiegels bei gleichzeitiger Versteppung weiter Landstriche könnte Migrationsströme auslösen, Dispute um bewohnbares Land oder Trinkwasser könnten sich militärisch entladen. Mehr noch. Die schmelzenden Eiskappen am Nordpol schaffen neue Seewege und eröffnen damit nicht nur neue wirtschaftliche Perspektiven, sondern auch ein neues Gebiet potenzieller geopolitisch-militärischer Konkurrenz. Kurzum: der Klimawandel wird die bereits bestehenden Spannungen in den internationalen Beziehungen dramatisch verschärfen.

Klimawandel – eine Herausforderung auch für die NATO

Der Klimawandel ist jedoch nicht nur ein „threat multiplier“. Er wird auch bestimmen, wo und wie die Streitkräfte der NATO künftig operieren müssen. Ein strategisches Umfeld, das sich durch den Klimawandel verändert, stellt die Streitkräfte bereits jetzt vor erhebliche militärisch-operative Herausforderungen. So hat der sich verändernde Salzgehalt des Wassers im Golf von Aden zum Ausfall der Turbinen von Fregatten geführt. Die NATO-Streitkräfte in Afghanistan hatten jahrelang mit hohen Temperaturen zu kämpfen, die zu einem erheblichen Verlust an Startleistung und Nutzlast der Flugzeuge führten. Die Zunahme von Sandstürmen erschwerte die Planung und Durchführung militärischer Flüge. Die im Irak stationierten Soldaten müssen Temperaturen von 50 Grad Celsius und mehr ertragen – Temperaturen, für die ihre Ausrüstung nicht vorgesehen ist. Der steigende Meeresspiegel gefährdet zahlreiche Marinestützpunkte, und auch die durch extreme Wetterereignisse verursachten Schäden an militärischen Einrichtungen im Landesinneren nehmen stetig zu.

Für die NATO, die sich das Ziel gesetzt hat, sich umfassend auf eine durch den Klimawandel erzwungene Konfliktlandschaft einzustellen, ergeben sich aus diesen Entwicklungen einige klare Vorgaben. So benötigt das Bündnis zunächst eine umfassende Bewertung der Auswirkungen der globalen Erwärmung auf sein strategisches Umfeld sowie auf seine Operationen und die Zuführung von Verstärkungskräften. Vor allem aber muss die NATO die Klima-Dimension in das gesamte Spektrum ihrer Aktivitäten integrieren. Dazu gehören zum Beispiel die Verteidigungsplanung, die zivile Notfallplanung, die Standardisierung, militärische Übungen und die

Katastrophenhilfe. Auch die Beschaffungspolitik der Verbündeten muss künftig die militärischen Anforderungen für Operationen in einem veränderten Klima widerspiegeln.

Die NATO soll „klimaneutral“ werden

Diese und andere Schritte haben die Verbündeten im „NATO Climate Change and Security Action Plan“ festgelegt, der auf dem Brüsseler Gipfel im Sommer 2021 beschlossen wurde und nun konkret umgesetzt wird. Doch schon während der Verhandlungen zur Ausgestaltung dieses Aktionsplans zeigte sich, dass die Frage der Nachhaltigkeit zur Schlüsselfrage des gesamten Projekts werden könnte. Den Verbündeten war von Anfang an bewusst, dass es mit einer bloßen Aufzählung von Anpassungsmaßnahmen nicht getan sein würde. Denn eine solche Herangehensweise hätte der NATO den Vorwurf eingebracht, sie reagiere lediglich auf den Klimawandel, ohne jedoch zu seiner Verlangsamung beizutragen. Militärische Treibhausgase zu reduzieren war daher von Beginn an Teil des Aktionsplans. Dafür muss zunächst eine Methodologie entwickelt werden, mit der Treibhausgasemissionen militärischer Aktivitäten und Einrichtungen einheitlich erfasst werden können. Der NATO Generalsekretär wurde zudem aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die NATO bis 2050 „klimaneutral“ werden kann. Damit wird der öffentlichen Erwartungshaltung zum Thema Nachhaltigkeit entsprochen. Die Streitkräfte der NATO werden sich künftig nicht mehr durch eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen vor einer Verringerung ihrer Treibhausgas-Emissionen drücken können.

Der Wunsch, Treibhausgasemissionen der Streitkräfte zu verringern, wirft allerdings unweigerlich die Frage nach der Machbarkeit eines solchen Vorhabens auf. Eine Reduzierung der Emissionen, z. B. durch den schrittweisen Verzicht auf fossile Brennstoffe, ist nur dann sinnvoll, wenn sie die operative Wirksamkeit der Streitkräfte nicht beeinträchtigt oder – besser noch – erhöht. Die in den Streitkräften vieler NATO-Staaten durchgeführten Experimente zeigen, dass die

Verringerung von Emissionen und die Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit nicht unbedingt im Widerspruch zueinander stehen. So wie heutige PKWs sauberer und dennoch leistungsfähiger sind als frühere Modelle, kann auch militärisches Gerät „grüner“ werden, ohne dass die Kampfkraft darunter leidet.

So haben beispielsweise die Seestreitkräfte Italiens und der Vereinigten Staaten gemeinsam Biotreibstoffe getestet, für deren Herstellung keine Nahrungsmittel (z. B. Raps) mehr benötigt werden. Neue Schiffsturbinen verbrauchen weniger Treibstoff und sind sauberer. Auch die Land- und Luftstreitkräfte einiger NATO-Staaten experimentieren mit Biokraftstoffzusätzen, Wasserstoff-Brennstoffzellen, Elektrofahrzeugen und Verbesserungen der Aerodynamik. Die NATO unterstützt ein Projekt zur Reduzierung des Dieserverbrauchs in abgelegenen Militärstützpunkten, indem klassische Dieselmotoren durch den computergesteuerten Einsatz von Wind- und Solarenergie entlastet werden. Viele dieser Experimente wurden in die Wege geleitet, um teuren Treibstoff zu sparen oder die logistische Belastung der Streitkräfte zu verringern. Da diese technologischen Innovationen jedoch letztendlich auch zu einer spürbaren Reduzierung der CO2-Emissionen führen werden, sind sie nicht nur militärisch, sondern auch politisch von Bedeutung.

Die Umrüstung braucht Zeit

Diese Entwicklungen zeigen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke auch im Militärischen Einzug hält. Allzu euphorischen Erwartungen – insbesondere, was die Verringerung militärischer Emissionen betrifft – gilt es jedoch entgegenzutreten. Wenn aus Umfragen hervorgeht, dass insbesondere die jüngere Generation den Klimawandel als die größte Sicherheitsbedrohung betrachtet, muss die NATO zeigen, dass sie diese Bedenken ernst nimmt. Ebenso wichtig ist es, dass die Agenda der NATO diverse Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels enthält, unabhängig davon, wie schwierig diese auch sein mögen. Zugleich aber muss festgehalten werden,

Nato Film Defence Industry and ... climate change

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



Nato Climate Change and Security Action Plan

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



dass militärische Ausrüstung viele Jahre der Entwicklung bedarf, bevor sie in Dienst gestellt wird, und sie anschließend mehrere Jahrzehnte lang im Einsatz bleibt. Neue, energie-sparende und „saubere“ Technologien bilden da keine Ausnahme. Sie müssen entwickelt, gekauft, in die bestehenden nationalen Streitkräfte integriert und mit der Ausrüstung anderer Verbündeter interoperabel gemacht werden. Wer hier auf rasche Fortschritte hofft, könnte enttäuscht werden.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat einmal mehr gezeigt, dass die Hauptaufgabe der NATO die Sicherung von Frieden und Stabilität bleibt. Die globale Erderwärmung mag die Art und Weise, in der diese Aufgabe erfüllt wird, verändern, aber sie ändert nichts an ihrer grundlegenden Bedeu-

tung. Die Bewahrung der militärischen Leistungsfähigkeit der NATO ist folglich das höchste „öffentliche Gut“. Dies lässt keine Kompromisse zu, nur um sich ein „grüneres“ Image zu verschaffen. Aller Nachhaltigkeitsbemühungen zum Trotz werden die Streitkräfte der NATO noch für eine beträchtliche Zeit große Mengen an fossilen Brennstoffen verbrauchen. Sie deshalb zum Mitverursacher des Klimawandels zu stigmatisieren und dabei gleichzeitig ihre existenzielle Bedeutung für die nationale und kollektive Verteidigung zu ignorieren, wäre grob fahrlässig. Militärische Sicherheit und Klimasicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Der Autor gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.)

PODCAST

Die Bundesregierung beabsichtigt eine Nationale Sicherheitsstrategie zu verabschieden. Welche sind für Sie die wichtigsten Elemente einer solchen Strategie?



Dr. Stefan Mair, Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit und geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Foto: SWP



Dr. Hans-Peter Bartels, ehem. Verteidigungsausschuss-Vorsitzender und Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP)

Foto: Deutscher Bundestag

Dr. Stefan Mair und Dr. Hans-Peter Bartels haben uns in einem Podcast hierzu geantwortet. Diese Antworten finden Sie hier:



DRIVEN BY MISSIONS OF TOMORROW.

Extreme Belastungen, maximale Power, höchste Flexibilität – ein starkes Militärflugzeug braucht einen starken Antrieb. Langjährige Expertise, neueste Triebwerkstechnologien und ein Rundum-Servicepaket machen die MTU Aero Engines zum Garanten für Ihre erfolgreiche Mission.

Wir müssen den Zugang zu Finanzmitteln für unsere Verteidigungsindustrie sichern

Jiří Šedivý, Chief Executive Officer der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA)



Jiří Šedivý

Foto: European Defence Agency

Neben der Gefahr, dass ein strenger Regulierungsrahmen geschaffen wird, der der EDITB den Zugang zu Finanzmitteln auf den Kapitalmärkten effektiv verwehrt, hätten diese Vorschläge auch eine normative Wirkung in dem Sinne, dass die Regulierungsbehörde, in diesem Fall die Europäische Kommission, ein klares Signal an die Finanzmärkte senden würde, dass Investitionen in die Verteidigungsindustrie unerwünscht sind. Banken und andere Finanzinstitute haben bereits seit vielen Jahren eine restriktive Investitionspolitik in Bezug auf die Rüstungsindustrie verfolgt. Die betreffenden Vorschläge der Europäischen Kommission würden daher die Gefahr mit sich bringen, dass sich der bereits eingeschränkte Zugang der EDITB zu Finanzmitteln noch weiter verschlechtert.

Politische Kohärenz

Niemand stellt die Bedeutung des Green Deal der EU und die dringende Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, in Frage, ganz im Gegenteil. Die EDITB setzt sich seit langem für einen grünen und nachhaltigen Wandel unserer Gesellschaft ein. Doch angesichts eines Krieges in Europa und eines breiten politischen Konsenses darüber, dass die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungskapazitäten mit Hilfe einer starken, dynamischen und wettbewerbsfähigen europäischen Verteidigungsindustrie dringend modernisieren und stärken müssen, wäre es unvorsichtig und sogar gefährlich, den Zugang dieser Industrie zu Finanzmitteln zu gefährden.

Das Fazit ist, dass die EU-Politik kohärent sein muss. Wir können nicht einerseits die europäische Verteidigung mit Hilfe neuer Initiativen wie der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigungspolitik (CARD), der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) stärken und gleichzeitig EU-Rechtsvorschriften verabschieden, die die Verteidigungsindustrie von den Finanzmärkten ausschließen und ihre allgemeine Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Dies gilt insbesondere in einer Zeit, in der die EU eine strategische Autonomie anstrebt. Darüber hinaus gibt es ernsthafte langfristige strategische Risiken. Denn um eine stärkere europäische Verteidigung aufzubauen und unseren Bürgern eine sichere und stabile Zukunft zu garantieren, brauchen wir eine souveräne und wettbewerbsfähige industrielle und technologische Verteidigungsbasis, die in der Lage ist, modernste Technologien und Verteidigungsfähigkeiten zu liefern. Mit anderen Worten: EU-Bürger und Finanzinvestoren sollten erkennen, dass auch die Verteidi-

gungsindustrie eine wesentliche Rolle für die Sicherung freier und nachhaltiger Gesellschaften in Europa spielt.

Europäische Verteidigung wird aktiv

Vor diesem Hintergrund kann die Europäische Verteidigungsagentur nicht untätig bleiben. Auf der Sitzung des EDA-Lenkungsausschusses der nationalen Verteidigungsdirektoren im März kamen die Mitgliedstaaten überein, sich mit den Problemstellungen rund um die Auswirkungen von ESG-getriebenen Entscheidungen an den Finanzmärkten auf den Zugang der EDITB zu Finanzmitteln zu befassen. Die Mitgliedstaaten kamen überein, einen kurz- und mittelfristigen sowie einen längerfristigen Ansatz zu verfolgen, der dazu dienen soll, die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Finanzmitteln für die Verteidigungsindustrie, aber letztlich auch für die allgemeine Wahrnehmung des Sektors anzugehen. Abgesehen von der wesentlichen Rolle, die Verteidigung und Sicherheit auf dem Weg zu einer nachhaltigen und sicheren Gesellschaft spielen, muss der Verteidigungssektor für das, was er bereits im Hinblick auf den Übergang zu umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Operationen leistet, anerkannt werden. Gleichzeitig muss er auch Bereiche und Aktivitäten identifizieren, in denen er seinen Beitrag zu diesem Übergang weiter ausbauen kann.

Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten zu ESG-Fragen

Die EDA wird ein Netzwerk von Experten aus den Mitgliedstaaten, einschließlich der Europäischen Kommission, einrichten, um ESG-bezogene Themen und den Zugang der Industrie zu Finanzmitteln zu diskutieren und zu koordinieren. Die Industrie wird eine wichtige Rolle bei diesen neu gestarteten Koordinierungsbemühungen spielen, indem sie einen entscheidenden Beitrag zur Arbeit des Netzwerks leistet. Für die Industrie wird es wichtig sein, die konkreten Auswirkungen der ESG-Kriterien und des eingeschränkten Zugangs zu Finanzmitteln sowie die längerfristigen Auswirkungen auf die Fähigkeit der Industrie, innovative, fähige Technologien und Systeme zu entwerfen, zu entwickeln und zu liefern, um die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten der EU zu unterstützen, aufzuzeigen.

Die Verteidigungsindustrie muss zum einen besser kommunizieren, was sie bereits unternimmt, um zum grünen und nachhaltigen Wandel beizutragen. Andererseits muss der Verteidigungssektor in dieser Hinsicht zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Hier sollten bestehende Plattformen wie das Konsultationsforum für nachhaltige Energie im Verteidigungs- und Sicherheitssektor (Consultation Forum for Sustainable Energy in the Defence and Security Sector – CF SEDSS – eine von der EDA verwaltete Initiative der Europäischen Kommission zur Unterstützung der Verteidigungsministerien bei der Umstellung auf grüne, widerstandsfähige und effiziente Energiemodelle) oder das von der EDA verwaltete Inkubationsforum

Strategischer Kompass der EU

Der Strategische Kompass beschreibt die gemeinsamen strategischen Ziele der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Er beantwortet die Fragen gegen wen und was Europa sich verteidigen muss und welche Maßnahmen notwendig sind, um das zu erreichen. Er verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten zudem auf eine Reihe konkreter und weitreichender Ziele für die kommenden fünf bis zehn Jahre. Im Falle einer Sicherheitskrise kann dann schneller und effektiver gehandelt werden.

Den Strategischen Kompass der EU finden Sie hier:



Dokument zur EU Social Taxonomy – Draft Report Subgroup 4

Die Wahrung unserer Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sind in Wirklichkeit eine unverzichtbare Voraussetzung für alle anderen Nachhaltigkeitswerte. Es muss daher unbedingt erreicht werden, dass alle wirtschaftlichen Aktivitäten zur Ausrüstung von Streitkräften und Organen der inneren Sicherheit in EU und NATO im Rahmen der Taxonomie als positiv nachhaltig eingeordnet werden. Der Report der Subgroup 4: Social Taxonomy der Europäischen Kommission kommt zu einem anderen Ergebnis.

Den Draft Report der Subgroup 4: Social Taxonomy der Europäischen Kommission hinsichtlich einer Sustainable Finance Strategy finden Sie hier:



für Kreislaufwirtschaft in der europäischen Verteidigung (Incubation Forum for Circular Economy in European Defence – IFCEED) umfassend genutzt werden, um neue Kooperationsprojekte zur Förderung der Nachhaltigkeit auf den Weg zu bringen.

Der Weg in die Zukunft

Die EDA verfügt nun über ein klares Mandat, um konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Bedenken der Industrie hinsichtlich des Zugangs zu Finanzmitteln und ESG eingehen. Die russische Invasion in der Ukraine war ein unwillkommener und tragischer Weckruf für ganz Europa, dass unsere Bemühungen in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit nicht ausreichend waren. Die meisten Europäer sind sich der Her-

ausforderungen bewusst, die vor uns liegen, wenn es darum geht, die notwendigen Verteidigungs- und Sicherheitskapazitäten zu entwickeln, um unsere demokratischen und freien Gesellschaften vor externen Bedrohungen zu schützen. Die Verteidigungsindustrie spielt eine wesentliche Rolle bei der Bewältigung dieser gemeinsamen europäischen Herausforderung. Die Auseinandersetzung mit der Frage des Zugangs zu Finanzmitteln und den Auswirkungen von ESG-Ansätzen ist daher ein notwendiger Bestandteil der Gesamtbemühungen.

Nur eine lebendige, innovative, wettbewerbsfähige und gut finanzierte europäische Verteidigungsindustrie kann die Verteidigungsziele der EU mit den Fähigkeiten und der Ausrüstung untermauern, die unsere Streitkräfte jetzt und in Zukunft benötigen.

INNOVATIONSSYMPOSIUM
KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

15. SEPTEMBER 2022
Hotel Adlon Kempinski,
Unter den Linden 77, 10117 Berlin

Weitere Informationen:
www.innovationssymposium-ki.de

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Mehr We(h)rtschätzung: Wie ressourcenschonende und nachhaltige Verteidigungstechnologien zur europäischen Stabilität beitragen

Seit dem Überfall auf die Ukraine sehen sich Deutschland und die Europäische Union einer konkreten Bedrohungslage in direkter Nachbarschaft ausgesetzt. Die Auswirkungen auf unser tägliches Leben, auf Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft sind längst spürbar. Die Ereignisse markieren einen Wendepunkt in der Diskussion um Rolle und Ausstattung der Bundeswehr und lassen uns die eigene Verteidigungsfähigkeit kritisch hinterfragen. Noch vor wenigen Monaten hingegen wurden Investitionen als nicht nachhaltig, sogar sozial schädlich erachtet.

Sofortige Einsatzbereitschaft

Wie die gesamte Verteidigungsindustrie sieht es auch das Technologieunternehmen VINCORION als seine Aufgabe, sowohl die Bundeswehr als auch die NATO- und EU-Staaten mit leistungsfähigem Gerät auszustatten – kurzfristig und bei lang geplanten Beschaffungsvorhaben wie dem Schweren Transporthubschrauber, dem Eurofighter, Puma, Leopard 2 und Boxer. Dass es hier mehr braucht als ein paar neue Schrauben am alten Gerät, ist klar: Emissionsarme, hybride Technologien sind für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr unabdingbar.

Energieeffizienz in der gesamten Produktionskette

An den deutschen VINCORION Standorten in Wedel, Altona und Essen wird intensiv daran gearbeitet, den Nachhaltigkeitsgedanken im gesamten Kreislauf zu verankern – von den Lieferketten und emissionsarmen Fertigungstechniken bis hin zum Design von effizienten und ressourcenschonenden Energielösungen für zivile und militärische Anwendungsbereiche. Das Unternehmen entwickelt seit mehr als sechs Jahrzehnten passgenaue Energiemanagement- und Antriebssystemlösungen für zivile und militärische Anwendungen und Fahrzeuge in der Luft, an Land und im Wasser. Mit diesem Know-how möchte VINCORION seinen Beitrag zu den Technologien von morgen – zu Green Military leisten.

Taktisch überlegen

Zu den Lösungen, die den „CO₂-Stiefelabdruck“ verbessern können, zählen die hybriden Energiesysteme von VINCORION. Sie optimieren die Effizienz im Power Management von militärischen Plattformen und sorgen so unmittelbar für geringere Treibhausgasemissionen. In Feldlager- oder Luftverteidigungssystemen wird die autarke, anpassbare und hybride Energiearchitektur dabei zugleich zum taktischen Vorteil: Sie spart bis zur Hälfte des Kraftstoffbedarfs, halbiert die Stillstandzeit und garantiert eine vierfach höhere Ausfallsicherheit. Darüber hinaus ermöglichen die Energiesysteme die Einbindung autarker Brennstoffzellentechnologie und weiterer nachhaltiger Energiequellen.

Konkret sichtbar wird das Potenzial auch bei der taktischen Energieversorgung militärischer Infrastruktur. Die

von VINCORION neu entwickelten Stromerzeugungsggregate mit Stage-V-Motoren gewährleisten einen emissionsarmen Betrieb mit moderner AdBlue-Abgasnachbehandlung. Und dennoch kann mittels eines „Emission Down Grades“ darüber hinaus auch militärischer Kraftstoff genutzt werden. Dabei sind die modernen Energiesysteme so optimiert, dass sowohl hard- als auch softwareseitig eine Umrüstung im Feld einfach und schnell möglich ist.

Der Einsatz wartungsfreundlicher Baugruppen sowie modularer Systeme, die flexibel ausgetauscht und weiterentwickelt werden können, ist ein wesentlicher Vorteil in der Entwicklungsgeschwindigkeit und mit Blick auf die Total Cost of Ownership. Mit der Turm- und Waffenstabilisierung im Leopard 2 haben Entwickler und Anwender bereits sehr gute Erfahrungen gesammelt.

Fordern und fördern

Ressourcenschonende und nachhaltige Verteidigungstechnologien sind schon ganz praktisch einsatzbereit. Damit diese Entwicklung weiter vorangetrieben werden kann, muss die Verteidigungsindustrie investieren können – sicher und nachhaltig. Ein wichtiger Punkt, der deshalb auch Eingang in die Diskussion um die EU-Taxonomie gefunden hat.

VINCORION

EFFIZIENTE UND EMISSIONSARME TECHNOLOGIEN FÜR DIE VERTEIDIGUNG

- ANTRIEBSTECHNOLOGIE
- KRAFTSTOFFQUALITÄT
- AUSFALLZEITEN
- ERSATZTEILE
- INSTANDHALTUNG
- MODULARITÄT
- HYBRIDE ANTRIEBSSYSTEME
- HYBRIDE ENERGIESYSTEME
- AKTIVES OBSOLESZENZMANAGEMENT
- LEISTUNGSELEKTRONIK

www.vincorion.com

Grafik: VINCORION

Sicherheit durch Nachhaltigkeit – Vernetzt arbeiten für eine krisenfestere Welt

Tanja Gönner, Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Tanja Gönner

Foto: GIZ/Photothek

Deutschland soll auch in Krisen und Konflikten mehr Verantwortung übernehmen. Diese klare Erwartung hat das Ausland. Das belegt die „Außenblick-Studie“, welche die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH gemeinsam mit dem Goethe Institut und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst durchgeführt hat.

Wie lässt sich dieser Ruf nach einem aktiven Deutschland, das sich auf allen Ebenen der internationalen Politik und Zusammenarbeit stärker einbringt, beantworten? Ein Weg führt über die internationale Zusammenarbeit. Denn Konflikte lassen sich sowohl besser lösen als auch vorbeugen, wenn wir die spezifischen Ursachen erkennen und an diesen arbeiten.

Das Bundesunternehmen GIZ setzt sich im Auftrag der Bundesregierung, der Europäischen Union (EU) und weiterer Auftraggeber gemeinsam mit Partnern weltweit für nachhaltige Entwicklung ein. Dazu gehören die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten und unser Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe – und für friedliche Konfliktlösungen. Durch Erfahrungen und eine exzellente Vernetzung in unseren mehr als 120 Einsatzländern verfügen wir über wirkungsvolle Mittel und Ansätze, die wir seit vielen Jahren erfolgreich in fragilen Kontexten nutzen – und die in Zeiten des Klimawandels wichtiger denn je sind. Zwei Drittel unserer Einsatzländer sind in irgendeiner Form von Konflikten, Fluchtbewegungen, Vertreibungen oder Gewaltausbrüchen betroffen. Und die Zahl der fragilen Staaten wächst. Das heißt: Immer häufiger sind

Staaten nicht in der Lage oder willens, ihre Bevölkerung zu schützen oder zu versorgen.

Das Konzept der vernetzten Sicherheit

Es gibt keine Sicherheit ohne Entwicklung, doch genauso wenig gibt es Entwicklung ohne Sicherheit. Wenn wir von Sicherheit sprechen, dann geht es darum: Menschen sollen ohne Mangel und Furcht leben und ihre Potenziale ausschöpfen können. Daher ist es so wichtig, dass Entwicklungszusammenarbeit insbesondere auch dort erfolgreich ist, wo die Bedingungen schwierig und das Umfeld mitunter unsicher sind. Gelingen kann das mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit, also der engen Verzahnung des diplomatischen, militärischen und zivilen Engagements in einem Land. Es setzt die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure ebenso voraus wie ein gemeinsames Verständnis ihrer außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Ziele. Dies kann nicht allein vor Ort erfolgen, sondern braucht einen strategischen Überbau bereits bei der Planung.

In Mali ist die GIZ Teil eines solchen verschränkten Ansatzes. Deutschland engagiert sich unter anderem in Missionen der Europäischen Union sowie der Vereinten Nationen. Es geht auch darum, Mali bei der Umsetzung des 2015 geschlossenen Friedensvertrags zu begleiten. In der Region Gao arbeitet die GIZ auf ziviler Ebene in Abstimmung mit dem Bundeswehrkontingent. Gerade in den „Brennpunkten“ Nordmalis zielt unsere Arbeit darauf ab, einen signifikanten Beitrag zur unmittelbaren menschlichen Sicherheit zu leisten. Mit Kleinprojekten trägt die GIZ dazu bei, die Lebensbedingungen der Menschen im Norden zu verbessern. Das schafft Vertrauen, stabilisiert die Kommunen und beugt letztlich neuerlichen Konflikten vor. Wir helfen beispielsweise die Wasserversorgung zu verbessern, Jugendzentren aufzubauen, Geschäftsideen und Jobs zu fördern. In Gao etwa haben wir für einen Jugendverband Motor-Dreiräder beschafft. Infolgedessen gründeten die jungen Menschen ein Taxiunternehmen und haben nun ein Einkommen. Welche Maßnahmen umgesetzt werden, entscheiden die Gemeinden gemeinsam mit uns in Bürgerdialogen. In den Regionen Gao, Menaka, Kidal und Taoudéni konnten wir auf diese Weise bereits die Lebensbedingungen von rund 500.000 Menschen verbessern.

Klar ist: Unsere Arbeit in fragilen Ländern braucht ein Mindestmaß an Sicherheit. Als Unternehmen unterstützen wir unsere Kolleg*innen dabei mit einem etablierten Sicherheitsrisikomanagement. Damit beobachten wir die Sicherheitslage

in den betreffenden Ländern rund um die Uhr und versorgen unsere Mitarbeiter*innen mit konkreten Handlungsanweisungen. In Afghanistan beispielsweise hat dieses professionelle Sicherheitsrisikomanagement kombiniert mit der Arbeit über Fernsteuerung und dem hohem Engagement unserer lokalen Mitarbeitenden möglich gemacht, dass Projektaktivitäten nahezu durchgehend umgesetzt wurden – auch als unsere internationalen Kolleg*innen nicht vor Ort sein konnten. Gerade in fragilen Kontexten ist eine enge Abstimmung wichtig. Instrumente verschiedener Auftraggeber und Ressorts wirken zusammen: Übergangshilfe, Stabilisierung, Anpassung an den Klimawandel und Entwicklungszusammenarbeit.

Veränderungen brauchen Zeit

Veränderungen durch Entwicklungs- und internationale Zusammenarbeit brauchen Zeit und Geduld, sie wirken langfristig. In der Ukraine leisten Kommunen derzeit Unglaubliches. Sie versorgen Bevölkerung und Vertriebene nicht nur mit Lebensmitteln, Unterkünften oder Strom, sondern auch mit vermeintlich alltäglichen, im Krieg aber nicht selbstverständlichen Dienstleistungen: Ohne Geburtsurkunden beispielsweise werden es Neugeborene später im Leben schwer haben, ihre Rechte einzufordern. Nun zeigt sich, wie wichtig und richtig es war, die Ukraine bei ihrer Dezentralisierungsreform zu unterstützen.

Zugegeben, manchmal werden Entwicklungen um Jahre zurückgeworfen. Der Rückzug aus Afghanistan hat bei allen Entwicklungsorganisationen, uns eingeschlossen, große Nachdenklichkeit ausgelöst. Bis zur Machtübernahme der Taliban im vergangenen Jahr hatte sich Vieles verbessert: So hatte sich die Zahl der Schulkinder seit 2002 verzehnfacht, heute haben 87 statt acht Prozent der Afghanen und Afghaninnen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Doch nun steht ein Teil dieser Errungenschaften wieder in Frage. Aber es deshalb nicht mehr zu versuchen? Die globale Gemeinschaft erwartet, dass sich Deutschland weltweit einsetzt für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, faire Lieferketten und Gleichberechtigung. Und ich finde: Wir sollten dies auch von uns selbst erwarten.

Es gibt ermutigende Studien, sie zeigen: Friedensmissionen sind effektiver, wenn sie mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit Hand in Hand gehen. Das bedeutet: Lebensgrundlagen für die Bevölkerung verbessern, Einkommensquellen schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Diese vernetzende Arbeit bringen wir am Internationalen Ausbildungszentrum für Friedenssicherung Kofi Annan in Ghana ein. Militärs aus afrikanisch geführten Friedensmissionen und Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, Behörden oder Organisationen der Vereinten Nationen entwickeln in Schulungen ein gemeinsames Verständnis und Ziele, um den Schutz der Zivilbevölkerung, Ursachenbekämpfung, Wiederaufbau oder Versöhnungsprozesse besser zu gewährleisten. Und ein weiteres konkretes Beispiel ist die Arbeit im Tschad: Dort werden verschiedene

Ansätze miteinander kombiniert, um die Gesellschaft resilienter zu machen im Umgang mit den Auslösern und Treibern von Konflikten im Land: Kommunen und lokale Gemeinschaften werden in ihrer Regierungsführung und ihrem Management gestärkt, die Grundversorgung und die Ernährungssicherheit der Menschen verbessert und insbesondere arme Haushalte werden darin unterstützt, bessere Einkommen zu erzielen. Zugleich unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Dialoginitiativen und Konfliktbearbeitung im Land.

Der Blick nach vorne

Wir richten den Blick also nach vorne. Auch dort, wo wir Menschen in Notsituationen schnell und flexibel helfen, verbinden wir dies, wann immer möglich, mit struktureller Unterstützung. Konkret zum Beispiel mit Aus- und Fortbildungen. Die beste Wasserpumpe und das effizienteste Solarpanel helfen auf Dauer schließlich wenig, wenn niemand da ist, der oder die sie instand halten kann. Das sind kleine stabilisierende Maßnahmen, die zu Bausteinen für eine größere Lösung in der Zukunft werden können. Dabei steht außer Frage: Deutschland oder gar die GIZ kann den riesigen Herausforderungen nicht allein begegnen. Wenn wir in Nordmali mit Kleinprojekten die Lebensbedingungen einer halben Million Menschen verbessern oder in Nigeria dazu beitragen, dass hunderttausende Bäuerinnen und Bauern im Reisbau um bis zu 600 Prozent höhere Einkommen erzielen, sehen wir darin eine Bestätigung unserer Arbeit. Doch extreme Wetterereignisse wie Dürren, Überflutungen und andere Umweltkatastrophen bedrohen die Lebensgrundlagen und verschärfen Spannungen wie etwa die Konkurrenz um begrenzte Ressourcen. Der Klimawandel ist eine der zentralen Sicherheitsbedrohungen des 21. Jahrhunderts. Durch ihn entstehen neue Konflikte, bereits bestehende Konflikte eskalieren. Und ausgerechnet die Länder, die am stärksten vom Klimawandel bedroht sind, gehören oft zu den fragilsten mit den geringsten finanziellen Mitteln. Sie brauchen einen besseren Zugang zu internationalen Fonds wie dem Green Climate Fund und es bedarf neuer Möglichkeiten der Klimafinanzierung sowie des kollegialen Lernens voneinander, damit Partnerländer Klimaprojekte eigenständig durchführen können.

Dies ist das Jahrzehnt des Handelns und der Kooperation. Das gilt für das Erreichen der Entwicklungsziele der Agenda 2030 – es gilt aber insbesondere für unsere Arbeit und unser entwicklungspolitisches Engagement in fragilen Ländern. Die Entwicklungszusammenarbeit vor Ort muss durch eine globale Strukturpolitik – im Zusammenspiel mit multilateralen Organisationen – ergänzt und untermauert werden. Eine Strukturpolitik, die verschiedene Krisen zusammendenkt und Übereinkünfte für Themen wie globale Gesundheit, Ernährung, Klimaschutz, Biodiversitätserhalt oder Digitalisierung trifft. Eben für all das, was menschliche Sicherheit ausmacht. Prävention ist heute bedeutsamer denn je. Die Aussicht ist mehr als lohnend: In einer nachhaltigen Welt mit krisenfesten Ländern gibt es weniger Konflikte.

Sicherheit – Fundament unserer Lebensform

Prof. Dr. Wolfgang Koch, Chief Scientist des Fraunhofer-Instituts für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie FKIE



Prof. Dr. Wolfgang Koch

Foto: Fraunhofer FKIE

„Uns gefällt die Welt von Kant, aber wir werden uns darauf einstellen, in der Welt von Hobbes zu leben“ konstatiert Josep Borrell als EU-Außenbeauftragter im November 2021.

Seit dem 24. Februar 2022 ist jeder in dieser Welt aufgewacht. Wie sehr äußere Sicherheit alle anderen individuellen, gesellschaftlichen, politischen oder weltökologischen Ziele erst ermöglicht, zeigen uns die Bilder aus der Ukraine mit brutaler Wucht. Innere Sicherheit zu wertschätzen, lehren uns zuvor islamistischer Terror, aber auch organisierte Kriminalität und politische Radikalisierung.

Aber so selbstverständlich, wie wir glauben möchten, ist das Sicherheitsbedürfnis vielleicht doch nicht. Für Friedrich Nietzsche, den Propheten verhängnisvoller Geistesströme, war es nicht erstrebenswert: „Denn – glaubt es mir – das Geheimnis, um die größte Fruchtbarkeit und den größten Genuss vom Dasein einzuernten, heißt gefährlich leben!“, formuliert seine „Fröhliche Wissenschaft“, eine Weltsicht, die politische Hasardeure auch heute von imperialer Größe träumen lässt: „Lebt im Kriege mit Euresgleichen und mit Euch selbst!“ Die Analogien zwischen dem Russland der Gegenwart und dem Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 fahren uns in die Knochen.

Prophetisch antizipiert Nietzsche die deutsche Russlandschwärmerei eines Jahrhunderts. Seine „Götzen-Dämmerung“ nennt Russland „die einzige Macht, die heute Dauer im Leibe hat, die warten kann, die Etwas noch versprechen kann

– ‚Russland‘, der Gegensatzbegriff zu der erbärmlichen europäischen Kleinstaaterei und Nervosität“. Von Thomas Manns ‚Unpolitischen Betrachtungen‘ über „die Verwandtschaft in dem Verhältnis der beiden nationalen Seelen zu ‚Europa‘, zum ‚Westen‘, zur ‚Zivilisation‘, zur Politik, zur Demokratie!“ reicht der Bogen bis in die jüngste Vergangenheit bundesdeutscher „Russlandversther“. Wie das Deutschland der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erscheint heute Russland stärker als andere europäische Länder, aber zu schwach als Hegemonialmacht, die es wünscht zu sein.

Aufgeschreckt erlebt die Öffentlichkeit, welch ein wahrhaft „nachhaltiges“, kostbares und zu hütendes Gut „Sicherheit“ ist, ohne das auch geistige Freiheit und kulturelle Früchte vergehen. Schiller, der Dichter der europäischen Hymne, schreibt von ihr: „Das, wonach ich mich schon so lange ich lebe auf aufs feurigste gesehnt habe, wird jetzt erfüllt – Sicherheit, die längst gewünschte Unabhängigkeit.“ Und Beethoven, nach dessen Melodie das vereinte Europa singt, fasst eine „Ode an die Sicherheit“: „Es muss das Bestreben und das Ziel jedes wahren Künstlers sein, sich eine Lage zu erwerben, in welcher er sich ganz mit der Ausarbeitung größerer Werke beschäftigen kann und nicht durch [...] mangelnde Sicherheiten davon abgehalten wird.“ Auch die Garantie materieller Sicherheit gehört offenbar ganz wesentlich zum Sicherheitsgedanken.

Keine kalkulierbaren wirtschaftlichen Prozesse ohne äußere und innere Sicherheit, kein stetiger Zufluss von Rohstoffen, keine robusten Lieferketten für unsere Exportnation, keine Daseinsvorsorge, keinen sozialen Ausgleich. Auch ohne sichere Technik, ja ohne Versicherung, würden moderne Gesellschaften instabil, die ja auch von intrinsisch riskanter Technik abhängen.

Wie sich dem Begriff „Sicherheit“ annähern, wie umfassende Sicherheit gewährleisten?

Überraschenderweise wurzelt die gedankliche Präzisierung von Unsicherheit im Recht. „Subjektive Wahrscheinlichkeiten“ und ihre Verknüpfung, *Bayesian Reasoning*, kennt bereits die rabbinische Rechtsprechung des 12. und 13. Jahrhunderts. Wie geht man mit unsicheren Aussagen methodisch sauber um? Wie akkumuliert man Wahrscheinlichkeiten, um ein sichereres Urteil zu gewinnen? Diese Fragen der Rabbiner, lange vor dem presbyterianischen Pfarrer Thomas Bayes gestellt, sind zeitlos.

Vom Gedanken der Unsicherheit und ihrer Beherrschung ausgehend, haben Versicherungsmathematik und die Mathematik der Informatik, die „Künstliche Intelligenz“, tiefreichende Berührungspunkte. Ein Beispiel ist der schwedische Aktuar Harald Cramér. Die Steuerung hochautomatisierter Roboter oder Drohnen in zahllosen Anwendungen wäre technisch nicht möglich ohne Cramér-Rao-Schranken, die er mit einem indischen Statistiker entwickelte.

Im Zeitalter der Digitalisierung wächst aus diesen Wurzeln ein mächtiger Baum, der auch die äußere und innere Sicherheit revolutioniert. Überwachungstechnik öffnet Sicherheitsbehörden neue Wege zur Gefahrenabwehr. Künstlich intelligente Automation wird die Aufklärungs- und Waffensysteme der Bundeswehr prägen, die Deutschlands Souveränität und Staatsgebiet verteidigt, seine Bürger schützt sowie Staat und Gesellschaft widerstandsfähig gegen äußere Bedrohungen hält, wie im „Weißbuch“ steht.

Mit derartiger Technik tut sich unsere Gesellschaft schwer. Wer nach China blickt, erschrickt; denn bald ist jeder Chinese sensorisch „getrackt“, datentechnisch erfasst und durch *social credits* bewertet. Natürlich führt dies zu mehr Sicherheit, aber was geschieht dann mit unserer Freiheit? Zwar scheinen die Debatten um bewaffnete Drohnen durch die jüngste Entscheidung beendet. Aber zeigten sie nicht, wie wenig der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der 1950er Jahre gesellschaftspolitisch nach so vielen Jahrzehnten überwunden war? Ist er es jetzt? Was geschieht, wenn sich die Schockstarre des 24. Februars löst?

Künstlich intelligente Automation gestaltet nicht nur die Gefahrenabwehr für äußere und innere Sicherheit auf allen Ebenen tiefgreifend um, sondern birgt eigene Gefahren und weckt Ängste, die nicht nur unbegründet sind. Es bedarf nüchterner Debatten über die Allgegenwart vernetzter Sensoren und der Welt der Algorithmen, die aus Datenströmen menschenverwertbare Information „fusionieren“. „Kognitive“ und „volitive“ Maschinen sind es, die menschliches Wahrnehmen weit über natürliches Maß hinaus steigern und bewusste Entscheidungen in automatisch ausgeführte Befehlsketten transformieren, ohne die Menschen in der komplexen Technosphäre, die sie immer dichter umgibt, nicht verantwortlich wirken könnten.

Wie bleiben technische Risiken beherrschbar, wie hilft Technik, Sicherheit zu gewährleisten?

Einsichten bietet die Verkehrssicherheit. 1970 gab es 100 Verkehrstote auf 100 Tsd. Kfz. Zur Gefahrenabwehr hätte man Kfz verbieten müssen. Ein Ausgleich der Güter „individuelle Mobilität“ und „körperliche Unversehrtheit“ wurde in drei Schritten erreicht: erstens durch Technik (sichere Fahrgastzelle, Airbag ...), zweitens durch Recht (StVO mit Gurtpflicht etc.), drittens durch Versicherung, sobald Schäden das Einzelvermögen übersteigen. Dieser Dreischritt war erfolgreich:

Vier Verkehrstote auf 100 Tsd. Kfz wurden 2021 erfasst. Analog geht man bei anderen Risikotechnologien vor, sogar bei der Kerntechnik.

Gefahrenabwehr für innere Sicherheit ist eine Staatsaufgabe. Zugleich sind Freiheit, Privatsphäre, informationelle Selbstbestimmung ebenso erwünschte Güter. Liegt nicht ein ähnlich unaufgeregtes Vorgehen nahe, das von einer *ethically-aligned* Überwachungstechnik ausgeht, die zum Beispiel nur bei begründetem Verdacht Individuen identifiziert, die Masse der Nicht-Gefährder aber zertifizierbar als ununterscheidbare Objekte behandelt? Weiterzuentwickeln wäre das Digitalrecht. Wäre der Gedanke einer „Terrorversicherung“ abwegig, die materielle Folgen der Restrisiken abdeckt? Würde Streben nach *zero risk* nicht ebenso zu Unfreiheit führen, wie zu Immobilität im Verkehr?

Wie sähe dieser Dreischritt bei der äußeren Sicherheit aus? Die technische Dimension der Gefahrenabwehr wird durch Wehrforschung und Rüstungstechnologie abgedeckt, die zunehmend durch künstlich intelligente Automation geprägt ist. Stellen sich dabei nicht Rechtsfragen, wie sie auch bei „autonomem Fahren“ zu lösen sind? Wer trägt die Verantwortung, wenn KI zivile Fahrzeuge oder militärische Systeme steuert? Warnt Udo di Fabio zu Recht vor einer „anderen Gesellschaft, in der der Einzelne mit seiner Entscheidungsverantwortung nicht mehr im Mittelpunkt steht“? Kriegerrechtliche Prinzipien wie „Diskriminierung“, „Proportionalität“, „Vorsorge“ oder „Zurechenbarkeit“ gewinnen zivile Relevanz. Wer ist „Kombattant“ im Straßenverkehr, wer „Zivilist“? Schützt KI den Fahrer oder den Fußgänger? KI-getriebene Technik und Recht müssen also zusammengedacht werden. Und der Versicherungsgedanke? Vielleicht spielt nukleare Abschreckung die Rolle einer „Lebensversicherung“, wenn konventionelle Wehrtechnik und Völkerrecht versagen. Die „Versicherung“ nuklearer Vergeltung, versucht dabei, den „Schadenseintritt“ selbst zu verhindern.

An ihrem „scharfen Ende“, bei innerer und äußerer Sicherheit, zeigen sich generelle Probleme der Digitalisierung wie im Brennglas, die nur gesamtgesellschaftlich lösbar sind.

Erstmals in Deutschland begleitet gedankliches Ringen um die technische Umsetzung ethischer und rechtlicher Prinzipien ein militärisches Großprojekt von Beginn an. Ziel der querschnittlich angelegten Arbeitsgemeinschaft „Technikverantwortung für ein Future Combat Air System“ ist es, Ethik und politisches Wollen technisch zu operationalisieren (www.fcas-forum.eu). Sicherheitstechnische Vorhaben sollten generell in dieser Weise begleitet werden. Andernfalls wären die mit KI verbundenen Paradigmenwechsel und materiellen Anstrengungen politisch, gesellschaftlich und finanziell kaum durchsetzbar und die äußere und innere Sicherheit stünden auf dem Spiel.

Frieden und Sicherheit – Ein Plädoyer für Nachhaltigkeit und Wehrhaftigkeit!

Rüdiger Lentz, früherer Direktor des Aspen Institute Deutschland, heute Senior Advisor bei Rud Pedersen Public Affairs



Rüdiger Lentz

Foto: rudpedersen public affairs germany GmbH

Dass Sicherheit ein öffentliches Gut ist, für dessen Garantie das Staatswesen Sorge zu tragen hat, ist mit dem Ukraine Krieg wieder verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Es war zwar schon immer da, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und unterschiedlicher gesellschaftlicher Wahrnehmung.

Nach 9/11 waren es die öffentliche Sicherheit und der Schutz vor dem Terrorismus, nach der Krim Annexion war es die Angst Europas der regionale Konflikt könnte sich ausweiten und der IS und Syrien haben Europa eindringlich vor Augen geführt, welche Migrationsströme kriegerische Konflikte auslösen können. Aber erst der Ukraine Krieg hat uns endgültig klargemacht, dass die Bedrohung eine neue Dimension gewonnen hat. Der Krieg ist in Europa angekommen und zwingt uns neue Antworten zu finden. Die Sicherheit unseres Staates und unserer Bürger verlangt nicht nur ein Umdenken, sondern auch ein Umsteuern der bisherigen Politik. Seit der Ruck-Rede von Scholz am 27. Februar ist viel von einer Zeitenwende die Rede. Es bleibt abzuwarten, wie ernst wir diese neuen Herausforderungen nehmen und wie energisch und konsequent wir das Umsteuern betreiben werden. Und dazu gehört zuvorderst eine neue Definition von Sicherheit, Strategie und Verteidigung.

Bisher wurde Sicherheit häufig nur mit dem Begriff Resilienz, mit der Widerstandsfähigkeit eines Staates in Zusammenhang gebracht. Und damit wurde die Fähigkeit beschrie-

ben gegen die unterschiedlichsten Bedrohungsszenarien die entsprechenden militärischen und zivilen Widerstandsfähigkeiten aufzubringen. Auch bei dieser Definition kamen schon viele Faktoren zum Tragen: quantitative wie qualitative Maßnahmen, um allen denkbaren Bedrohungen oder Angriffen begegnen zu können. Am einfachsten ist diese Fähigkeit zu beschreiben, wo es sich um rein technische Abwehrmaßnahmen handelt. Insbesondere wenn wir im militärischen Bereich von Cyber Angriffen und Cyber Abwehr sprechen. Dabei geht es sowohl um die Fähigkeit die eigenen Kommunikationseinrichtungen durch technische Schutzmaßnahmen abzusichern (Cyber defense) als auch die Fähigkeit notfalls durch Gegenangriffe (Cyber counter attacks) den Gegner effektiv zu schwächen.

Verlassen wir aber diesen rein technischen Bereich der capabilities und versuchen uns dem Begriff einer gesamtgesellschaftlichen Sicherheit anzunähern, wird das Problem sehr viel komplexer und sehr viel schwieriger im Detail zu beantworten. Wir sehen gerade am Beispiel der Ukraine, welche große Rolle die psychische Resilienz einer Bevölkerung bei der Verteidigung spielt. Und wir haben gleichzeitig feststellen können, welche große Bedeutung die politische und militärische Führung bei der Frage nach der Resilienz von Sicherheit spielt. Die Vorbildfunktion eines Selenski ebenso wie die beispiellose und unterschiedslose Unterstützung der gesamten ukrainischen Bevölkerung hat nicht nur die Russen, sondern auch das westliche Ausland enorm überrascht.

Der Traum vom „ewigen Frieden“

Wie aber kann man diese militärische und zivile Widerstandsfähigkeit eines Staates nachhaltig gestalten? Ist sie messbar, kann man sie befördern und wenn ja, wie?

Nachhaltigkeit wird heutzutage vor allem mit dem Klimaschutz und den Klimazielen in Zusammenhang gebracht. Nachhaltigkeit heißt dabei, dass eine Fülle von Maßnahmen das Überleben des Planeten und der Menschheit garantieren sollen. Alle Aktionen vom individuellen bis zum staatlichen Verhalten, vom Einsatz der Technik bis hin zur Verhinderung des Raubbaus an der Natur müssen sich diesem Ziel unterordnen.

Versucht man den Begriff der Nachhaltigkeit auf die Bereiche Verteidigung und Sicherheit zu übertragen, ergibt sich daraus als Staatsziel die Stabilität des Gemeinwesens für seine Bürger zu garantieren und den Frieden zu erhalten. Aber

anders als bei den messbaren Klimazielen ist das Ziel eines nachhaltigen Friedens sehr viel schwieriger zu definieren.

Ein öffentlich und rechtlich abgesicherter Frieden, der allen Staaten und Völkern Sicherheit garantiert, ist immer wieder Gegenstand philosophischer und wissenschaftlicher Betrachtungen, ausgehend von der Aufklärung gewesen. Als wichtigstes Werk dabei gilt Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“, die Ausgangspunkt und Grundlage der Charta der Vereinten Nationen war. Schon Johann Gottlieb Fichte beschrieb dieses Streben nach einem dauerhaften Frieden als die „notwendige Aufgabe der Vernunft“. Und genau bei diesem Begriff müssen wir leider feststellen, dass es um die Vernunft und das vernünftige Handeln in der Politik eher schlecht bestellt ist. Wir haben uns längst von dem, von Fukuyama prognostizierten „Ende der Geschichte“ verabschieden müssen und der Traum einer demokratischen, auf westlichen Werten basierenden Weltordnung ist längst unter den Trümmern des internationalen Terrorismus, der wachsenden Regionalkonflikte und des jetzt von Russland begonnenen Angriffskrieges gegen die Ukraine begraben worden.

Das heißt der Glaube an die Linearität von Entwicklungen, von der Aufklärung zu einem weltweiten stabilen und auf Rationalität und demokratischen Werten gegründeten Weltordnung hat sich als illusorisch erwiesen.

Die Forderung nach nachhaltiger Sicherheit

Ist deshalb auch die Nachhaltigkeit von Sicherheit eine Illusion? Ich will versuchen darauf eine Antwort zu geben. Auch wenn das Ziel nachhaltiger Sicherheit schwieriger zu definieren ist als das 1,5 Grad Ziel der Begrenzung der Erderwärmung, so gibt es doch Zwischenziele, die sich im militärischen und sicherheitspolitischen Bereich durchaus definieren lassen:

- dazu gehört erstens das politische Ziel der Bildung von Koalitionen demokratischer Staaten, die innerhalb des von Ihnen politisch verantworteten Rahmens die Sicherheit für ihre Bürger garantieren können;
- dazu gehört zweitens die Bereitschaft dieser Bürger die Nachhaltigkeit von Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft herzustellen und mit zu unterstützen;
- und drittens die Bereitstellung der zur Herstellung nachhaltiger Sicherheit notwendigen Mittel.

Das heißt, der Staat muss das Gut öffentliche Sicherheit in ein von der Politik und Gesellschaft akzeptiertes Verhältnis zu anderen öffentlichen Gütern wie Gesundheit, Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit setzen. Dazu braucht es eine rationale Bedrohungsanalyse und daraus abgeleitet eine Quantifizierung der zur Abschreckung und Verteidigung notwendigen Mittel.

Eine nachhaltige Verteidigungsfähigkeit verlangt deshalb zunächst einmal eine ausreichende Ausstattung und Bevor-

ratung militärischer Mittel als notwendige materielle Voraussetzung für die Erfüllung des Auftrages. Und daran hat es die Bundeswehr über Jahrzehnte fehlen lassen. Das ist nicht etwa einer Fehlplanung oder Entscheidung der Militärs geschuldet, die immer wieder auf die Mängel hingewiesen haben, sondern einer Vernachlässigung der Streitkräfte durch die Politik. Sie hat nur zu gerne nach der Wiedervereinigung die Friedensdividende genutzt, um die Bundeswehr nicht nur zu verringern, sondern auch in ihren strukturellen und materiellen Voraussetzungen zu schwächen. Eine Truppe, die nicht einmal in der Lage ist, ihre Aufgaben im Rahmen des Bündnisses zu erfüllen, ohne sich Gerät und Ausrüstung bei anderen Verbänden auszuleihen, ist nicht einsatzbereit.

Die Verteidigungsfähigkeit der Gesellschaft

Erst jetzt, angesichts des Ukraine Krieges und einer Bedrohungslage, die die Mängel schonungslos offengelegt hat, wird der ganze Umfang der Versäumnisse der letzten Jahrzehnte offensichtlich. Die Bundesrepublik hat immer wieder mit Stolz darauf hingewiesen, dass es sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee handelt und dass der Primat der Politik gilt. Dann muss allerdings auch die Politik dafür sorgen, dass diese Streitkräfte einsatzfähig sind. Kritiker der mangelhaften Zustände haben immer wieder angemahnt, sicherheitspolitischen Themen im Parlament die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Leider vergeblich. Und die überhastete Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht hat zusätzlich dazu beigetragen, dass die Rolle der Streitkräfte in der Gesellschaft noch weiter an Bedeutung verloren hat.

Das Bild vom Staatsbürger in Uniform, vom mündigen, aufgeklärten Soldaten, der nach den Prinzipien der inneren Führung ausgebildet und eingesetzt wird, erscheint heute wie ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Dabei ist dieses Leitbild, entworfen von Wolf Graf Baudissin als Gegenmodell zum Soldatentum im Totalitarismus, notwendiger und moderner denn je. Es ging und geht um nicht weniger als die Absicherung der Verteidigungsfähigkeit einer Gesellschaft durch die Verankerung des Verteidigungswillens und der Verteidigungsfähigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein.

Es war das Verdienst der Sozialdemokraten nach 1969, dass sie zur Absicherung ihrer Entspannungspolitik genau diese Notwendigkeit erkannt hatten. Der damalige Bundeskanzler Brandt hatte sogar den Mut, durch sogenannte Wehrkundeerlasse die Notwendigkeit der Verteidigung als Voraussetzung für die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition in den Lehrkanon der Schulen verankern zu wollen.

Dies traf nicht nur auf Zustimmung. Im Gegenteil: als Jugendoffizier in Schleswig-Holstein und später in Hamburg habe ich diese ideologischen Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Politik von Sicherheit und Entspannung mit den Gegnern der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen mitgeführt.

Die sozialliberale Koalition unter Willy-Brandt und später unter Helmut Schmidt wusste ganz genau, dass Sicherheitspolitik und Entspannung die beiden Seiten der gleichen Medaille waren. Ohne das eine war das andere nichts. Und dieses Bekenntnis zu einer nachhaltigen Sicherheitspolitik war ein entscheidender Bestandteil des Erfolges der Außen- und Sicherheitspolitik der siebziger und achtziger Jahre. Eine Erkenntnis, die in den Jahren nach der Wiedervereinigung, vor allem aber in der Ära Merkel und der großen Koalition, völlig abhandengekommen ist.

Nachhaltige Verteidigung und wehrhafte Demokratie

Als hauptamtliche Jugendoffiziere wurden wir Anfang der siebziger Jahre als Militaristen beschimpft und angegriffen. Das gehörte mit zu den heftigen, auch ideologisch geführten Debatten. Aber wir haben das ausgehalten. Unserer Meinung nach schloss das Prinzip einer wehrhaften Demokratie diese Streitkultur mit ein. Nachhaltige Sicherheit bedeutet eben nicht nur die ausreichende Ausstattung mit materiellen Gütern und Ausrüstungsgegenständen sondern mindestens ebenso notwendig ist auch das notwendige geistige Rüstzeug, um den Auftrag erfüllen zu können.

Dieser immaterielle Teil ist heute wichtiger denn je: Präsident Selenski, nach dem im Westen nicht vorhergesehenen Erfolg der ukrainischen Truppen befragt, gab darauf eine einfache Antwort: „Wir verfügen nicht über so viele Soldaten wie Russland, wir haben nicht so viel Ausrüstung und so viele Raketen. Aber wir haben etwas, das sie nicht haben: das sind die Menschen, die ihre Freiheit wirklich schätzen und bereit sind dafür zu kämpfen. Darum wurde dieser Krieg zu einem Volkskrieg.“

Das Zusammenspiel von einer ausreichenden materiellen Ausstattung und den immateriellen Grundlagen einer demokratischen Armee sind die unabdingbare Voraussetzung für ihren Erfolg. Im Grundgesetz heißt es lapidar: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Damit ist das Staatsziel vorgegeben. Damit es aber erreicht wird, muss auf allen Ebenen sichergestellt sein, dass es auch gelebt und umgesetzt wird. Und dazu bedarf es nicht nur der politischen, sondern auch der gesellschaftlichen Unterstützung. Vielleicht hat es tatsächlich des Krieges in der Ukraine bedurft, um unser gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Verteidigung und wehrhaften Demokratie wieder zu beleben. Jetzt sollten wir die Chance nutzen und daraus die richtigen Lehren ziehen.

DIPD | DEFENCE INNOVATION PITCH DAY

SAVE the DATE

18.-19. Oktober 2022, München
Holiday Inn Munich City Centre

Foto: © prodenkoff, stockadobe.com

Weitere Informationen über jennifer.grossblotekamp@behoerdenspiegel.de

www.defence-innovation.de

Mit dem Blick nach Vorne: Expertise im Umgang mit Nachhaltigkeit und Sicherheit

Prof. Dr. Beatrix Palt, Gründerin, Inhaberin und Direktorin des Instituts für Nachhaltiges Projektmanagement (INP)



Prof. Dr. Beatrix Palt

Foto: Privat

Nachhaltigkeit und Sicherheit bedingen einander, so steht es in der Agenda 2030. Doch der Teufel steckt im Detail: Während sich Nachhaltigkeit in einem unbestimmten Wertesystem durch unsere Haltung und unser Handeln auszeichnet, ist Sicherheit als Grundrecht definiert.

Nachhaltigkeit fühlt sich gut und erstrebenswert an. Wir sind überzeugt etwas Sinnvolles zu tun, wenn wir in einer klimaneutralen Organisation arbeiten, fair gehandelten Kaffee kaufen oder in Fonds investieren, die keine Unternehmen aus der Rüstungsindustrie enthalten. Wir fühlen uns gut, wenn unsere Bundeswehr Amtshilfe leistet und Panzer eingesetzt werden, um bei Aufräumarbeiten nach einer Flutkatastrophe zu helfen. Sicherheit beanspruchen wir dagegen gerne als etwas Selbstverständliches, nehmen aber ungerne den Aspekt der Verteidigung und Ausrüstung unserer Sicherheitsorgane in Kauf. Das ändert sich gerade, wenn auch die Gesellschaft erkennt, dass Panzer einen Beitrag zu unserer Sicherheit leisten. Was versetzt uns aber in die Lage zu beurteilen, was getan werden muss, um Nachhaltigkeit und Sicherheit zu gewährleisten? Und was bringt uns vom Denken ins konsequente Handeln?

Nachhaltigkeit und Sicherheit als Expertise denken bedeutet vorwärtsstrategisches Lösungshandeln können

Zweifelsohne ist Fachexpertise in einer nachhaltigen sicherheitspolitischen Debatte erforderlich. Wir erleben ja gerade, wie sicherheitspolitische Aspekte, geostrategische Fragen,

die Energiewende, befürchtete Hungersnöte u.v.m. ineinandergreifen und unser Weltbild neu ausrichten. Um diese Komplexität zu beherrschen, benötigen wir für jedes Thema einzeln Fachexpertise. Genauso wichtig ist jedoch die Fähigkeit, die Komplexität des Gesamtproblems zu erfassen und expertenhafte, vorwärtsstrategische Lösungen zu entwickeln. Was aber zeichnet Experten und expertenhafte Lösungen aus?

Expertise meint die Fähigkeit, unterschiedliche Informationen aus unterschiedlichen Bereichen zu verarbeiten, zu kombinieren, zu abstrahieren und ungewöhnliche Muster zu entdecken. Experten sind in der Lage, komplexe, zuverlässige, valide und auf relevante Problemaspekte konzentrierte Hypothesen zu bilden, sie in der Schwebe zu halten, sie als Heuristiken zu nutzen, zu prüfen, zu validieren und unter Umständen zu verwerfen. Ihnen gelingt es, ihr aufgabenkompatibel organisiertes Wissen aus ihrer Erfahrung heraus fallbezogen zu ergänzen, zu modifizieren und zu reorganisieren. Ihre Fähigkeit zu generalisierenden, ganzheitlich-strategischen Vorgehensweisen führt zur Beherrschung von Komplexität. Untersuchungen zeigen, dass der Laie schwache, rückwärts-gewandte Problemlösestrategien entwickelt. Experten bilden datenbasiert und auf der Grundlage eines reichhaltigen Repertoires an Problemlösestrategien vorwärts-gewandte Lösungen, die sie in die Entscheidung zum Handeln einbringen.

Denken wir Nachhaltigkeit und Sicherheit jeweils als komplexe Domäne: Ökologie, Ökonomie und Soziales gemäß der Definition der Brundtland-Kommission (1987) als drei Säulen eines aufeinander bezogenen Systems. Denken wir Sicherheit als aus unserem Grundgesetz ableitbares Grundrecht. Dann wird deutlich, dass es nicht nur des Zusammenspiels fachlicher Expertise bedarf, weil die Addition von Fachexpertise nicht per se zu vorwärtsstrategischem Handeln führt.

Menschen sind so – Herausforderungen und Fallstricke

Warum ist die Fähigkeit zu vorwärts-gewandtem Lösungshandeln so relevant, wenn es um den Wirkzusammenhang von Nachhaltigkeit und Sicherheit geht? Welche Herausforderungen sind uns schon lange aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs bekannt? Exemplarisch ein paar Fallstricke:

1. Nachhaltigkeit ist ein Wert, der auf Freiwilligkeit basiert – Sicherheit ist ein Grundrecht

Nachhaltigkeit stammt als Begriff aus der Forstwirtschaft. Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlo-

witz schreibt 1713: „Man soll keine alte Kleider wegwerfen bis man neue hat, also soll man den Vorrath an ausgewachsenen Holtz nicht eher abtreiben bis man siehet, dass dagegen gnugsamer Wiederwachs vorhanden... Wird derhalben die größte Kunst/Wissenschaft/Fleiß und Einrichtung hiesiger Lande darinnen beruhen, wie eine sothane Conservation und Anbau des Holtzes anzustellen, dass es eine continuiertliche beständige und nachhaltende Nutzung gebe, weiln es eine unentbehrliche Sache ist, ohne welche das Land in seinem Esse [Dasein] nicht bleiben mag.“ Er stellt damit den Zusammenhang zwischen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft klar. Appelliert wird an die Vernunft indem verdeutlicht wird, dass der Mensch sich seiner eigenen Lebensgrundlagen beraubt, wenn er nicht nachhaltig handelt. Das ist eine Wahl, eine freiwillige individuelle und kollektive Entscheidung. Bei Sicherheit sollten wir mit Blick auf unsere Werte, die im Grundgesetz verankert sind, keine Wahl haben sie sicherzustellen, sondern eine in unserem Wertesystem, in unserem Welt- und Menschenbild verankerte Verpflichtung. Dieser nachzukommen zu tun ist allerdings auch eine individuelle und kollektive Entscheidung.

2. Intergenerationale Gerechtigkeit fordern – intragenerationale Gerechtigkeit leben

Oft wird argumentiert, der nächsten Generation eine Umwelt mit Lebensbedingungen zu schulden, die mindestens genauso gut sind, wie die eigenen. Und wie ist es um die intragenerationale Gerechtigkeit bestellt? Die Globalisierung mit ihren veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen führt zu ordnungspolitischen Maßnahmen, wie beispielsweise dem Lieferketten Sorgfaltspflichten Gesetz. Wie aber verhält es sich mit der Verantwortung und Verantwortlichkeit innerhalb unserer Generation in den Bereichen, die einer kollektiven, unternehmerischen oder individuellen Entscheidung, beispielsweise einer Produktions- oder Kaufentscheidung, bedürfen? Die Entscheidung, die zu treffen ist, kann überfordern, wenn Informationen nicht eingeordnet oder Zusammenhänge nicht durchschaut werden (können) oder nicht absehbar ist, mit welchen Konsequenzen welche Wirkung erzielt werden kann. So sehen wir dies aktuell in der Frage: Welche Konsequenzen zieht ein sofortiges russisches Gasembargo nach sich? Diese Überforderung kann unterschiedliche Ursachen haben: der fehlende Zugang zu Informationen, die fehlende Unterstützung bei der Einordnung von Informationen, die Art der Aus- und Weiterbildung, die Lebensumstände und/oder die Frage nach dem persönlichen Antrieb. Manchmal fehlt es am Können, manchmal am Wollen.

3. Der Mensch kann sich nachhaltig verhalten, ist aber auch opportunistisch

Spätestens seit der Veröffentlichung des Berichts an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ (1972) wissen

wir um die Begrenztheit der Ressourcen und um die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die aus dem Kampf um endliche Ressourcen erwachsen können. Dennoch wird im Diskurs folgende Dissonanz zwischen innerer Überzeugung und opportunistischem Verhalten beschrieben, die sich exemplarisch an der Umsetzung von Fangquoten in der Fischerei verdeutlichen lässt: In der Fischerei stünden zwar bei maßvoller Fischerei alle besser da. Aber jeder Fisch, der nicht dem Wettbewerb überlassen wird, führt zu einem persönlichen Vorteil. Anhand dieses Beispiels lässt sich die Komplexität der Frage verdeutlichen, was ein Gasembargo bewirken könnte und ob und in wie weit wir bereit sind, die Konsequenzen zu tragen – persönlich und als Gesellschaft.

4. Ordnungspolitische Maßnahmen führen zu Verbesserungen – Regulatorik kann Sicherheit aber auch gefährden

Wie bereits beschrieben, handelt es sich bei Nachhaltigkeit um eine normative Anspruchshaltung, um eine Erwartung. Ordnungspolitische Maßnahmen verfolgen im Bereich Nachhaltigkeit das Ziel der Schadstoff- und Verbrauchsreduzierung sowie den Einsatz erneuerbarer Energien. Das lässt sich als Erfolgsstory mit den Worten Ulrich von Weizsäckers auszudrücken: „Ein Land beginnt... arm und sauber, und wird mit zunehmender Industrialisierung immer reicher und schmutziger. Bis es dann so reich ist, dass es sich Umweltschutzmaßnahmen leisten kann und es schließlich reich und sauber wird.“ Er konstatiert jedoch auch: Obwohl wir Schadstoffausstoß und Energieverbrauch durch den Einsatz verbesserter Technologien senken, erleben wir durch ansteigenden Wohlstand und Globalisierung einen weiterhin erhöhten Ressourcenverbrauch; und schlussendlich eine weitere Zerstörung der Umweltwelt, die durch Treibhausgase und die Rebound- bzw. Bumerang-Effekte entstehen. Was aber bedeutet diese Logik mit Blick auf Sicherheit und auf die Haltung des Individuums und der Gesellschaft? Wann führen welche ordnungspolitischen und sicherheitsstrategischen Maßnahmen sowie der Einsatz von Technologie zu Sicherheit, wann zu Rebound- oder anderen nicht beabsichtigten Effekten? Und was, wenn die Regulatorik, die eingesetzt werden soll, um Nachhaltigkeit zu fördern (z. B. ESG-Kriterien), dazu beitragen könnte, unsere Sicherheit zu gefährden?

5. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen – Expertisebildung als bildungspolitisches Ziel

Der Ausbildungsstand – und hier schließt sich der Kreis zur Expertisebildung – bemisst sich nicht an der Anzahl qualifizierter Abschlüsse, sondern daran, die Vermittlung fachlicher und methodischer Kompetenzen mit alters- und zielgruppengerechten Angeboten zur Entwicklung der persönlichen Dispositionen zu verknüpfen. Vorwärtsgewand-

tes Lösungsdenken fällt nicht vom Himmel. Daher sind wir mit Blick auf den Wirkzusammenhang von Nachhaltigkeit und Sicherheit gefordert, die bekannten Erfahrungen der Pädagogik zu ganzheitlichen Bildungskonzepten zu verknüpfen. Der Raum für das Anwenden, Einüben, Ausprobieren und das Lernen aus Erfahrung ist zu fördern und in den Schul-, Aus- und Weiterbildungsbetrieb zu integrieren. Auch bedarf es der Einbindung bildungspolitischer und didaktisch-methodischer Zusammenhänge in die Überlegungen von Sicherheitspolitikern und -strategen zu Nachhaltigkeit und Sicherheit – je schneller, umso besser.

Fazit und Ausblick

Es ist wichtig, den Wirkzusammenhang von Nachhaltigkeit und Sicherheit und das daraus abgeleitete sicherheitspolitische und -strategische Handeln in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Denn wir, unsere europäischen Partner und Nato-Verbündeten sind nicht nur ein sicherheitspolitisches Konstrukt,

sondern auch und vor allem eine demokratisch geprägte Wertegemeinschaft. Uns verbindet unsere Vorstellung von Menschenrechten, der ein aufgeklärtes Menschenbild zugrunde liegt. Das führt zu Zielkonflikten zwischen freiwilligen Vorgaben, Regulatorik und der Notwendigkeit der Expertisebildung mit Blick auf vorwärtsgewandte Lösungsstrategien und deren Akzeptanz. Es stellt uns vor die Herausforderung, unsere Werte, Strategien und Maßnahmen zielgruppengerecht in ihren komplexen Zusammenhängen und Wechselwirkungen bereitzustellen, sie nachvollziehbar zu machen und den Impuls zu wecken mitzudenken, Haltung anzunehmen und uns einzubringen: mit unserer Expertise und unserem Engagement. Nachhaltigkeit und Sicherheit sind eine Frage von Aufklärung, Vernunft, Expertise und Wollen. Es muss sich gut anfühlen und Wert sein mitzumachen. Gelingt das nicht, laufen wir Gefahr, den Rückhalt, die Zustimmung und die Unterstützung für Nachhaltigkeit und Sicherheit zu verlieren. Denn wir haben schließlich die Wahl.



Wir realisieren – flexibel, schnell und prozesssicher – individuelle Lösungen in den Bereichen ballistischer Schutz, Einsatzfahrzeuge und Systemintegration.

ACS Armoured Car Systems GmbH
Winterbruckenweg 60
86316 Friedberg/Derching

+49 821 650 717-0
salesengineering@acs-armcar.com
www.acs-armoured-cars.com

Anforderungen an eine nachhaltige und resiliente Krisenbewältigung

Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam und Inhaber des Lehrstuhls „Technik- und Umweltsoziologie“ an der Universität Stuttgart



Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn

Foto: Privat

In den jüngsten Umfragen zu den wichtigsten Problemen in Deutschland gibt es drei eindeutige Spitzenreiter: die Invasion der Ukraine durch Russland, die Corona-Pandemie und die Sorge vor Klimawandel und Umweltschäden. Alle drei Krisen machen die Verwundbarkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber globalen Bedrohungen sichtbar.

Eine aktuelle Erhebung aus Österreich (siehe Diagramm) zeigt zudem auf, dass diese Bedrohungen auch als zusammenhängend gesehen werden. Als Konsequenz der Ukraine-Krise sehen viele Menschen die Versorgung mit Energie und Lebensmittel, die Preisstabilität und die wirtschaftliche Stabilität bedroht.

Resilienz – das Zauberwort

Die meisten Politikerinnen und Politiker sind sich einig, dass die jetzt aufgetretenen Engpässe vor allem bei der Energieversorgung durch eine Kombination von Diversifizierung von Importen (Stichwort: Lieferketten Souveränität) und einer Beschleunigung der Energiewende, aber auch anderer Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit überwunden werden müssen. Unabhängigkeit von wenigen Exportländern, Mehrfachabsicherung von Lieferketten, Redundanz bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, Diversifizierung von Warenströmen und Ertüchtigung der eigenen kritischen Infrastruktur sind nur einige der Forderungen, die als Lehren aus

den gegenwärtigen Krisen gezogen werden. Das Zauberwort in dieser Debatte heißt „Resilienz“.

Resilienz stellt einen wichtigen Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft dar (Renn 2020; vgl. auch Folke et al. 2016; Biggs et al. 2015). Resilienz wird dabei als Forderung angesehen, die Funktionalität von Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, die für den Fortbestand humaner Lebensbedingungen in Gegenwart und Zukunft entscheidend sind. Sowohl Nachhaltigkeit als auch Resilienz enthalten nach diesem Verständnis die Forderung nach Erhalt von etwas, was dem Gemeinwohl dienlich ist. Das Hauptziel ist die Aufrechterhaltung einer Entwicklung, die sich innerhalb der ökologischen und gesellschaftlichen planetarischen Grenzen bewegt (Randers et al. 2018). Zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Dienstleistungen gehören Stabilität, Friedenssicherung und eine angemessene Infrastruktur, um mit Bedrohungen wie der Corona Pandemie oder Invasionen durch Dritte adäquat fertig zu werden.

Resilienz und Nachhaltigkeit – das Konzept für die Bewältigung von Krisen

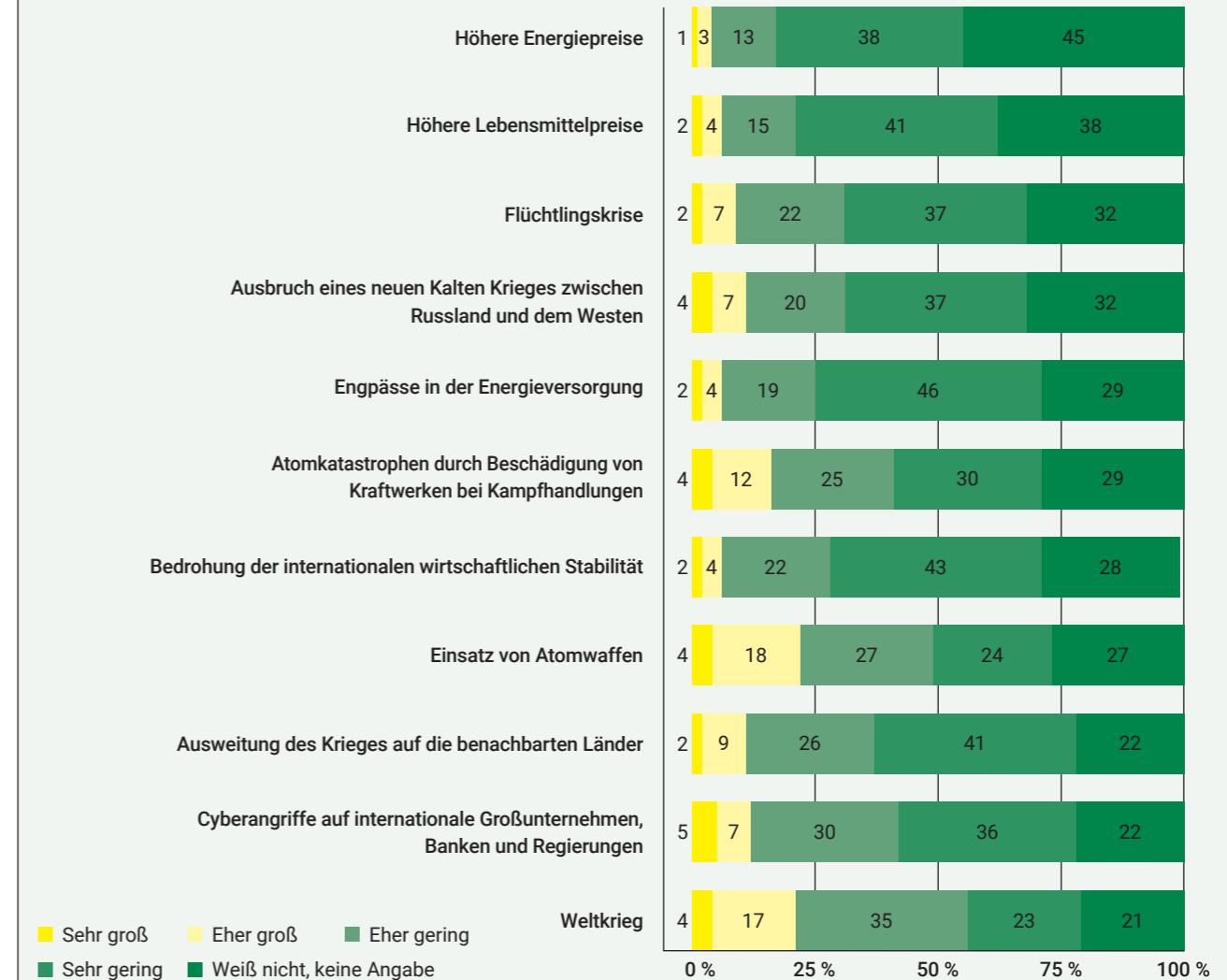
Dafür stehen die Begriffe Resilienz und Nachhaltigkeit: Im Hinblick auf die Resilienz sollte die Funktionalität kritischer Dienstleistungen auch dann erhalten bleiben, wenn das System unter Stress steht; im Hinblick auf die Nachhaltigkeit sollten menschenwürdige und friedliche Lebensbedingungen für die gegenwärtige Generation und für zukünftige Generationen erhalten bleiben (IRGC 2018). Dazu gehören die Respektierung der Grenzen natürlicher Ökosysteme und Ressourcen, ausreichender Gesundheitsschutz für alle Menschen und das Streben nach friedlichen Formen der Konfliktlösung, aber auch die Gewährleistung einer wehrhaften Demokratie, wenn dieses Streben nach friedlicher Konfliktlösung von anderen untergraben wird (Robertson 2017, S. 3-4). Besonders wichtig ist dabei, eine ausgewogene Politikgestaltung in allen Politikfeldern vorzunehmen. Gefragt ist ein Abgleich nach Effektivität, Effizienz, Resilienz und sozialer Gerechtigkeit unter der Randbedingung der Einhaltung planetarer Grenzen sowie ausreichender inneren und äußeren Sicherheit.

Eine nachhaltige Resilienzstrategie erfordert ein proaktives Risikomanagement und eine antizipative Gefahrenvorsorge. Es ist wichtig, mehrere parallele Szenarien zu betrachten, die mögliche Entwicklungen und Kontexte sowohl im Bereich

des Mensch-Umwelt-Verhältnisses wie auch des Verhältnisses der Menschen untereinander in den Blick nehmen. Die jetzige Situation zeigt auch deutlich, dass oft mehrere Krisen gleichzeitig eintreten. Kombinationen von kritischen Ereignissen, wie Zusammenbrüche von kritischen Infrastrukturen (wie Strom, Internet, Wasser, Gesundheitswesen), kriegerische Formen der Interessendurchsetzung oder Zunahme extremer Wetterereignisse sollten in eine resiliente Vorsorgepolitik bei der politischen Gestaltung von Infrastruktur und Notfallplanung mit bedacht werden (Homer et al. 2021). Resilienz ist nur dann erreicht, wenn auch für unvorhergesehene Ereignisse oder Entwicklungen ein robuster und sicherer Lebensalltag im Rahmen der planetaren Grenzen für alle ermöglicht werden kann.

Bei allen Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz ist neben der Wirksamkeit auch auf die Verteilung der Auswirkungen auf verschiedene Zielgruppen und Bevölkerungsgruppen zu achten (Doorn 2019). Wer wird von einer Maßnahme begünstigt, wer wird wahrscheinlich benachteiligt? Ein belastbarer und nachhaltiger Ansatz in der Umsetzung einer resilienten Vorsorgestrategie muss deshalb die Auswirkungen auf mögliche benachteiligte Gruppen von vornherein berücksichtigen, indem Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen, Subventionen, Ausgaben für Sicherheit und Abwehr, Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, innovationspolitische Anreize u.a.m. auf den Prüfstand der Verteilungsgerechtigkeit gestellt werden. Resilienz ist oft im Konflikt mit Effizienz, da resiliente Strukturen und Prozesse Redundanz, Diversität

Wie groß ist Ihre Angst vor den folgenden Auswirkungen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine?



Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut ©Statista 2022

Weitere Informationen: Österreich; 28. Februar bis 1. März 2022; 1.000 Befragten; ab 16 Jahre; österreichische Bevölkerung

und Robustheit voraussetzen, die alle mehr kosten als die allein auf Effizienz getrimmten Maßnahmen. Diese Mehrkosten müssen von der Gemeinschaft akzeptiert und getragen werden. Ebenso kann Resilienz auch mit Fairness und Gerechtigkeit kollidieren, wenn diese Kosten überproportional von denen getragen werden, die sich am unteren Ende der Einkommensverteilung bewegen. Hier für Ausgleich zu sorgen und die Forderung nach humanen Lebensbedingungen auch für alle sicherzustellen, ist ein wichtiges Prinzip bei der Gestaltung resilienter Strategien und Planungen. Die Bewältigung multipler Krisen erfordert mehrdimensionales Denken und Planen, bei denen Ziele wie Sicherheit, Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit parallel und integrativ angegangen werden müssen.

Die Kombination von Resilienz und Nachhaltigkeit bietet also eine wirksame Anleitung für die Bewältigung globaler Krisen, die über die gegenwärtigen Krisen weit hinausreichen. Investitionen in die Resilienz nachhaltiger Infrastrukturen, die Gewährleistung des Zugangs zu nachhaltigen Dienstleistungen für alle Menschen und die Umsetzung eines integrativen, partizipatorischen Governance-Ansatzes sind dabei die Schlüsselkonzepte, um sowohl mit plötzlichen als auch mit sich langsam entwickelnden Bedrohungen adäquat fertig zu werden.

Literaturhinweise

Biggs, R.; Schlüter, M. und Schoon, M.L. (2015): *Principles for building resilience. Sustaining ecosystem services in social-ecological systems.* Cambridge University Press: Cambridge, UK.

Doorn, N. (2019): *How can resilient infrastructures contribute to social justice? Preface to the special issue of sustainable and resilient infrastructure on resilience infrastructures and social justice.* Sustainable and Resilient Infrastructure, 4 (3): 99-102.

Folke, C.; Biggs, R.; Norström, A.V.; Reyers, B. und Rockström, J. (2016): *Social-ecological resilience and biosphere-based sustainability science.* Ecology and Society, 21 (3), <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26269981>

Homer-Dixon, T.; Renn, O.; Rockstrom, J.; Donges, J. F. und Janzwood, S. (2021): *A Call for An International Research Program on the Risk of a Global Polycrisis* (December 16, 2021). Available at SRN: <https://ssrn.com/abstract=4058592> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4058592>

IRGC (2018): *Resource guide on resilience, Volume 2.* EPFL International Risk Governance Center: Lausanne, DOI: 10.5075/epfl-irgc-262527.

Randers, J. Rockström, J. und Stoknes, P.-E. (2018): *Achieving the 17 Sustainable Development Goals within 9 Planetary Boundaries.* EarthArXiv, 1–31. <https://doi.org/10.31223/OSF.IO/XWEVB>.

Renn, O. (Hrsg.) (2017): *Risiko und Resilienz im Energiesystem. Szenarien – Handlungsspielräume – Zielkonflikte. Schriftenreihe Energiesysteme der Zukunft.* Nationale Akademien: München

Renn, O. (2020): *The call for sustainable and resilient policies in the COVID-19 crisis: How can they be interpreted and implemented?* Sustainability, 12, 6466, doi:10.3390/su12166466

Robertson, M. (2017): *Sustainability. Principles and Practice.* Second edition. Routledge: New York.

Nachhaltig entwickeln. IT-Dienstleister Bechtle auf dem Weg in die CO₂-Neutralität



Foto: Bechtle /Daniel Peter

Das IT-Unternehmen Bechtle mit Hauptsitz in Neckarsulm und Standorten in 14 Ländern Europas verbindet in seiner Nachhaltigkeitsstrategie 2030 ökonomische, ökologische sowie soziale Aspekte. Darin ist verdichtet, was Gesellschaft und Wirtschaft mit zunehmender Intensität beschäftigt: ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Heute für ein enkelfähiges Morgen.

Was der Konzern bis 2030 unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten erreichen möchte, beantwortet die Bechtle Nachhaltigkeitsstrategie 2030. Die 2021 veröffentlichte Strategie baut auf Vorhandenem auf und ergänzt neue, ambitionierte Zukunftsentwürfe. Den Kern bilden dabei vier strategische Handlungsfelder: Ethisches Wirtschaften, Menschen, Umwelt sowie Digitale Zukunft, die mit jeweils drei Fokusthemen und strategischen Zielen hinterlegt sind.

„Unsere Strategie ist einerseits Ausdruck unserer Unternehmensverantwortung, andererseits formuliert sie unser klares Bekenntnis, uns aktiv mit den vielfältigen Nachhaltigkeitsfacetten auseinanderzusetzen“, sagt Arthur Schneider, Leiter Nachhaltigkeitsmanagement bei der Bechtle AG.

Flankierend hat Bechtle ein Nachhaltigkeitsprogramm entwickelt, das Meilensteine definiert und operative Maßnahmen vorsieht. So können Fortschritte regelmäßig gemessen und Maßnahmen bei Bedarf nachjustiert werden. Ein wichtiges Ziel ist die CO₂-Neutralität bis 2030 in den beeinflussbaren Bereichen durch einen Dreiklang aus Vermeiden, Reduzieren und Kompensieren.

Mobilität ist für Bechtle geschäftsrelevant, die Nähe zu Kunden unabdingbar. Um in der Fahrzeugflotte die CO₂-Emissionen zu reduzieren, wird seit 2014 die Elektromobilität konsequent ausgebaut. Inzwischen sind deutschlandweit 419 Ladepunkte an 35 Bechtle Standorten installiert, weitere 68 in der aktuellen Umsetzung. Mittelfristig soll die Zahl deutlich ausgebaut werden. Damit folgt Bechtle dem Prinzip „Charge at Work“, das die Akzeptanz und den Ladekomfort verbessert. So erhöhte sich der Anteil von alternativen Antrieben (hybrid und vollelektrisch) im deutschen Fuhrpark von 4,6 im Jahr 2018 auf aktuell 30 Prozent.

Parallel werden Photovoltaikanlagen ausgebaut und Standorte auf den Bezug von Grünstrom umgestellt. Die Konzernzentrale mit rund 2.200 Mitarbeitenden und europaweit weitere 18 Gesellschaften an 32 Standorten beziehen bereits Grünstrom.

„Neben Umweltthemen beschäftigen wir uns im Handlungsfeld ‚Ethisches Wirtschaften‘ derzeit verstärkt mit der menschenrechtlichen Sorgfalt entlang der Lieferkette“, sagt Arthur Schneider. Das Lieferantenmanagement wurde in den vergangenen Monaten ausgebaut und weitergehende Maßnahmen zur Überwachung der Lieferkette umgesetzt. Unterstützt wird das Lieferantenmanagement durch das Nachhaltigkeitsrating von Ecovadis. „Wichtig ist uns, authentisch und glaubwürdig zu bleiben. Transparenz schaffen wir durch unsere jährliche Nachhaltigkeitsberichterstattung“, so Arthur Schneider weiter.

Mehr unter [bechtle.com/nachhaltigkeit](https://www.bechtle.com/nachhaltigkeit)

Demokratie braucht langen Atem – Was die creatio continua mit dem Alltag in Berlin zu tun hat

Jörn Thiessen, ev. Theologe und ehem. SPD-Bundestagsabgeordneter, heute Abteilungsleiter „Heimat“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat



Jörn Thiessen

Foto: Fulmidas Medienagentur GmbH

„Die Rente, der Wald und der Frieden – Das Gewissen im täglichen Einsatz.“, so lautete ein Aufsatz, der vor zwanzig Jahren erschien. Eine breite Reaktion darauf gab es nicht und von heute aus betrachtet, hat die Welt auch ohne diese Gedanken gut leben können. Da dieser Text jedoch aus meiner Feder stammte, erlaube ich mir, daran anzuknüpfen.

Damals stand Deutschland in Afghanistan in Auseinandersetzungen, die damals nicht als „Krieg“ bezeichnet werden sollten. Der Einsatz im Kosovo war intensiv und bis heute nicht beendet.

Die deutsche Gesellschaft war damals auf kriegerische Handlungen nicht vorbereitet, groß waren nach dem Fall des Eisernen Vorgangs die Hoffnungen auf eine dauerhaft friedliche Welt gewesen, „von Freunden umzingelt“ wähnte uns der Bundespräsident Rau noch Jahre später. Wir hofften auf Prosperität (die uns bis heute trägt), Wandel durch Handel, strategische Partnerschaften und Dialoge weltweit. Dass zu ökonomischer Stärke auch militärische kommen muss, dieser Gedanke war vielen unangenehm und nicht mehrheitsfähig im Parlament. Die Welt außerhalb unserer komfortablen Zonen aber sah anders aus, als viele es wahrhaben wollten.

Safety und Security

Als ich 2005 in den Verteidigungsausschuss einzog, war die Bundeswehr engagiert im Kosovo, in Afghanistan, in Mazedonien, am Horn von Afrika, der Einsatz im Kongo zeichnete

sich ab. Über 60 Bombenanschläge weltweit zählt die Chronik, darunter mit London und Madrid in europäischen Metropolen. Dennoch lebten wir in Hamburg, München und Berlin in Sicherheit. Unsere Sorge galt zu wesentlichen Teilen dem sozialen Zusammenhalt, der Gesundheitsversorgung, steigenden Kraftstoffpreisen und möglicher Arbeitslosigkeit. Nicht so sehr „Safety“ war das vorherrschende Problem, sondern „Security“. Im Sinne umfassender Sicherheit sind dies zwei Aspekte, die uns im Alltag begegnen und bestimmen. „Safety“ heißt hier, dass die übergroße Mehrheit der Menschen bei uns die Gesetze befolgt, dass die Polizei funktioniert und respektiert wird, dass Fahrstühle im Regelfall nicht abstürzen und wir vor Terror im Inneren geschützt werden. „Security“ meint mehr: Dass die Renten sicher sind und das Armutsrisiko von Alleinerziehenden verringert wird, dass Gleichberechtigung nicht nur im Gesetz steht und Bildung für alle verfügbar ist. Zudem bedeutet umfassende Sicherheit auch die Organisation gesellschaftlicher Debatten in einer Demokratie der Aushandlung, die auf Zusammenhalt zielen und es möglichst verhindern, dass einzelne Themen – so wichtig sie auch immer sein mögen – den Diskurs über Monate und Jahre dominieren: Nicht alles ist Klima, nicht alles ist Pandemie – so folgenreich diese Ereignisse auch immer sein mögen – der kluge Diskurs einer aufgeklärten Gesellschaft muss sich einen strategischen Blick auf die Dinge erhalten.

Im Bundesministerium des Innern und für Heimat werden Aspekte umfassender Sicherheit zusammen gesehen. Hier stehen Ordnungen nach dem Gesetz und Ordnungen der Gesellschaft nebeneinander und sind miteinander verbunden. „Heimat“ bedeutet hier die Gestaltung vieler Formen zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts, sei es in der Förderung gleicher Lebensverhältnisse, dem Schutz deutscher Minderheiten im In- und Ausland, der Integration von Geflohenen und deren Spracherwerb oder dem Kampf gegen gezielt verbreitete Desinformationen, die unsere Gesellschaft verunsichern und beeinflussen wollen. Für uns sind Rassismus und Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung aller Minderheiten Phänomene, denen sich Staat und Zivilgesellschaft gleichermaßen zuwenden müssen und zu ihrer Bekämpfung beitragen.

Zwei Mal steht das Wort „Kampf“ im vorherigen Absatz. Kampf ist Gewalt und kein einfühlsamer Dialog auf Augenhöhe. Wenn der Staat davon spricht, etwas zu bekämpfen, ist Staatsgewalt gemeint, also die Delegation von Macht-

mitteln an ein demokratisch legitimes und kontrolliertes Monopol. Wer dieses Monopol infrage stellt, dem ist zu entgegen. Zu diesen Entgegnungen gehört das ganze Spektrum unserer Möglichkeiten: Prävention soll diese Infragestellung verhindern, Bildung von früh an soll das Urteilsvermögen schulen. Kluge Formen der Partizipation sind dazu geeignet, Menschen auf allen Ebenen in die Prozesse der Demokratie einzubinden und ihnen aufzuzeigen, wo Selbstwirksamkeit errungen werden kann. Errungen deswegen, weil nichts von selbst geschieht, weil es von konkreten Menschen an konkreten Orten in die Hand genommen werden muss. Sei es im Schülerrat oder im Sportverein, in der Jugendgruppe oder im Gemeindeparlament, im Bundestag oder in den Vereinten Nationen.

Engagement für die Demokratie

Und hier kommt die creatio continua ins Spiel. Die christliche Theologie bezeichnet mit der „fortgesetzten Schöpfung“ unter anderem den Gedanken, Gott müsse die Welt stets neu schaffen, damit sie bestehen bleibe. Oder für physikalisch Interessierte: Entropie bezeichnet den Vorgang, dass der Kaffee in der Tasse immer nur kalt wird, wenn nicht neue Energie hineingesteckt wird. In unserem Land haben sich mehrere Generationen an Fortschritt und Sicherheit gewöhnt. Dabei sind diejenigen nicht zu vergessen, die immer noch am Rande stehen und sich in ihren Bedürfnissen nicht ernstgenommen sehen – in der großen Mehrheit jedoch gibt es diese Gewöhnung und das war und ist auch so gewollt. Der Wohlfahrtsstaat gibt soziale Sicherheit, die Wirtschaftsleistung erschafft dazu die Möglichkeiten und die funktionierende Demokratie sorgt mehr oder weniger gut für die notwendigen Diskurse und Ausgleiche von Interessen. Dieser Prozess wird einer ständigen Revision unterworfen und folgt anderen Ideen und Schwerpunkten, wenn das Wahlvolk dies in seiner Mehrheit so entscheidet. Worüber aber mit Mehrheit nicht zu entscheiden ist, das ist die Notwendigkeit kollektiven Engagements für diese Demokratie. Sie braucht Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und keine Kundinnen oder Kunden, die sich je nach Lust und Laune aus ihren Regalen bedienen.

Mit Erschrecken stellen wir fest, dass in der Mitte unserer Gesellschaft Meinungen und Verhaltensweisen angekommen sind, die früher als unsagbar oder unmöglich gegolten haben. Die Motive dazu sind vielfältig und müssen mit Bedacht und ohne Vorurteile betrachtet werden. Wenn im vornehmen Hamburg 14.000 Menschen gegen Covid-Regeln auf die Straße gehen, sind das sicher nicht 14.000 Verschwörungsfanatiker und Schwurbler, auch wenn sie sich genau von diesen instrumentalisieren lassen. Auch wenn es anstrengend und zeitraubend ist, der Dialog mit kritischen Menschen, die dazu noch bereit und in der Lage sind, ist eine Bring- und Holschuld beider Seiten und es ist gut und nötig, diesen auch von staatlicher Seite zu fördern und zu betreiben.

Als ein Ziel dieses Dialogs formulierte der Aufsatz damals: „Wer handelt, sollte möglichst präzise wissen, was er tut (...). Er sollte fragen, wie andere die Situation beurteilen, welche Optionen es gibt, welche Vorgeschichte das Umfeld prägt, in dem gemeinsam agiert wird. Dazu sind Informationen ebenso wichtig wie die Herausbildung von Achtsamkeit, Aufmerksamkeit und Respekt vor anderen Sichtweisen, Lebensentwürfen und historischen Bedingungen. Aus diesem Bündel der Kenntnisse und Abwägungen bildet sich dann ein eigenes Urteil (...).“ Dieser Anspruch gilt bis heute fort: Wer handelt, sollte darin eine Haltung erkennen lassen – am besten eine, die andere im Blick hat, auf ethischen Erwägungen beruht oder sich weltanschaulich begründet. Insbesondere Personen mit Führungsaufgaben müssen diesen Anspruch erfüllen – sei es im Sportverein, im Unternehmen oder in der Freiwilligen Feuerwehr.

Eine wehrhafte Demokratie für Safety und Security

Heute ist die Welt nicht nur weniger friedfertig als damals, heute sehen selbst wir uns im sicheren Deutschland herausgefordert, bedrängt und bedroht. Die europäische Friedensordnung ist erschüttert, das Klima wandelt sich zur konkreten Globalbedrohung, die Pandemie scheint nicht zu enden und verursacht horrende direkte und indirekte Kosten. Deshalb investiert die Bundesregierung an vielen Orten in die wehrhafte Demokratie unter den Aspekten Safety und Security. Einhundert Milliarden mehr für die Bundeswehr sind das eine; die nachhaltige Herausbildung einer resilienten Gesellschaft, die sich ihrer Werte bewusst ist und sie verteidigt, die ihre Errungenschaften kennt und schätzt, die Pluralität und Meinungsfreiheit, Diversität und den Schutz der Schwachen fördert, ist das andere. Und auch hier gilt der alte Satz von Willy Brandt: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

(Der Autor stellt hier seine persönliche Auffassung dar.)

PODCAST

Was bedeutet für Sie Nachhaltigkeit in Verbindung mit Sicherheit und Frieden?



Dr. Hans-Peter Bartels, ehem. Verteidigungsausschuss-Vorsitzender und Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP)

Foto: Deutscher Bundestag



Dr. Stefan Mair, Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit und geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Foto: SWP

Hans-Peter Bartels und Dr. Stefan Mair Dr. haben uns in einem Podcast hierzu geantwortet. Diese Antworten finden Sie hier:



DEFENCE DAYS
Heer, Luftwaffe, Marine, CIR, Sanität und SKB

JOINT – COMBINED – OPERATIONS – TACTICS – TECHNOLOGY

www.digitaler-staat.online



Warum SecuSUITE for Samsung Knox?



Weil ich im Home-Office sicheren Zugriff auf meinen Büro-PC habe.



Lauschangriffe, Spionage, Datenklau. Es gibt viele gute Gründe, warum Regierungen, Behörden und Unternehmen weltweit auf die mobilen Hochsicherheitslösungen von Secusmart vertrauen.

Ob am Arbeitsplatz, auf Reisen oder im Home-Office:

SecuSUITE for Samsung Knox schützt Daten, Telefonie, Apps – und ist die einzige Smartphone- und Tablet-basierte Lösung, die eine VS-NfD-sichere virtuelle Desktop-Infrastruktur (VDI) bietet.

Vertrauen auch Sie auf Secusmart. Für sicheres ultramobiles Arbeiten mit Smartphone, Tablet & Co.



Sichere Daten, Telefonie und Apps bis zur Geheimhaltungsstufe VS-NfD



Sicheres ultramobiles Arbeiten im Home-Office und Trennung von privaten und dienstlichen Apps



Aktuellste Tablets und Smartphones mit Samsung Knox

Vom Wert und der Wertschätzung unserer Sicherheit

Prof. Dr. Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)



Prof. Dr. Siegfried Russwurm

Foto: Christian Kupp

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirft für Deutschland grundsätzliche sicherheitspolitische Fragen auf: Welchen Wert messen wir unserer Sicherheit bei? Wie garantieren wir diese Sicherheit für unsere Gesellschaft, unseren Staat und unsere europäischen und internationalen Freunde?

Außenministerin Annalena Baerbock hat von der „Sehnsucht nach Sicherheit“ gesprochen, die eine zutiefst menschliche Sehnsucht sei: „Im Sinne einer Versicherung für das, wofür wir alle gemeinsam einstehen. Für die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens.“ Dem ist ohne Wenn und Aber zuzustimmen. Die Frage ist nur: Welche Schlüsse ziehen wir daraus für unsere Bereitschaft, diese Sicherheit tatsächlich zu gewährleisten, und es nicht dabei zu belassen, ihren strategischen und umfassenden Wert hervorzuheben? Ein Krieg widerspricht dem Ziel der Nachhaltigkeit und dem Schutz unserer Lebensgrundlagen. Er zerstört buchstäblich alles, was wir zum Leben brauchen. Frieden und Sicherheit sind die Basis sozialer, politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Nur mit Sicherheit lässt sich umfassende Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen erreichen – die Ziele der Umwelt- und Klimapolitik, des sozialen Zusammenhalts und ökonomischer Prosperität. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Deutschland nach diesem Grundverständnis darauf gesetzt, militärische Konflikte durch Diplomatie und enge Wirtschaftsbeziehungen zu verhindern.

Der russische Krieg in der Ukraine hat Deutschland und die Welt nun etwas diametral Anderes gelehrt: Diplomatie und wirt-

schaftliche Verflechtung sowie der gemeinsame Einsatz zum Erhalt unser aller Lebensgrundlagen sind nur ein Standbein, um Freiheit, Frieden und ganzheitliche Sicherheit zu wahren. Das zweite Standbein ist unsere Fähigkeit zur Verteidigung. Im Ernstfall müssen wir uns gerade auf sie verlassen können.

Beide zusammen sind unerlässlich, um die gemeinsam mit unseren internationalen Partnern nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene regelbasierte Ordnung und Wertebasis zu schützen. Deutschland hat seinen Status als stärkste Volkswirtschaft Europas nicht allein erreicht. Nur im Konzert mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern und nur durch unsere engen globalen Verflechtungen – mit Staaten ganz unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme – konnten wir es so weit bringen. Und die Basis hierfür ist ein friedliches Miteinander, eine verantwortungsvolle Koexistenz, die zwar Kritik zulässt, aber immer von Respekt für den anderen getragen wird. Wenn wir es ernst meinen mit der wertebasierten Gemeinschaft liberaler Demokratien und ihren Grundprinzipien der Souveränität, des Rechtsstaats, der freien Meinungsäußerung und Entfaltung von Menschen, genauso wie der sozialen Marktwirtschaft, dann müssen wir an der Seite unserer Partner und Alliierten stehen – nicht nur an der Seitenlinie oder in sicherer Deckung. Wir müssen uns in mancher Situation einen Schritt voraus wagen und die Richtung weisen, auf Basis unserer festen gemeinsamen Überzeugung.

Deutschland muss das vorhandene Potenzial nutzen und seinen Beitrag für die Sicherheit Europas leisten – für uns und unsere Partner und Freunde diesseits und jenseits des Atlantiks, politisch und militärisch, aber auch wirtschaftlich und technologisch. Investitionen sind hier eines der tragenden Elemente. Wir sollten unser Know-how und unsere Fähigkeiten an vielen Stellen einbringen, um Europa und damit uns selbst und unsere engsten Freunde zu stärken.

Darüber hinaus müssen wir Sicherheit ganz grundsätzlich wieder zu schätzen lernen. Dabei geht es nicht nur um individuelle Sicherheit, sondern auch um die Sicherheit unserer Gesellschaft als Ganzes: In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben zu können, in der jeder Mensch sich frei bewegen und entfalten kann. Nur ein Leben in Sicherheit kann Nachhaltigkeit hervorbringen. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten. Dieses Sonderheft und seine Beiträge sollen die Verzahnung der beiden Aspekte und eine Wertschätzung von Sicherheit im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte voranbringen.

Gelebte unternehmerische Verantwortung für Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit am Beispiel von Airbus

Dr. Michael Schöllhorn, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI e.V.), Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI e.V.) und Chief Executive Officer von Airbus Defence and Space



Dr. Michael Schöllhorn

Foto: AIRBUS

Es ist an Tragik kaum zu überbieten, dass uns erst ein Krieg in Europa die Bedeutung europäischer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie vor Augen führt. Die notwendige militärische Ausrüstung unserer Streitkräfte war viel zu lange ein Thema für nicht-öffentliche Expertenrunden oder Fachkreise. Das Thema Verteidigung wurde gesellschaftlich ausgeblendet. Mehr noch: Es gab zunehmend Bemühungen, unseren Industriezweig wirtschaftlich unattraktiv zu machen.

Die schwedische SEB-Bank zum Beispiel verabschiedete vor etwa einem Jahr eine neue Nachhaltigkeitspolitik, die sämtliche Rüstungsaktien aus ihren Fonds ausschloss. Nun hat die skandinavische Bankengruppe jedoch eine Kehrtwende vollzogen. Seit April dürfen sechs Fonds wieder in den Verteidigungssektor investieren.

Die Bank, eine der größten in Nordeuropa, war nicht die einzige, die Rüstungsunternehmen mied. Seit Jahren zogen sich Investoren und Finanzinstitute aus dem Verteidigungssektor zurück, weil sie befürchteten, durch die Kontroverse um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Verruf zu geraten. Der Exodus hatte sich beschleunigt, als der Druck auf Banken und Fondsmanager zunahm, sich an strenge Richtlinien zu halten. Umwelt-, Sozial- und Governance-Fragen (ESG) zu halten.

Jener Trend war besonders in Europa zu beobachten. Bei Thales hat sich der Anteil der von europäischen Investoren (außerhalb Frankreichs) gehaltenen Aktien seit 2016 halbiert.

Im Januar dieses Jahres gab Rheinmetall bekannt, dass die BayernLB und die LBBW, beschlossen hatten, ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Hersteller von gepanzerten Fahrzeugen zu beenden. Vor allem mittelständische Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sahen sich zunehmend konfrontiert mit Schwierigkeiten bei Finanzierungsvorhaben, Versicherungsfragen, Kunden und zivilen Lieferketten aufgrund dortiger Selbstbeschränkungen. Oder ein sehr konkretes Beispiel aus dem Hause Airbus Defence and Space: Unsere Wartungs- und Reparaturarbeiten zur Erhaltung der Flugfähigkeit des Transportflugzeugs A400M wurden ausgerechnet zu Zeiten der Kabuler Rettungs- und Evakuierungsoperation dadurch unterlaufen, dass ein deutsches Logistikunternehmen aus „ethisch-moralischen“ Gründen den Transport von dringend benötigten Ersatzteilen verweigerte.

Die Zeitenwende – auch für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Und heute? Die faktische und zynische Realität des Krieges in der Ukraine erinnert uns daran, dass die Debatte zu ESG eine gleichermaßen wichtige wie komplizierte ist. Sie ist fundamental für die Sicherheit und Freiheit der Bürger der Europäischen Union, und sie hätte von Anfang an für Anerkennung und, ja, Wertschätzung für unsere Bundeswehr und damit konsequenterweise auch für die heimische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sorgen müssen. Denn wie kann Europa sein Ziel der strategischen Autonomie ohne sie erreichen?

Für Airbus ist das Streben nach Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit fundamentaler Bestandteil unserer DNA. Dies gilt auch und vor allem für unseren Verteidigungsbereich. Wir wollen mit unseren Produkten den Kunden- bzw. Partnernationen helfen, zuvorderst ihre Bürger, aber auch die Werte und deren Infrastruktur zu schützen. Genau dieses Sicherheitsversprechen ist die unabdingbare Voraussetzung für Frieden, Rechtsstaatlichkeit, politische Stabilität, Demokratie, aber auch für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt, für die Geltung von Menschenrechten, für wirtschaftliche Prosperität und für wissenschaftlichen Fortschritt; kurzum für alle Werte unserer westlichen Gesellschaften.

Dass diese auch im 21. Jahrhundert letztlich nur durch Stärke – nicht zuletzt militärischer Art – sowie durch gesellschaftliche Verteidigungsbereitschaft und Resilienz ge-

sichert werden können, ist uns durch den verbrecherischen Angriffskrieg in der Ukraine auf tragische Weise vor Augen geführt worden. Anders ausgedrückt: Diplomatie als bevorzugte Form der Konfliktbewältigung hat nur dann eine Chance, wenn sie von hinreichendem, militärischen Potenzial hinterlegt ist.

Sicherheit verstehen wir umfassend

Unsere Kampfflugzeuge, militärischen Satelliten, Hubschrauber und Transportflugzeuge ermöglichen es unseren Kunden, ihren Luftraum gegen Aggression von außen zu schützen. Zugleich verfügen sie hiermit über Fähigkeiten, mit Naturkatastrophen umzugehen sowie sichere Satellitenkommunikations- und Cyberabwehr-Lösungen. Unsere Verteidigungsaktivitäten verstehen wir auch als Beitrag zur diplomatischen Konfliktlösung und zu einem multilateralen Ansatz in den internationalen Beziehungen. Indem wir EU- und NATO-Mitgliedsländer mit modernen militärischen Systemen ausstatten, stärken wir deren diplomatischen Einfluss und ihre Glaubwürdigkeit auf dem globalen Parkett sowie deren Bedeutung innerhalb der NATO, den Vereinten Nationen oder anderen Institutionen.

Sicherheit verstehen wir in einem sehr umfassenden Sinne als unsere Mission: Wir versorgen unsere Kunden mit global verfügbarer Sicherheitstechnologie zur Herstellung von „Situational Awareness“, von verlässlicher „Connectivity“ und „Intelligence“, um auf der Basis hoch gesicherter Daten, Mensch und Technik so miteinander zu verbinden, dass sich der Zugang zu einem überlegenen Daten- und Lagebild eröffnet. Hierbei sehen wir insbesondere auch die Bereitstellung von Cybersicherheit als Teil unseres Lastenheftes.

Was bedeutet Nachhaltigkeit für Airbus?

Nachhaltigkeit bedeutet für Airbus, die Welt auf sichere, ethische sowie sozial- und umweltverträgliche Art und Weise zu vereinen und zu schützen. Wir verfügen über eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, die auf vier Kernverpflichtungen aufbaut:

1. Die Dekarbonisierung des Fliegens,
2. Die Achtung von Menschenrechten und die Förderung von Integration und Inklusion,
3. Der Schutz unserer Mitarbeiter, Lieferanten, Gemeinden, Kunden und Vermögenswerte vor Gesundheits- und Sicherheitsrisiken, die sich aus unserer Geschäftstätigkeit ergeben,
4. Die Anpassung unserer Geschäftstätigkeit an die höchsten Ethik- und Compliance-Standards.

Doch damit nicht genug – mit unseren Technologien und Kompetenzen erforschen und erproben wir bereits heute Lösungen, die dabei helfen können, ökologische Krisen und soziale Konflikte von morgen zu vermeiden.

Das unabdingbare Bekenntnis zu Nachhaltigkeit bestimmt, wie wir unsere Geschäfte führen und unsere Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein erfolgreiches Unternehmen auch immer ein verantwortungsvoll handelndes Unternehmen sein muss. Integrität im Geschäftsleben und die Einhaltung höchster Ethik- und Compliance-Standards sind nicht verhandelbar. Dabei wollen wir über die Einhaltung von Gesetzen oder Mindeststandards hinausgehen. Wir werden Airbus weiterhin als vertrauenswürdigen und zuverlässigen Partner positionieren. Wir erweitern unsere Verpflichtungen, Richtlinien und Standards, um unsere Geschäfte auf die verantwortungsvollste Art und Weise zu führen – und werden darauf bestehen, dass diejenigen, die mit uns zusammenarbeiten, dasselbe tun.

Abschließend ist zu klären, wie wir unternehmerisches Nachhaltigkeitshandeln, die Produktion von Rüstungsgütern, innere und äußere Sicherheit, Sozialtaxonomie sowie Fragen zu Krieg und Frieden miteinander verbinden können: Mit der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden schaffen unsere Sicherheitsorgane eine unverzichtbare Grundlage für nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Sicherheit, Verteidigung und eine gesetzeskonforme Rüstung stehen damit nicht im Gegensatz zum Nachhaltigkeitsziel, sondern schaffen vielmehr die Voraussetzung für Nachhaltigkeit, Freiheit und Sicherheit. Die hiesige militärische Luft- und Raumfahrtindustrie darf aus dem ESG-Dreiklang niemals ausgegrenzt, sondern muss zu einem integralen Bestandteil dessen werden.

Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit als gemeinsame Prämissen unternehmerischen Handelns

Susanne Wiegand, Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Vorsitzende der Geschäftsführung der RENK Group



Susanne Wiegand

Foto: Renk GmbH

„There can be no sustainable development without peace and no peace without sustainable development“ – Dieser Schlüsselsatz aus der Präambel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bildet den Ausgangspunkt für unsere Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte über die Relation von Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit.

Auch meine Sicht auf dieses Verhältnis spiegelt das Zitat der Vereinten Nationen wider. Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit bedingen sich gegenseitig – dies sollte unser Grundverständnis für eine gesellschaftspolitische Debatte, aber auch immer für unser unternehmerisches Handeln sein.

Drei entscheidende Fragen

Als CEO der RENK Group, eines Anbieters innovativer, komplexer Antriebslösungen und Zulieferers in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, begleiten mich hier strenggenommen immer wieder drei Fragen: Welchen industriellen Beitrag können wir als Unternehmen leisten, um die Bundeswehr und die Streitkräfte unserer NATO- und EU-Partner so auszurüsten, dass sie die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten können? Welchen industriellen Beitrag können wir als Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit leisten – insbesondere mit Blick auf Forschung und die Entwick-

lung alternativer Antriebstechnologien? Wie schaffen wir es, dass wir uns als Unternehmen selbst nachhaltig weiterentwickeln und wachsen?

Veränderte Sicherheitslage in Europa

Der Angriff Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt für uns alle – in Deutschland und in ganz Europa – eine Zeitenwende dar. Unsere Sicherheitslage hat sich über Nacht grundlegend verändert. Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger an den Staat, seine Schutzfunktion zu erfüllen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, ist immens gestiegen. Uns selbst von außen so unmittelbar bedroht zu fühlen, dieser Zustand ist in Deutschland bis zu diesem Tag überwiegend in Vergessenheit geraten. Die Bundeswehr, ihre Ausrüstung und ihre Fähigkeiten stehen von einem Moment auf den anderen wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 scheint das Ziel, die Bundeswehr wieder voll auszustatten und zur Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen, nun breiter Konsens zu sein.

Wir sind uns alle darüber im Klaren: Das Erreichen dieses Ziels wird uns vor große politische, militärische und industrielle Herausforderungen stellen. Um es mit den Worten von Olaf Scholz zu sagen: „Hierfür wird eine große nationale Kraftanstrengung notwendig sein.“ Vor diesem Hintergrund ist es enorm wichtig, dass Politik, Bundeswehr und Industrie nun abgestimmt handeln und an einem Strang ziehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns alle unserer großen Verantwortung bewusst sind, die aus dieser Politik der Zeitenwende resultiert.

Mit Blick auf die aktuelle Situation in der Ukraine müssen wir sofort handeln. Das Bundesministerium der Verteidigung hat der Industrie konkrete Handlungslinien zur Unterstützung der Ukraine und zur gleichzeitigen Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufgegeben. Wir als RENK können und werden hier unseren Beitrag für die Fahrzeuge des Heeres und die Schiffe der Marine leisten, die sich auf Produkte aus unserem Hause verlassen. Wir haben unmittelbar nach dem 24. Februar begonnen, unsere Auftrags- und Personalplanung den neuen Herausforderungen anzupassen. Jetzt sind Politik und Bundeswehr am Zug, die notwendige Priorisierung vorzunehmen und die Umsetzung in die Wege zu leiten.

International haben wir in den vergangenen Jahren nicht im luftleeren Raum agiert. Wir haben langjährige Kundenbezie-

hungen mit unseren NATO- und EU-Partnern, die wir auch in Zukunft im Sinne der deutschen Bündnisfähigkeit aufrechterhalten müssen. Die internationale Vernetzung Deutschlands, sowohl der Streitkräfte wie der Industrie, muss handlungsleitend in allen Diskussionen über Planungen, Bedarfe und Lieferketten sein.

Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Verteidigungsindustrie – in Partnerschaft

Langfristig gesehen plädiere ich dafür, die Zeitenwende zum Anlass zu nehmen, das Verhältnis von Staat und Verteidigungsindustrie grundlegend sowie ganzheitlich zu diskutieren und in Partnerschaft neu zu ordnen. Wir müssen uns als Gesellschaft bewusst machen, dass die nationale Verteidigungsindustrie einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, Sicherheit und Wohlstand für Deutschland und Europa zu gewährleisten. Dies schaffen wir nur über den gemeinsamen Dialog und gegenseitiges Verständnis.

Aus meiner Sicht haben wir aber in der Vergangenheit viel zu oft über Einzelthemen diskutiert und gestritten. Vielmehr brauchen wir – neben dem breiten Konsens über die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung – eine Einigung darüber, welche Ausrüstung und Systeme wir unseren Streitkräften hierfür an die Hand geben möchten und wie wir diese entwickeln und produzieren wollen. Wir müssen darüber sprechen, welche Rolle die Verteidigungsindustrie in Deutschland in Zukunft spielen soll. In diesem Kontext stellen sich Fragen zu europäischen Kooperationen, G2G-Vereinbarungen, zur Ausrüstung unserer Verbündeten und dem Erhalt nationaler, industrieller Fähigkeiten und

Schlüsseltechnologien. Auch die Debatte über die Genehmigung von Rüstungsexporten und deren Regelung durch die Bundesregierung sollte in einem solchen Rahmen geführt werden.

Die Arbeit der Verteidigungsindustrie ist von langfristigen Zyklen geprägt, die sich größtenteils über Jahrzehnte hinziehen. Deshalb wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, wenn das Bundesverteidigungsministerium die aktuellen Handlungslinien zu der Unterstützung der Ukraine, der Erhöhung der Einsatzbereitschaft sowie der Rückkehr zur Vollausrüstung der Bundeswehr um eine weitere Handlungslinie ergänzen würde, die die Bereiche Innovation, Forschung und Entwicklung umfasst. Wir müssen heute die Grundlagen für die Ausrüstung der Streitkräfte von morgen schaffen, auch um in Entwicklung und Produktion schneller, strukturierter und ressourcenschonender zu werden.

Technologische Innovation als Motor für nachhaltige Entwicklung

So wie wir als Unternehmen unseren Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten wollen, so streben wir dies auch im Bereich der nachhaltigen Entwicklung an. Unsere langjährigen Erfahrungen in der Getriebetechnik, unsere Trieb- und Fahrwerkskompetenz sowie unsere Elektrifizierungsexpertise setzen wir beispielsweise bei der Entwicklung von hybriden Antrieben ein. Auch im Bereich Digitalisierung sehen wir ein überaus großes Potential, um nachhaltiger zu werden. Wir arbeiten daran, Schulungen und Reparaturen „remote“ durchzuführen, um auf diese Weise unter anderem schnellere und umweltfreundlichere Instandsetzungen durchführen zu können.

Mit dem RENK AED (Advanced Electric Drive) haben wir ein elektrisches Antriebskonzept entwickelt, welches eine Alternative für Marineschiffe, aber beispielsweise auch für Forschungsschiffe darstellt. Hieran wird ein wichtiger Punkt deutlich, der unbedingt mehr Beachtung finden muss: Sicherheitsforschung und zivile Forschung bereichern sich gegenseitig. Gerade mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung müssen Synergien forciert und verstärkt gefördert werden. Als ein Unternehmen mit sowohl militärischer als auch ziviler Sparte, finden sich bei uns häufig Entwicklungen aus dem jeweils anderen Bereich wieder. Die Europäische Kommission hat im Februar die Bedeutung dieser Synergien in ihren Initiativen zur Sicherheit und Verteidigung gerade noch einmal hervorgehoben.

Nachhaltiges Wachstum als unternehmerische Verantwortung

Auch an uns als Unternehmen selbst haben wir den Anspruch, nachhaltig zu wachsen. RENK versteht sich als internationaler Technologieführer im Bereich Mobilität, ist aber auch ein traditioneller Maschinenbauer mit einer bald 150-jährigen Un-

ternehmensgeschichte. Meine Aufgabe als CEO ist es, unsere Unternehmenstradition nicht nur zu erhalten, sondern verantwortungsvoll und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Auch dies verstehe ich unter nachhaltiger Entwicklung. Wenn wir heute nicht nachhaltig denken und handeln, kann es in Zukunft kein langfristiges Wachstum geben – auch nicht für unser Unternehmen.

Viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seit Jahrzehnten bei uns beschäftigt. Wir legen großen Wert auf die Ausbildung unseres Nachwuchses, den wir ebenso fest an unser Unternehmen binden wollen. Gegenüber unserer Belegschaft tragen wir deshalb eine besondere Verantwortung, die sich wiederum in unserer nachhaltigen Unterneh-

mensstrategie widerspiegelt. Gerade die bereits beschriebenen langfristigen Zyklen in der Verteidigungsindustrie wären ohne das langjährige Knowhow unserer Belegschaft nicht aufrechtzuerhalten.

Der Angriff Putins auf die Ukraine hat uns in den letzten Wochen wieder schmerzhaft vor Augen geführt, dass Frieden und Sicherheit die Voraussetzung für jegliche Entwicklung sind. Gleichzeitig führen der Klimawandel und die daraus resultierenden Naturkatastrophen dazu, dass weltweit immer mehr Menschen nicht in Sicherheit leben können. Umso bedeutender ist es, dass sowohl das Streben nach Frieden und Sicherheit als auch eine nachhaltige Entwicklung die Prämissen unseres unternehmerischen Handelns sind.

Erklärfilm „Rüstungsexporte“

Der Genehmigungsprozess von Rüstungsexporten – Wie funktioniert das eigentlich? Die komplette Entscheidungshoheit in jedem Einzelfall liegt bei der jeweils amtierenden Bundesregierung, dabei spielen sehr viele außen- und sicherheitspolitische Erwägungen sowie menschenrechtliche Aspekte eine herausragende Rolle.

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



BSC Berlin Security Conference
21st Congress on European Security and Defence

SAVE THE DATE



Berlin Security Conference 2022
30 November – 1 December 2022, Vienna House Andel's Berlin

Weitere Informationen: www.euro-defence.eu

Europe and NATO – Directions for Actions

- Erste große Sicherheitskonferenz in Präsenz in Deutschland seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine
- Partner in 2022: Norwegen unter Beteiligung der Außenministerin und des Verteidigungsministers
- Analysiert die Entwicklung der europäischen, sicherheitspolitischen und militärischen Fähigkeiten und Beschaffung, eingebettet in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Kontext von EU, NATO und OSZE unter besonderer Berücksichtigung des Krieges in der Ukraine
- Internationales Forum für Abgeordnete, Politiker und Angehörige der Streitkräfte, der Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und der Industrie
- Nationale und internationale Aussteller
- Veranstaltet vom **Behörden Spiegel** – Deutschlands führender unabhängiger Zeitung für den Öffentlichen Dienst

Der wehrtechnische Mittelstand als Eckpfeiler gesellschaftlicher Nachhaltigkeit

Andreas Sedlmayr, Mittelstandsbeauftragter des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV e.V.) und Geschäftsführender Gesellschafter der AUTOFLUG Unternehmensgruppe



Andreas Sedlmayr

Foto: privat/Autoflug

dies allein durch die über viele Jahre sorgsam aufgebaute und in völkerrechtlichen Verträgen verankerte europäische Friedensordnung geschehen. Schon die Annexion der Krim im Jahr 2014, erst recht aber der russische Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 haben uns jedoch auch in Bezug auf das 21. Jahrhundert auf schmerzliche Weise eine gänzlich andere Situation vor Augen geführt: Trotz aller diplomatischer Bemühungen und trotz aller Appelle bedarf es vor allem auch militärischer Stärke jedes einzelnen Landes innerhalb der NATO, um gemeinsam im Bündnis eine Abschreckungskapazität zu erzeugen, die hoffentlich geeignet ist, auch noch so verwegene Aggressionsgelüste zu unterbinden. Dazu wiederum braucht es jederzeit leistungsbereite und einsatzfähige Streitkräfte mit entsprechend motivierten Soldatinnen und Soldaten, vor allem aber auch einer absolut tauglichen Ausrüstung, für die wiederum entsprechende industrielle Kapazitäten vorhanden sein müssen.

Industrielle Ausrüstungskompetenz gefragt

Eine hochmoderne Ausrüstung unserer Streitkräfte – und namentlich der Bundeswehr – ist aus zwei Gründen mehr als geboten: Zum einen gebietet es der Respekt vor der Aufgabe von Soldatinnen und Soldaten, sie jeweils so auszustatten, dass sie ihre Aufgabe zur Abwehr von Aggression unter gleichzeitigem maximalem Eigenschutz absolvieren können; zum anderen muss die Ausrüstung sie vor allem auch in die Lage versetzen, einem möglichen Aggressor innerhalb des Bündnisses eine jederzeit überlegene Verteidigungskapazität entgegenstellen zu können, da ansonsten der Kampf aus einer systemisch unterlegenen Position von vorneherein unzumutbar erscheinen müsste. Ausrüstung ist also neben der Motivation und Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten das entscheidende Element, um Verteidigungsfähigkeit sicherstellen zu können.

Angesichts dieser Bedeutung kann auch hier der Gesichtspunkt der Souveränität, d.h. der im Ernstfall gegebenen Verfügungsmacht über industrielle Ausrüstungs-Kompetenz, nicht hoch genug eingeschätzt werden. In Deutschland sind wir in vielen Bereichen in der glücklichen Lage, diese Kompetenz in Gestalt vielfältiger, insbesondere auch mittelständischer Spitzenfähigkeiten, aber auch leistungsstarker Systemhäuser, zu besitzen. Wir hatten begonnen, uns basierend auf den Strategiepapieren der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie aus den Jahren 2015 und 2020 über den strategischen Stellenwert unserer industriellen Kompetenzen

Gedanken zur Weiterentwicklung dieser zu machen; wir müssen aber unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges nochmals anspruchsvoll überprüfen, ob die bisherigen Strategien und Anstrengungen tatsächlich ausreichen.

Hierbei muss auf die Pflege und Erhaltung der mittelständischen wehrtechnischen Kompetenzen ganz besonderer Wert gelegt werden. Diese Kompetenzen sind in mehrfacher Hinsicht essentiell: Zum einen spielen mittelständische Lieferanten eine vitale und unverzichtbare Rolle bei der alltäglichen Ausstattung der Bundeswehr mit Ausrüstungsmitteln des laufenden Betriebes; zum anderen sind mittelständische Zulieferer mit Ihrer Innovationskraft und Flexibilität elementarer Bestandteil vieler Lieferketten auch für wehrtechnische Großprogramme unter Führung namhafter deutscher Systemhäuser, die nur mittels dieser nationalen Lieferketten zuverlässig gewährleisten können, dass auch im Krisenfall die lückenlose und überlegene Ausstattung der Bundeswehr gesichert werden kann.

Unterstützung der mittelständischen wehrtechnischen Industrie erforderlich

Wir müssen uns nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine leider angewöhnen, unseren Schutz und unsere Verteidigungsfähigkeit vom Ernstfall her zu denken. Dies bedeutet, dass wir auf unsere nationale Verfügungsmacht und Resilienz deutlich

höheren Wert legen müssen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dabei muss das Augenmerk vor allem auch auf die Erhaltung und Pflege des mittelständischen Rückgrats wehrtechnischer Kompetenz gerichtet sein. Pflege bedeutet, mit dieser Kompetenz pfleglich umzugehen. Dies wiederum heißt, sie bei entsprechenden Ausschreibungen, die nach Art. 346 AEUV eine nationale Vergabe zulassen bzw. sogar erzwingen, diese Kompetenz vorrangig zu berücksichtigen. Es heißt aber auch, seitens der Bundesregierung und der EU-Kommission dafür zu sorgen, dass ihr Beitrag zur Nachhaltigkeit in der allgemeinen gesellschaftlichen Wahrnehmung positiv gesehen wird. Es muss dem verbreiteten Trend entgegengewirkt werden, wonach Banken und Versicherungen ihren eigenen „Reim“ auf Nachhaltigkeit in der Weise machen, dass sie Unternehmen der Wehrtechnik, also Lieferanten der Bundeswehr, den Zugang zu ihren Bankdienstleistungen versperren, wie dies in den letzten Jahren zunehmend auch im deutschen Bankensektor Mode geworden ist.

Hier bedarf es klarer staatlicher Signale, dass genau diese Industrie es ist, die uns jetzt dazu verhilft, mittels der gestiegenen Verteidigungs- und Rüstungsausgaben schon bald über eine gut ausgestattete Bundeswehr zu verfügen, deren Soldatinnen und Soldaten bestmöglich gerüstet ihre wichtige Aufgabe innerhalb des westlichen Bündnisses guten Gewissens und mit Erfolg erfüllen können.

Dass Sicherheit und Frieden für Menschen überall auf der Welt die Voraussetzung dafür sind, dass sie ein menschenwürdiges Leben führen können und dabei ihre Lebensgrundlagen sinnvoll entwickeln, bewahren und – wenn es gut geht – auch für kommende Generationen erhalten können, zeigt sich gerade auf tragische Weise an der Situation der Bevölkerung in der Ukraine, die völlig unverschuldet einem aggressiven Angriff von außen ausgesetzt wurde.

Mit dem Verlust von Sicherheit und Frieden gingen auch die Aussichten auf ein menschenwürdiges und vor allem nachhaltig zu gestaltendes Leben verloren. Dieser Verlust bezieht sich sowohl auf die Bewahrung einer intakten Umwelt wie auch auf die Erhaltung sozialer Nachhaltigkeits-Werte, wie den Zugang der vom Krieg betroffenen Menschen zu Nahrung, Wasser und allen anderen Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens, wie sie u. a. in Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufgeführt werden. Insofern hat es seinen guten Sinn, dass ganz oben in Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Recht jedes Menschen auf „Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ postuliert wird. Sind Leben, Freiheit und Sicherheit der Person elementar gefährdet, so können auch alle anderen Nachhaltigkeitswerte nicht garantiert werden.

Was aber gewährleistet die persönliche Sicherheit und das friedliche Zusammenleben von Menschen? Für uns Mitteleuropäer schien es über die letzten Jahrzehnte so, als könne



Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.



„Mit Sicherheit sicher leben“

Der BDSV e.V. ist die Interessenvertretung der deutschen **Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI)**. Unsere Mitgliedsunternehmen verstehen sich in erster Linie als hochqualifizierte Ausrüster und Partner der Bundeswehr sowie der **Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben** der Bundesrepublik Deutschland. In einer immer unsicheren Welt liefern unsere Unternehmen sichere Lösungen und Systeme.

www.bdsv.eu



Eine neue DIGITALE NACHHALTIGKEIT erreichen und gestalten

Thorsten Ecke, Industrieseitiger Leiter (für BDSV, bitkom und BDLI) des Gesprächskreises „Cyber, IT“ mit dem BMVg, Managing Director der INFODAS GmbH



Thorsten Ecke

Foto: INFODAS

Die politisch-gesellschaftliche Debatte über Frieden und Freiheit in Verbindung mit Nachhaltigkeit hat spätestens mit dem Russisch-Ukrainischer Krieg die breite Öffentlichkeit erreicht. Der wichtige Begriff der Nachhaltigkeit hat dabei, unabhängig von möglichen ESG-Regulationen, für viele politische und wirtschaftliche Bereiche einen neuen Anstrich erhalten.

Gemeint ist oftmals die Erhöhung der Resilienz unseres Landes. Sei es die Absicherung unseres Energiebedarfes oder die Versorgung der Bevölkerung mit Dingen des täglichen Bedarfes.

Als Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und insbesondere als industrieseitiger Leiter des Gesprächskreises 4 „Innovation Cyber/IT“ (GK 4) im Rahmen des strategischen Industriedialogs gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) war und ist mir das Thema der Nachhaltigkeit stets präsent. Die Industrie ist in der Zusammenarbeit mit der behördlichen Seite schon lange davon betroffen und trägt dabei ihren Anteil verantwortlich und gern bei. Genannt seien hier beispielhaft das Lieferkettengesetz und die IT-Sicherheitsgesetze.

Der Weg zur DIGITALEN NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit besitzt gemeinhin das Ziel, langfristiges Denken und Handeln in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie so zu verbinden, dass die Lebensgrundlagen

zukünftiger Generationen dauerhaft erhalten bleiben. Wenn wir uns diesem Ziel verschreiben, benötigen wir in der modernen Welt ebenso eine neue DIGITALE NACHHALTIGKEIT. Denn längst sind digitale Dienste und die zugehörigen Infrastrukturen elementare Grundlagen unseres Lebens und der Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft und Staates geworden. Die DIGITALE NACHHALTIGKEIT müsste dann beschreiben, wie eine solide, sichere und interoperable digitale Infrastruktur erreicht werden kann, um damit verbindliche und beständige Grundlagen für künftige Generationen zu legen.

Gerade in unserer Branche ist es besonders wichtig, den Begriff der DIGITALEN NACHHALTIGKEIT in all seinen Facetten, und insbesondere im Kontext der Vertrauenswürdigkeit, sicherer Lieferketten, Security-by-Design sowie Digitaler Souveränität zu beleuchten.

Verfügbarkeit von vertrauenswürdiger IT

Grundsätzlich kann sich Vertrauenswürdigkeit in der IT in drei Kriterien ausdrücken.

- **Im Produkt,**
d. h. es tut nur das, was es soll und nicht mehr. Nachgewiesen durch umfassende (BSI-)Zulassungen oder (Common Criteria-)Zertifizierungen sowie mittels umfangreicher technischer Prüfungen gemäß allgemein anerkannter Sicherheitskriterien.
- **Innerhalb der Lieferketten,**
d. h. es ist nur das verbaut, was verbaut sein muss und nicht mehr. Sichere, zuverlässige Lieferketten sind unerlässliche Schlüsselfähigkeiten, um vertrauenswürdige IT herstellen und über den Lebenszyklus hinweg aufrechterhalten zu können.
- **In der Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens selbst,**
d. h. das Unternehmen hat sich ausreichend Vertrauen erarbeitet, ggf. durch Erfüllung von ISO-Standards, BSI-Zertifizierung oder als geheimhaltungsbetreutes Unternehmen.

Durch die Arbeit der gemeinsam mit dem BMVg besetzten Expertenkreise im GK 4, konnten wir schon zwei dieser Elemente bearbeiten und in Form von Ideenpapieren beschreiben. Das erste beschäftigt sich mit der „Vertrauenswürdigen IT der Bundeswehr“ und das zweite greift darauf aufbauend das Thema der „sicheren Lieferketten“ auf.

Aufgrund der Aktualität möchte ich betonen, dass die Schlüsselfähigkeit zur Etablierung und Aufrechterhaltung

sicherer und nachhaltiger Lieferketten im Rahmen unserer nationalen Anstrengungen, analog zu den nationalen Schlüsseltechnologien, seine angemessene Berücksichtigung, neben der Bündnis-Sichtweise, finden sollte. Es kommt zukünftig darauf an, die Herausforderungen bzgl. der ausreichenden Verfügbarkeit von vertrauenswürdiger IT zur Sicherstellung der DIGITALEN NACHHALTIGKEIT mit der notwendigen Qualität und Flexibilität, aber auch wirtschaftlich, zu gewährleisten.

Dass auch die Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, sieht man unter anderem am Koalitionsvertrag unserer aktuellen Regierung. Etwa, wenn davon gesprochen wird, nur noch vertrauenswürdige Unternehmen beim Ausbau kritischer Infrastrukturen zu beteiligen oder auch die digitale Verwaltung vertrauenswürdig aufzubauen.

Hierfür gilt es also, ein gemeinsames Ökosystem aufzubauen, welches erlaubt, dass Hersteller, Dienstleister und Nutzer vertrauenswürdige IT-Systeme effizient und sicher produzieren sowie einsetzen können. Ziel muss es dabei sein, wettbewerbsfähige, vertrauenswürdige IT-Systeme im Markt so zu etablieren, dass Abhängigkeiten deutlich reduziert werden können.

Aufbau eines modularen Ökosystems

Für das Funktionieren des Ökosystems wäre es aber die unbedingte Voraussetzung, die Komplexität eines digitalen Gesamtsystems durch einen modularen Aufbau beherrschbar zu machen und die Sicherheitseigenschaften der formal verifizierten Basiskomponenten zu erlangen und zu erhalten. Dies ist durch strikte Überwachung der Wechselwirkungen aller Komponenten untereinander und mit externen Systemen möglich.

Diese „systemabgestimmte Vertrauenswürdigkeit“, zusätzlich verbunden mit einer weiteren Facette der digitalen Nachhaltigkeit, dem Security-by-Design-Ansatz, erbringt aber immer nur dann einen hohen Nachhaltigkeitsfaktor, wenn sie bereits im Vorfeld der Einflechtung neuer Technologien in bestehende Systemlandschaften beachtet wurden. Zusammen mit einem Management des Restrisikos hätten so aufgebaute, vertrauenswürdige IT-Systeme ein belegbar geringes und beherrschbares Risiko für nicht mit der Spezifikation konforme Funktionalitäten.

Im Falle der Digitalen Souveränität muss Deutschland angesichts der hohen Innovationsdynamik Kriterien zur Identifikation digitaler Schlüsseltechnologien entwickeln, um Schwerpunkte bilden zu können. Gerade die Organisationen der Sicherheitsarchitektur unseres Landes – maßgeblich auch unsere Streitkräfte – müssen hier in unserem Interesse souverän agieren können. Dazu müssen redundante Systeme, die vertraulich, resilient und durchhaltefähig sind, verfügbar sein.

Es ist unerlässlich für die Bundeswehr, mit dem Stand der Technik zu gehen, um den Anforderungen der Zukunft adäquat entgegen zu können. Die Notwendigkeit dessen und der bestehende Nachholbedarf hat nicht zuletzt der Konflikt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aufgezeigt. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die „klassische Rüstungsindustrie“ und die Informationstechnologie in zunehmendem Maß zusammenwachsen – Stichwort: Digitale Konvergenz. Es entstehen neue Technologieansätze und daraus resultieren völlig neue Möglichkeiten zur Verbesserung der im Rahmen von Sicherheit und Verteidigung genutzten Produkte und Dienstleistungen. Somit ist die DIGITALE NACHHALTIGKEIT in allen Rüstungsvorhaben von Bedeutung.

Fazit

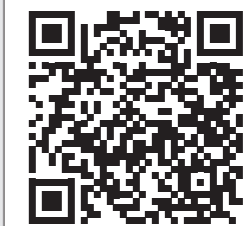
Die Unternehmen der IT-, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie leisten ihren Beitrag für eine sichere DIGITALE NACHHALTIGKEIT. Dies können sie aber nur, wenn sie in Gänze ihren unternehmerischen Tätigkeiten nachgehen können. Eine mögliche ESG-Regulation im bisher angedachten Sinn würde diese zumindest erschweren, wenn nicht sogar einschränken.

Die INFODAS GmbH hat sich immer als Partner der Bundeswehr verstanden. Das wollen wir auch in Zukunft bleiben. Deutschland und die Bundeswehr brauchen eine starke Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Gerade um Nachhaltigkeit, in unserem Falle im Digitalen, erreichen und gestalten zu können.

Lieferkettensorgfaltspflichten-Gesetz

Die Achtung von Menschenrechten in globalen Lieferketten ist für die deutsche Wirtschaft selbstverständlich. Deutsche Unternehmen tragen mit ihrem Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern zu höheren Sozial- und Umweltstandards, besserer Bildung und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Sie sind deshalb als Arbeitgeber, Auftraggeber, Kunden und Investoren weltweit geschätzt.

Ausführliche Informationen finden Sie hier:



Sicherheit ist und bleibt die „Mutter“ aller Nachhaltigkeit!

Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV e.V.)



Dr. Hans Christoph Atzpodien

Foto: BDSV e.V.

Die durch die russische Invasion der Ukraine ausgelösten menschlichen Tragödien haben sich tief in unser individuelles und kollektives Bewusstsein eingegraben. Menschen in Europa, die gelebt haben wie wir, wurden über Nacht aus diesem Leben herausgerissen. In ihrem Umfeld verloren Sie alles, was menschliches Leben überhaupt möglich macht: Wasser, Strom, Heizung, Wohnung, Nahrung, zuletzt auch ihr nacktes Leben.

Die elementaren Werte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bezeichnet werden, gehen mit dem Verlust von Sicherheit und Frieden schlagartig verloren. In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag unmittelbar nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine bezeichnete Bundeskanzler Scholz dieses Ereignis als eine „Zeitenwende“ in der Geschichte unseres Kontinents. Wir hatten angesichts unseres jahrzehntelangen Friedens in Zentral-Europa nur zu gerne verdrängt, dass dieser Frieden nicht selbstverständlich ist.

Stattdessen haben wir geradezu selbstverständlich unser Augenmerk auf „postmaterialistische“ Themen wie die verschiedenen Aspekte eines nachhaltigen Lebens gerichtet, ohne dabei unsere Sicherheit und unseren Frieden als unabdingbare Voraussetzungen von Nachhaltigkeit im Auge zu behalten.

Im Gegenteil: Wir waren uns der Stabilität von Sicherheit und Frieden in Europa derart sicher, dass wir friedenser-

haltende Werte im Zuge der Anfang 2021 neu aufgelegten „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ lediglich als Export-Artikel gesehen haben, die wir aus der Selbstgewissheit unserer Komfortzone getrost in andere Teile der Welt bringen können, damit auch diese unserer Werte teilhaftig werden. Ein schöner Traum, der schon beim Rückzug aus Afghanistan, spätestens jedoch beim Einmarsch Russlands in die Ukraine durch einen harten Weckruf zu Ende gegangen ist.

Ohne Sicherheit keine Nachhaltigkeit!

Können wir davon ausgehen, dass der Weckruf überall gehört worden ist? Leider nein, denn immer noch empfehlen NGO's, unter „sozialer Nachhaltigkeit“ lediglich Zielsetzungen wie den sozialen Schutz am Arbeitsplatz, Verbraucherschutz, Wahrung sozialer Rechte auf Gesundheit, gesunde Ernährung, Wohnung und Bildung, Verbesserung des Zugangs zu „sauberer“ Energie und zu Wasser zu verstehen (so der nach der Invasion vorgestellte Bericht der „EU Platform on Sustainable Finance“ zu Kriterien „sozialer Nachhaltigkeit“). Vieles daraus lehnt sich – richtigerweise – an Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an.

Nur eines finden wir nicht erwähnt: das in Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerte Recht des Menschen auf Leben, Freiheit und Sicherheit, obwohl doch der Weckruf des Ukraine-Einmarsches uns allen klar gemacht haben sollte, dass eine gefühlte Wohlfühlzone, in der es nur noch um die Optimierung des Komforts geht, nicht mehr besteht.

Die Bundesregierung hat es seither in der gebotenen Deutlichkeit ausgesprochen: Wir müssen in unsere Sicherheit investieren, um unsere Freiheit, unsere Demokratie und damit zugleich die Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen. Dies wiederum ist der eigentliche Kern von Nachhaltigkeit. Darum müssen wir uns der Tatsache stellen, dass ohne Sicherheit Nachhaltigkeit nicht zu erreichen ist! Auch für Wohlstand und Freihandel – essentielle Grundlagen unseres deutschen Wohlstands – ist Sicherheit unabdingbar.

Der Ökonom Gabriel Felbermayr postulierte dies unlängst in einem Gastbeitrag mit den Worten „Freihandel durch Abschreckung“. Bei allen genannten Aspekten geht es um die Relation von zwei wesentlichen öffentlichen Gütern – dem globalen öffentlichen Gut Nachhaltigkeit und dem eher regional fragmentierten öffentlichen Gut Sicherheit.

Unter öffentlichen Gütern versteht man – sehr vereinfacht gesprochen – solche Güter, die von einer Vielzahl an Perso-

nen konsumiert werden können, ohne dass diese sich dabei gegenseitig behindern, und von deren Konsum keine Person ausgeschlossen werden kann. Klassische, immer wieder zitierte Beispiele sind Straßenbeleuchtung, aber auch Landesverteidigung, womit wir sogleich beim Thema Sicherheit sind.

Nachhaltigkeit, im sehr grundsätzlichen Sinne verstanden als Bewahrung unserer Lebensgrundlagen für künftige Generationen (s. Brundtland-Report „Our common future“, 1987), ist ebenfalls ein öffentliches Gut, allerdings eines von globaler Dimension.

Missverständnisse ausräumen!

Über sogenannte „Global Public Goods“ ist in den letzten Jahren vermehrt geforscht und geschrieben worden. Ihre Besonderheit ist, dass es zu ihrer Gewährleistung in besonderem Maße internationaler „Governance“ bedarf. Betrachtet man Sicherheit im globalen Sinn, so gibt es auch hier eine Vielzahl von Governance-Regimen, beginnend mit den Vereinten Nationen über internationale Verteidigungsbündnisse und Vertragswerke zur internationalen Friedenssicherung. Doch nicht wenige dieser Governance-Regime haben dramatisch an Durchsetzungsfähigkeit eingebüßt.

Parallel dazu kommt es in unserem eigenen gesellschaftspolitischen Verständnis bisweilen zu scheinbaren Konflikten zwischen Nachhaltigkeit und Sicherheit. Hierbei geht es um ein in weiten Teilen Europas verbreitetes Fehlverständnis, das Militär und seine Bewaffnung in einem Gegensatz zum allge-

meinen Nachhaltigkeitsverständnis sieht oder es dahingehend positionieren möchte. Ein Beispiel dafür sind die Verbote der Forschung an militärischen oder Rüstungsthemen, wie sie immer noch an vielen deutschen Hochschulen in Kraft sind.

Weiter zu nennen ist die verbreitete Praxis von Banken und Investmentfonds, die Gegenstände im Zusammenhang mit der Ausrüstung von Streitkräften aus ihren Produktportfolios ausschließen, weil sie glauben, diese stünden in einem Gegensatz zum Positiv-Gut Nachhaltigkeit und seien ihren Kunden und Anlegern daher nicht zuzumuten.

Die Tragödie in der Ukraine sollte helfen, mit solchen Missverständnissen aufzuräumen. Schon im Jahr 2015 hat die UN-Vollversammlung bei der Verabschiedung der Resolution „Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development“ (mit den bekannten 17 Nachhaltigkeitszielen) formuliert: „We are determined to foster peaceful, just and inclusive societies which are free from fear and violence. There can be no sustainable development without peace and no peace without sustainable development.“

Allzu lange haben sich jedoch viele Menschen der Illusion hingegeben, Frieden sei ohne Waffen zu erreichen. Diesem Traum hat die Ukraine-Invasion einmal mehr die brutale Realität gegenübergestellt: Wenn wir unsere demokratisch-freie Lebensform gegen Aggression verteidigen wollen, dann brauchen unsere verfassungsmäßigen Streitkräfte dazu auch Waffen. Nur so können wir unsere Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. Sicherheit ist und bleibt also die „Mutter“ aller Nachhaltigkeit!

Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrecht

Am 21. Dezember 2016 hat die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) im Bundeskabinett verabschiedet. Darin hat die Bundesregierung erstmals die Verantwortung von deutschen Unternehmen für die Achtung der Menschenrechte – in Deutschland und weltweit verankert.

Den Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte finden Sie hier:



Digitale Lösungen und Services von Atos: Ein Beitrag zur Steigerung der Einsatzfähigkeit der Streitkräfte im digitalen Zeitalter

Dr. Jörn Becker, Head of Defence & Intelligence, Atos Deutschland

Hubert Geml, Sales Director Defence, Atos Deutschland



Dr. Jörn Becker



Foto: Privat Hubert Geml

Foto: Privat

Bundeswehr und ihre Partner bei ihren Digitalisierungsvorhaben bestmöglich zu unterstützen, um Souveränität im digitalen Operations- und Informationsraum zu erreichen und aufrecht zu erhalten. Dazu bietet Atos mit seinen Produkten und qualifizierten Projektteams ein umfassendes Lösungsangebot für militärische Einsätze und deren spezifische Anforderungen.

Atos Digital Battlespace Platform löst wesentliche Herausforderungen zur Erzeugung eines „Shared Service and Information Space“

Ein wesentlicher und kritischer Erfolgsfaktor wird die Anbindung der taktischen Ebene in den Systemverbund auf operationeller und strategischer Ebene sein – ein viel diskutierter Punkt der letzten Jahre. Atos bietet dazu eine in Deutschland entwickelte Digital Battlespace Platform an. Diese umfasst u. a. eine einzigartige und dezentralisierte sowie D-LBO konforme Service Middleware – das Trusted Service Mesh (TSM) zur dynamischen Orchestrierung, Bereitstellung und Vernetzung von Services. Mit der Implementierung eines Trusted Service Mesh (TSM) werden Anforderungen an eine hohe Mobilität, geringe und sich verändernde Bandbreiten, Domänen abgestufter Sicherheit im gesamten Informationsraum der Streitkräfte am Boden sowie Resilienz in der Luft und auf See erfüllt. Die offene Architektur ermöglicht die unkomplizierte Aufnahme und Einbindung neuer, auch proprietärer Softwarelösungen und damit die Erzeugung neuer Fähigkeiten. Selbst der Einsatz in Verbindung mit gealterten Funkgeräten wurde erfolgreich erprobt. Die Software ist verfügbar und macht langjährige Entwicklungen obsolet. Neben dem Trusted Service Mesh umfasst die Digital Battlespace Platform die in Deutschland entwickelten Produkte Atos Synergy zur Ermöglichung einer übergreifenden vernetzten Zusammenarbeit (Unified Collaboration und Tactical Teaming) und Atos Swarm Control für die Missionsplanung und Durchführung von z. B. Aufklärungsoperationen durch KI gestützte unbemannte Plattformen.

Stationäre und verlegefähige IT-Systeme tragen zur Verbesserung der Aufklärungs- und Führungsfähigkeit bei

Atos kennt die besonderen Herausforderungen und die realistischen Möglichkeiten der Umsetzung bei mobilen,

Die Sicherheitslage hat sich seit Ende Februar 2022 drastisch für unsere Gesellschaft verändert. Die jüngsten Ereignisse im Osten Europas, sowie daraus resultierende politische und gesellschaftliche Debatten und Maßnahmen machen deutlich, wie unverzichtbar wehrhafte Streitkräfte zur Abwehr von militärischen Bedrohungen und zur Wahrung geopolitischer Interessen sind. Wahzunehmen ist, dass mit Eintreten der neuen Situation reflexartig Forderungen nach schnell verfügbaren Produkten, wie Waffen und Fahrzeuge, an die Verteidigungsindustrie artikuliert und zeitgleich einfachere Vergabeverfahren in Aussicht gestellt werden. Im digitalen Zeitalter dürfen jedoch die Aktivitäten im Cyber- und Informationsraum sowie die Einsatzunterstützung durch IT nicht unberücksichtigt bleiben. Wenn auch diese Aktivitäten nicht deutlich sichtbar sind, können sie doch maßgeblich den militärischen Erfolg beeinflussen.

Atos Lösungsangebot für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und Sicherheitsbehörden

Als ein weltweit führender Anbieter für die digitale Transformation und lokaler Systemintegrator berät Atos Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ganzheitlich zur Digitalisierung. Das Engagement von Atos liegt verstärkt auf den Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten im Sinne von militärisch nutzbaren digitalen Plattformen, Infrastrukturen sowie der Integration und Bereitstellung nutzbringender Services. Atos widmet sich u. a. der Problemstellung, wie relevante IT-Services in einem hoch dynamischen Umfeld mit schmalen Bandbreiten über Sicherheits- und Informationsdomänen hinweg ihre Ziele finden und dem Nutzer Mehrwerte liefern. Atos hat sich das Ziel gesetzt die

verlegefähigen und stationären IT-Systemen, u. a. durch unsere Erfahrung als Auftragnehmer in wichtigen Vorhaben der Bundeswehr, wie z. B. der Harmonisierung und Migration der Führungsinformationssysteme (HaFIS), dem German Mission Network (GMN), dem IT-Zentrum für den MINUSMA-Einsatz sowie diverse Fachverfahren und -dienste auf Basis dieser Plattformen. Unter Berücksichtigung von Cloud-Architekturprinzipien hat Atos in den letzten Jahren wesentliche IT-Infrastruktur- und Plattform-Dienste sowohl für den stationären als auch den verlegefähigen Betrieb entwickelt und erfolgreich in die Nutzung gebracht. Funktionale IT-Services der Bundeswehr, NATO und EU wurden bereits integriert und haben sich in der Nutzung bewährt. Die Harmonisierung der Führungsinformationssysteme (HaFIS/GMN) ist auf einem sehr guten Weg und wird von Atos gemeinsam mit Partnern sukzessive durch neue Projekte quantitativ und qualitativ erweitert. Damit kommt es zu einer immer besseren Interoperabilität im Einklang mit den Anforderungen des NATO Federated Mission Networking (FMN). Für die Ausprägung im Bereich von stationären Infrastrukturen bis hin zu Gefechtsständen im Einsatz gibt es bereits praxiserprobte Lösungen in der Nutzung. Diese lassen sich für den speziellen Bedarf auf verschiedenen Führungsebenen wie Division, Brigade oder Bataillon maßgeschneidert anpassen und skalieren.

Atos liefert Komplettlösungen wie das Weltraumlagezentrum

Ein weiteres gutes Beispiel für die Bereitstellung komplexer Lösungen ist das Weltraumlagezentrum zur Verstärkung der Fähigkeiten Deutschlands zum Schutz seiner Infrastruktur in der Domäne Weltraum. Atos, als zuverlässiger Partner der Bundeswehr, wurde mit der Entwicklung und Implementierung des Weltraumlagezentrums beauftragt, um künftig ein umfassendes Weltraumlagebild (Space Situation Awareness) zu erstellen und so die Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Atos schützt den Cyber- und Informationsraum

Um sich gegen Bedrohungen im Cyberraum proaktiv zu schützen, Angriffe zu erkennen und abzuwehren sowie relevante Aktivitäten und Zustände überwachen zu können, vertrauen Organisationen weltweit auf Atos-Lösungen, die in Europa entwickelt und hergestellt werden. Diese umfassen neben Technologiekomponenten für missionskritische Systeme auch Lösungen zur Erhöhung der Resilienz, Ermöglichung der Bedrohungserkennung und -abwehr. Die Hochleistungsrechner (High Performance Computer) von Atos liefern echtzeitnahe Analysen und Auswertungen großer und komplexer Datenmengen zur Entscheidungsunterstützung. Atos ist durch das Bundesamt für

Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifizierter IT-Sicherheitsdienstleister für die Bereiche Informationssicherheitsberatung, Informationssicherheitsrevision, Penetrationstests sowie Trustcenter. Damit ist Atos in der Lage seine Kunden durch Risikoanalysen, Informationssicherheitskonzepte, Audits und Revisionen und Trustcenter-Services auf Basis anerkannter Standards und hoher Güte zu unterstützen. Ferner unterstützt Atos Kunden hinsichtlich der Etablierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeitsprüfung von Informationssicherheitsmaßnahmen mithilfe maßgeschneiderter Lösungen, übergreifender und spezifischer Penetrationstests sowie der Realisierung von Managementsystemen. Atos ist Partner der Allianz für Cyber-Sicherheit. Die Atos Experten verfügen über eine Vielzahl national und international anerkannter Zertifizierungen.

Atos treibt Innovationen für das digitale Zeitalter voran

Atos ist einer der weltweit führenden Digitalisierungsdienstleister mit starker Ausprägung in Deutschland und Europa. Erfahrene Experten mit tiefem Know-how und langjähriger Erfahrung in Defence, Intelligence, Cybersecurity und IT bilden eines der leistungsfähigsten Teams zur Lösungsbereitstellung im Bereich „Verteidigung“ in Deutschland. Atos wächst kontinuierlich und sucht bundesweit hochmotivierte Talente zur Verstärkung der Teams, die Interesse haben innovative und anspruchsvolle Projekte weiter voranzutreiben. Sehr gerne stellt Atos ehemalige Soldatinnen und Soldaten bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr in vielfältigen Funktionen ein.

Atos
The Company to join

Kommen Sie nach Ihrer Bundeswehr-Karriere zu einem der führenden IT-Dienstleister und starten Sie im Bereich Public Sector und Defence durch als:

- Solution Manager, System Architect,
- Senior System Architect, Principal System Architect,
- Senior Software Architect oder Client Partner.

Alle Angebote und nähere Informationen unter atos.net/jobs-defence

#JoinAtosTeam

Was bedeutet „ESG“? – Eine kurze Einführung

Lucas Hirsch, Referent beim Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV e.V.)

Der Begriff „ESG“ ist heute aus dem Diskurs rund um das Thema Nachhaltigkeit, insbesondere in der Finanzbranche, nicht mehr wegzudenken. Hinter der Abkürzung verbergen sich die Begriffe Environment, Social und Governance – zu Deutsch: Umwelt, Soziales und (gute) Unternehmensführung. Verwendung findet der Begriff bei der Evaluierung von unternehmerischer Sozialverantwortung (Corporate Social Responsibility). Bewertet werden soll das über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende, freiwillige, verantwortliche Handeln von Unternehmen, wonach sie in ihren Geschäftsentscheidungen die möglichen Auswirkungen auf die sozialen und ökologischen Belange von Interessensgruppen und anderen Anspruchsberechtigten einbeziehen.

Der ESG-Ansatz wird in der Finanzbranche angewandt um Transparenz in das Dickicht von Kapitalanlagen zu bringen und für Anleger ersichtlich zu machen, welche gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen eine Investition nach sich zieht. Dabei werden für die Kategorien E, S und G in der Regel Schwellenwerte zur Orientierung definiert. Erfüllt ein Unternehmen gewisse Kriterien nicht, oder liegt es unter einem dieser Schwellenwerte in einem der Bereiche, so kann es aus dem Investmentportfolio eines Finanzdienstleisters ausgeschlossen werden. So liefert der ESG-Ansatz Informationen für Anleger, die weit über die bloßen Finanzkennzahlen eines Unternehmens hinausgehen.

Aufgrund des Mangels einer allgemein anerkannten Definition der Kriterien gibt es allerdings innerhalb des ESG-An-

satzes verschiedene Strategien und Einzelansätze, die zum Teil mit einander im Widerspruch stehen. So ist es möglich, dass ein Unternehmen, das zwar traditionell Verbrennungsmotoren herstellt, aber gleichzeitig eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung alternativer Antriebe einnimmt, aus einem nachhaltigen Fonds aufgrund seiner Aktivitäten im Bereich der Verbrennungsmotoren ausgeschlossen wird, in einem anderen Fonds aber explizit aufgrund besagter Vorreiterrolle in der Entwicklung von nachhaltigen Antrieben aufgenommen wird.

Auch wenn Nachhaltigkeit im Finanzbereich ein hochkomplexes Thema ist und in Teilen unscharf definiertes Gebiet bleibt, so ist der ESG-Ansatz heute fest etabliert.

Was ist eigentlich ESG?

Ausführliche Informationen im Youtube-Kanal der Tagesschau:



Gemeinsam für die Digitalisierung der Bundeswehr.

Die **digitale Transformation** der Bundeswehr ist eine große Aufgabe. Gemeinsam arbeiten die Bundeswehr und die BWI Tag für Tag an ihrer **digitalen Zukunft**: Dafür verfolgen sie gemeinsam neue Ideen, erproben **innovative Ansätze** und bringen sie in die Truppe. Das Ziel dabei: Durch **moderne Technologien** einen Nutzen und Mehrwert für die Bundeswehrangehörigen zu schaffen und sie so bei ihrer tagtäglichen Arbeit effektiv zu unterstützen.

Aktuelle Digitalisierungsprojekte gibt es hier:



www.bwi.de/bundeswehr

